

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

69. Sitzung
4. Dezember 2024

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 22.55 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Der **Ausschuss** stimmt den Ergänzungen aus der Mitteilung zur Tagesordnung zu und setzt die Tagesordnung entsprechend fest.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt darüber hinaus mit, dass die Haushaltsberatungen aus terminlichen Gründen in folgender Reihenfolge stattfinden sollten: Begonnen werde mit dem Einzelplan 05, dem folge der Einzelplan 03 im Zeitraum zwischen 13 und 15 Uhr. Aufgrund der heute stattfindenden Finanzministerkonferenz schlage er vor, danach die Einzelpläne 25 und 29 zu behandeln. Der Block I. mit den Änderungen des Haushaltsgesetzes solle erst nach den Einzelplänen beraten werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2053 [2026](#)
Haupt
**Drittes Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2024/2025 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz
2024/2025 – 3. NHG 24/25)**
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs auf
Antrag des Senats)
(in der 67. Sitzung am 27.11.2024 vertagt)

Erste Lesung

Mitberaten wird:

- a) **Berichtsaufträge der AfD-Fraktion** [2026 A](#)
Haupt
 - b) **Berichtsaufträge der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen** [2026 B](#)
Haupt
 - c) **Berichtsbitten der Fraktion Die Linke** [2026 C](#)
Haupt
hier: Einzelplan- und Titelübergreifende Berichtsbitten
 - d) **Berichtsbitten der Fraktion Die Linke** [2026 D](#)
Haupt
hier: Titelscharfe Berichtsbitten
 - e) **Berichtsbitte der Fraktion Die Linke (Ergänzung)** [2026 E](#)
Haupt
 - f) **Berichtsaufträge der AfD-Fraktion (Ergänzung)** [2026 F](#)
Haupt
- II. a) Dritter Nachtrag zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025
Veränderungen der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
- b) Anlage 9 - Übersicht der gemäß § 1 Abs. 3 HG im Haushaltsjahr 2025 qualifiziert
gesperrten Beträge und der dabei verbindlich zu berücksichtigenden Kommentare

Einzelplan 05 – Inneres und Sport –

**Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer
Bereich und Service –**

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Keine Wortmeldung.

b) Anlage 9

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –
Titel 52610 – Gutachten –
Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wirken sich die Kürzungen bei den jeweiligen Projekten aus?

Frage der Fraktion Die Linke

Welche konkreten Projekte der Landeskommission gegen Gewalt sollen gestrichen werden?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) trägt vor, es gehe um einen Konsolidierungsbetrag in Höhe von 100 000 Euro. Dieser werde durch die Verschiebung einer Dunkelfeldkampagne erbracht, die Ausschreibung werde zurückgestellt.

Bei Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – gehe es um eine Summe von 45 000 Euro. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt kürze ihre Titel im Jahr 2025 um 10 Prozent und erbringe damit ihren Anteil an den allgemeinen Einsparvorgaben. Das Angebot des Projekts Beratungszentrum zum Schutz vor Gewalt in Familien und im sozialen Nahfeld der Täterarbeit bleibe mit wenigen Abstrichen erhalten. Im Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – gehe es um einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 660 100 Euro, wofür Mittel der kiezorientierten Gewaltprävention abgesenkt worden seien, ohne die Grundausstattung der Bezirke für die Präventionsräte zu gefährden. Fünf Kofinanzierungen für Bundesprojekte „Demokratie leben!“ seien im Jahr 2024 abgeschlossen worden. Somit könnten 127 000 Euro zur Konsolidierung herangezogen werden. Zudem sei das Modellprojekt „POWER ME“ für Kinder und Familien, die von Rassismus betroffen seien, an SenASGIVA abgegeben worden, was mit 150 000 Euro zu Buche schlage. Die Kofinanzierung des Modellprojekts „Rechtskunde – Rechtsstaat und Demokratie“ sei um 50 000 Euro auf 125 000 Euro gesenkt worden. Das Modellprojekt Radikalisierungsprävention in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe „Berlin Pictures – Berlin Sounds“ sei abgeschlossen und werden 2025 nicht weiter gefördert. In diesem Fall gehe es um 78 100 Euro.

Im Rahmen der Gesamtstädtischen Gewaltprävention werde der Jahreswechsel 2024/2025 intensiv vorbereitet. Durch die Umsetzung ganzjähriger Projekte seien nachhaltig und langfristig Schutzfaktoren gegen Gewalt gestärkt und Risikofaktoren für Gewalt gemindert worden, um einen gewaltfreien Jahreswechsel zu ermöglichen. Trotz des Konsolidierungsbeitrags bleibe die Struktur der Gewaltprävention erhalten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob die Aussage, ein Projekt werde fortgesetzt, so verstanden werden könne, dass der Umfang des fortgesetzten Projektes genauso wie zuvor gewährleistet sei oder könne es auch sein, dass das Projekt nur in reduziertem Umfang – personell, im Hinblick auf Öffnungszeiten – fortbestehe.

Es seien die Präventionsmaßnahmen, die aus dem Jugendgewaltgipfel resultierten, angesprochen und dargestellt worden, diese seien weiterhin finanziert. Erfolge dies in der Höhe der bisherigen Veranschlagung oder komme es doch an einigen Stellen zu Kürzungen?

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet darum, dass die Ausführungen der Staatssekretärin in einem Bericht an den Ausschuss gingen. Sei bei der Projektabgabe „POWER ME“ an SenASGIVA gewährleistet, dass die Förderung in voller Höhe weitergehe? – Würden die Mittel für Präventionsprojekte der Bezirke in voller Höhe erhalten bleiben? Hätten die erwähnten Einsparungen Auswirkungen auf die Kofinanzierung von Projekten von „Demokratie leben!“? Entfielen dadurch gar Projekte?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt zu, dass der erbetene Bericht erstellt werde. Sie bitte um Nennung eines Berichtstermins.

Ingo Siebert (SenInnSport) erläutert, für die Täterarbeit werde derzeit gemeinsam mit dem Träger die Struktur neu aufgestellt, weshalb er noch keine Auskunft geben könne, welche Auswirkungen die Einsparungen stellenmäßig hätten. In den vergangenen beiden Jahren habe der Träger Mittel zurückgegeben. SenInnSport gehe davon aus, dass die Täterarbeit in vollem Umfang weitergeführt werden könne. Derzeit werde geprüft, ob die Etablierung eines systemischen Ansatzes, in dem Frauen und Kinder in die Beratung eingebunden würden, noch realisiert werden könne. Sicher sei aber, dass das Projekt weitergeführt werde.

Zur kiezorientierten Gewaltprävention und den Präventionsräten: Die zusätzlichen Mittel aufgrund des Jugendgipfels seien um 250 000 Euro minimiert worden, weshalb kleinere Projekte nicht umgesetzt werden könnten. Die Grundstruktur mit 150 000 Euro pro Bezirk sei jedoch nicht angetastet worden. Die Struktur des Berliner Modells der Präventionsarbeit werde erhalten.

Die Projekte „Demokratie leben!“ seien abgeschlossen. Derzeit werde geprüft, für welche Maßnahmen eine Kofinanzierung infrage komme. Da die bereits abgeschlossenen Projekte auch für 2025 eingeplant worden seien, könnten die entsprechenden Summen zur Konsolidierung genutzt werden. – Er gehe davon aus, dass das Projekt „POWER ME“ bei SenASGIVA in vollem Umfang weitergeführt werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt zurück auf die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Jugendgipfel, zu denen er wissen wolle, ob die Kürzung in Höhe von 250 000 Euro im Vorfeld mit dem Regierenden Bürgermeister abgesprochen worden sei.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erwidert, es seien grundsätzlich keine Titel mit dem Regierenden Bürgermeister abgesprochen worden. Wenn dies alle Ressorts getan hätten, läge der Nachtragshaushaltsentwurf immer noch nicht vor.

Ingo Siebert (SenInnSport) ergänzt, die Bezirke legten einen Präventionsplan auf, wobei es sich nicht nur um mehrjährige Projekte handele. Natürlich fehlten die 250 000 Euro, was schmerzhaft sei, aber es müsse ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden. Die Art und Weise der Erbringung des Einsparbeitrages Sorge dafür, dass die Präventionsarbeit weder insgesamt gefährdet sei, noch, dass begonnene Dinge nicht zu Ende geführt werden könnten.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) weist darauf hin, dass es in der Sache um einen Senatsbeschluss gehe, weshalb der Regierende Bürgermeister natürlich involviert gewesen sei.

Sebastian Walter (GRÜNE) schlägt vor, der Bericht möge im Januar geliefert werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt macht darauf aufmerksam, dass zum 22. Januar ohnehin berichtet werden müsse. Zudem weise er darauf hin, dass ein Inhaltsprotokoll angefertigt werde, dem die Zahlen zu entnehmen seien. Er bitte darum, dies nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Steffen Zillich (LINKE) stellt die Frage, wie ein Verfahren gefunden werden könne, das allen Beteiligten möglichst wenig Arbeit mache. Ein Protokoll anzufertigen erscheine ihm aufwendiger als die ohnehin vorbereiteten Sprechzettel als Berichte zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, wenn eine Fraktion einen Bericht beauftrage, werde dieser erstellt. Der erbetene Bericht sei zum 22. Januar 2025 zugesagt.

Vasili Franco (GRÜNE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die Mittel, die in Projekte zur Deradikalisierung und Islamismusprävention flössen, komplett entfielen. Würden Projekte unter anderem Namen fortgeführt? Er bitte um eine Liste der Projekte, der auch zu entnehmen sei, wie viel Geld welches Projekt im Vergleich zum Vorjahr erhalte und welche Projekte entfielen.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt den erbetenen Bericht zu. Ansonsten entfalle das Projekt und die Mittel würden eingespart.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wirken sich die Kürzungen bei den jeweiligen Projekten aus?

Frage der Fraktion Die Linke

Welche konkreten Projekte der Landeskommision gegen Gewalt sollen gestrichen werden?

Siehe Ausführungen zu Titel 54051.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob es künftig keine Webseite mehr für „Sport im Park“ geben werde.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, die Senatsverwaltung warte ab, was das Parlament am 19. Dezember 2024 beschließe. Anschließend werde geschaut, wie damit verfahren werde. Was sich genau ändern werde, könne sie derzeit noch nicht sagen. Es werde auch geprüft werden, ob Kürzungen mit Bordmitteln abgefangen werden könnten.

Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte werden hier gestrichen und was sind die Auswirkungen für Berlin bzgl. der nationalen und internationalen Präsenz?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 54124 – Sicherheitsausgaben in Zusammenhang mit dem DFB-Pokalfinale –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) hebt hervor, dass das DFB-Pokalfinale eine einträgliche Stadtreidite zur Folge habe. Er wolle wissen, ob die Reduzierung des Ansatzes um 100 000 Euro angesichts des Vertrages mit dem DFB überhaupt erbracht werden könne. Müsse der Vertrag angepasst werden? Sei die Summe politisch festgelegt worden und berge die Gefahr, dass der Senat vertragsbrüchig werde?

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, was diese Kürzung sicherheitspolitisch für das DFB-Pokalfinale bedeute. Übernehme der DFB die Kosten? Entstehe ein Sicherheitsrisiko?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) unterstreicht, es spiele eine Rolle, welche Mannschaften gegeneinander spielten.

Thomas Düring (SenInnSport) trägt vor, der Betrag sei anhand der durchschnittlichen Sicherheitsleistungen geschätzt worden und hänge davon ab, welche Mannschaften gegeneinander spielten. Im Jahr 2024 seien seiner Erinnerung nach nur rund 250 000 Euro ausgegeben worden. Dem DFB sei keine konkrete Summe zugesagt worden, sondern die Sicherheitsleistung. Sobald die Pokalfinalisten feststünden, müsse geschaut werden, welche konkreten Maßnahmen ergriffen würden. Es würden auch Sperrungen verhängt und gegebenenfalls müssten diese mit Zustimmung des Hauptausschusses verlagert werden. Derzeit werde davon ausgegangen, dass die verbleibende Summe ausreiche, um das Pokalfinale abzusichern.

Steffen Zillich (LINKE) wirft die Frage auf, ob die Senatsverwaltung plane, dem Bremer Weg näherzutreten und dem Veranstalter zumindest bei Hochrisikospiele Sicherheitskosten in Rechnung zu stellen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte wissen, ob das bestehende Vertragsverhältnis mit dem DFB es ermögliche, ohne Nachverhandlungen an dieser Stelle eine Kürzung vorzunehmen. Ansonsten stelle er fest, dass hier Haushaltspolitik nach dem Prinzip Sportwette betrieben werde.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) bestätigt, der Vertrag lasse die Kürzung zu. Sie widerspreche der Darstellung, es werde Haushaltspolitik nach dem Prinzip Sportwette gemacht. – Das Land Berlin lehne den Bremer Weg nach heutigem Stand ab.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen Bericht zum Februar 2025, in dem das Vorgehen des Landes Bremen sowie die Rechtslage bewertet werden sollten.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erläutert, Ziel des Berliner Senats sei es, dass die Thematik einheitlich geregelt werde und es keinen Berliner Sonderweg gebe.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bezieht sich darauf, dass der Teilansatz für die Velomax Hallenbetriebs GmbH um 900 000 Euro reduziert und zudem „pauschal“ gekürzt werden solle. Er bitte darum, dass das „pauschal“ präzisiert werde. Sei bereits geprüft worden, ob dieser Einsparsumme Verträge entgegenstünden?

Silke Gebel (GRÜNE) erinnert daran, dass die Erhöhung des Ansatzes seinerzeit mit höheren Ausgaben aufgrund neuer Pacht- und Betreiberverträge begründet worden sei. Sie wolle deshalb wissen, wie sich die Kürzung auf die Verträge auswirke und ob die Sanierung des Velodroms und der Max-Schmeling-Halle davon betroffen seien. Seien die Bundesligaspiele der Füchse sowie der BR Volleys weiterhin sichergestellt?

Thoma Düring (SenInnSport) erläutert, aus dem Titel würden die Kosten aus dem Pacht- und Betreibervertrag finanziert sowie diverse Instandhaltungsmaßnahmen. Die 1,9 Mio. Euro würden überwiegend zulasten oder dem Strecken von Instandhaltungsmaßnahmen erbracht. Bei der Reduzierung um 900 000 Euro beim Teilansatz 1 müsse es sich um einen redaktionellen Fehler handeln, denn dem stehe der Pacht- und Betreibervertrag entgegen. Derzeit belaufe sich der Vertrag auf 4,9 Mio. Euro.

Silke Gebel (GRÜNE) wirft die Frage auf, welche Konsequenzen die Kürzung bei der Instandhaltung habe. Aus ihrer Sicht werde bereits jetzt viel zu wenig für Instandhaltungen aufgewendet.

Thoma Düring (SenInnSport) trägt vor, eigentlich seien mehrere Maßnahmen vorgesehen, wovon die größte eine Dachsanierung der Max-Schmeling-Halle sei. Es müsse geschaut werden, welche Maßnahme im Einzelnen geschoben werden könne. Hinzu komme, dass in den Hallen viele Maßnahmen nur im Sommer umgesetzt werden könnten, wenn keine Spiele stattfänden.

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt, ob es eine Liste gebe, in der die Maßnahmen priorisiert seien, und bei denen eine Verschiebung womöglich zu einer Einschränkung des Spielbetriebs

führen würde. Wenn es solche Maßnahmen gebe, wolle er wissen, um welche es sich handle und bitte darum, dass sie dem Ausschuss zugeliefert würden.

Thoma Düring (SenInnSport) unterstreicht, Maßnahmen, die den Spielbetrieb behinderten, würden nicht umgesetzt. Die Sanierungen und Instandhaltungen fänden in Zeiten statt, in denen die Hallennutzung nicht beeinträchtigt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) vermutet, es handle sich um ein Missverständnis. Ihre Fraktion habe danach gefragt, ob die Verschiebung einer Maßnahme dazu führen könnte, dass durch das Unterlassen der Spielbetrieb gefährdet werde. Sie bitte darum, eine Liste mit den verschobenen Maßnahmen zur Sitzung am 22. Januar 2025 vorzulegen.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt den Bericht zu.

Titel 68245 – Ausgabenersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen –

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, der Ansatz solle um 500 000 Euro reduziert werden. Andererseits sollten 1,85 Mio. Euro verausgabt werden, um das Olympiastadion NFL-tauglich umzubauen. Welche konkrete Maßnahme solle entfallen? Handle es sich dabei um die barrierefreie Herrichtung?

Thoma Düring (SenInnSport) macht darauf aufmerksam, der Ansatz befinde sich erstmals im Haushalt und hänge mit der UEFA-Finanzierung zusammen. Für die UEFA EURO 2024 seien diverse Maßnahmen im Stadion umgesetzt worden. Man werde sich mit der OStaBG beraten, welche weiteren dringenden Sanierungsmaßnahmen anstünden. Derzeit gebe es noch keine konkreten Projekte, wohl aber Bedarfe. – Bei der NFL gehe es eher um eine Veranstaltungsförderung, die nicht aus diesem Titel finanziert werde.

Silke Gebel (GRÜNE) geht davon aus, für die NFL müssten die Umkleieräume umgebaut werden. Dies sei aus ihrer Sicht eine bauliche Maßnahme am Stadion.

Thoma Düring (SenInnSport) unterstreicht, über die Austragung von NFL-Spielen sei noch nicht endgültig entschieden. Wenn Berlin Spiele erhalte, müsse geschaut werden, wie dies finanziert werde. Womöglich müssten dafür veranstaltungsbezogene Titel in den Haushalt eingestellt werden.

Steffen Zillich (LINKE) beantragt, es möge ein Bericht über die Abrechnung der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen der vergangenen Jahre vorgelegt werden. Dies solle mit einer Planung für weiter notwendige Maßnahmen verknüpft sowie dargelegt werden, aus welchem Titel die Maßnahmen jeweils finanziert worden seien beziehungsweise werden sollten.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erinnert daran, es müsse ohnehin zur UEFA EURO berichtet werden. Die jetzt aufgeworfenen Fragen könnten in diesem Rahmen beantwortet werden.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er wisse nicht aus dem Kopf, wann der Bericht erfolgen solle. Wäre es erst im Oktober, wäre ihm das zu spät. Er bitte darum, dass der Bericht bis spätestens zur Sommerpause vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass entsprechend verfahren werde.

Titel 68523 – Ausgabenersatz an die BBB für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an landeseigenen Bädern –

Silke Gebel (GRÜNE) möchte wissen, welche Schwimmstätten von der Reduzierung des Ansatzes betroffen seien. Werde es in den kommenden Jahren zu eingeschränkten Öffnungszeiten von Bädern kommen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erinnert daran, dass seine Fraktion nach den Folgen der geplanten Einsparungen gefragt habe und diese Frage schriftlich beantwortet werden solle. In diesem Zusammenhang bitte er um eine standortscharfe Darstellung. – Jetzt interessiere ihn, ob aufgrund dieser Reduzierung des Ansatzes Havarien und Leistungseinschränkungen ausgeschlossen werden könnten.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt, welche Bäder von diesen Kürzungen betroffen seien. Bilde sich hier ab, dass beispielsweise das Bad in Pankow nicht so umgebaut werde wie ursprünglich geplant, wie der Presse zu entnehmen gewesen sei?

Sebastian Walter (GRÜNE) bezieht seine Frage auf das Kombibad Mariendorf, wozu er wissen wolle, ob die Sanierung gesichert sei.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) führt aus, die Regierungskoalition habe beschlossen, dass es Einsparungen geben werde. Am 19. Dezember werde der Dritte Nachtragshaushalt beschlossen. Ab da werde man wissen, was genau umgesetzt werden müsse. Infolgedessen würden Aufsichtsrat und Vorstand der Bäder-Betriebe – BBB – die Sache bewerten. Der Aufsichtsrat tage im März 2025. Sie schlage deshalb vor, anschließend zu berichten. Mehr könne sie heute nicht sagen.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass der Titel zwar um 2 Mio. Euro gekürzt werden solle, aber derzeit nicht gesagt werden könne, welches Schwimmbad davon konkret betroffen sein werde und welche Sanierungen verschoben würden.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) wiederholt, der Haushaltsgesetzgeber beschließe voraussichtlich am 19. Dezember 2024 den Nachtragshaushalt. Dann sei bekannt, was realisiert werden müsse. Vorstand und Aufsichtsrat der BBB würden anschließend beraten, wie sie mit dem Ergebnis umgingen.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, normalerweise führe der Ausfall von Instandsetzungen und Sanierungen dazu, dass zusätzliche Wasserzeit vorhanden sei. Diese sei aber nicht finanziert. Sei dieser Umstand bei der Absetzung von 2 Mio. Euro berücksichtigt worden? – In dem bereits zugesagten Bericht bitte er darum, zudem darzustellen, wie mit der zusätzlichen Wasserzeit durch ausfallende Sanierungsmaßnahmen umgegangen werden solle.

Silke Gebel (GRÜNE) hebt hervor, in dieser Sitzung werde ein Senatsbeschluss behandelt. Deshalb sei die Staatssekretärin berichtspflichtig, auf welcher Grundlage der Senat die Entscheidung getroffen habe, den Ansatz in Höhe von 6 Mio. Euro um 2 Mio. Euro zu reduzieren. Aus diesem konkreten Titel würden die Schwimmhalle Sportforum Berlin, Schwimmhalle Forumbad Olympiapark, das Sommerbad Olympiastadion, Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark sowie im Einzelfall Strandbad Wannsee – Fachvermögen Berliner Forsten – finanziert. Für das Jahr 2025 seien bereits 2 Mio. Euro für die Sanierung der Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark vorgesehen. – Demnach müsse doch gesagt werden können, wo genau die 2 Mio. Euro gestrichen werden sollten. Werde diese Streichung Auswirkungen auf die Olympiafähigkeit Berlins haben? Sie gehe davon aus, dass genau bekannt sei, welche Maßnahme gestrichen werden solle. Sollte der Senat dies tatsächlich erst im März wissen, wäre das aus ihrer Sicht ein Skandal.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, sie könne sich nur wiederholen. Es werde wahrscheinlich Verschiebungen haben. Diese würden nach dem Beschluss über den Nachtragshaushalt abgestimmt werden. Mehr könne sie heute nicht sagen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, wie denn dann die konkrete Summe ermittelt worden sei. Für diese müsse es doch eine Grundlage geben.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass zur zweiten Lesung die Unterlagen vorgelegt würden, die bei SenInnSport hausintern erstellt worden seien zur Vorbereitung der Entscheidung über die konkret in Rede stehende Summe. Dies Summe sei dann offenbar den Abgeordneten Torsten Schneider und Heiko Melzer zugeleitet worden.

Silke Gebel (GRÜNE) geht davon aus, wenn erst im März über konkrete Maßnahmen entschieden werde, dass dann alle Maßnahmen bis dahin verschoben seien – und manche womöglich gar nicht mehr umsetzbar wären. Um welche Maßnahme handele es sich dabei? Sie bitte um einen Bericht zum 22. Januar, welche Maßnahmen aus diesem Titel ursprünglich hätten finanziert werden sollen, welche jetzt geplant seien und wo konkret gekürzt werden solle.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, sie sitze weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat der BBB, weshalb sie heute keine konkreten Angaben machen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichte zugesagt seien.

Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen
Titel 91944 – Zuführung an die Rücklage für die Berliner Bäder-Betriebe

Frage der Fraktion Die Linke

Wie schätzt der Senat den Zustand der Berliner Schwimmbäder und die wirtschaftliche Lage der Berliner Bäder Betriebe ein? Welche Folgen sind durch die geplanten Einsparungen zu erwarten?

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, es gebe einen Zusammenhang zwischen den beiden in Rede stehenden Titeln. Mittels der Rücklage solle der Versuchs unternommen werden, über

die jährlichen Zuführungsraten hinaus Maßnahmen, die begonnen werden sollten, auszufinanzieren. Nunmehr werde aber nicht nur die Rate gekürzt, sondern auch die Maßnahmen nicht ausfinanziert, sodass sie im Zweifel nicht begonnen werden könnten. Sollten die Bäder-Betriebe bei nicht ausfinanzierten Maßnahmen ins Risiko gehen?

Im vergangenen Doppelhaushalt habe der Senat Investitionen der Bäder-Betrieb über Kapitalzuführungen finanziert. Warum habe der Senat nunmehr von diesem Modell Abstand genommen?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, sie halte es für zweckdienlich diese Fragen ebenfalls schriftlich zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass sowohl die schriftlich eingereichte Frage als auch die soeben mündlich gestellten Fragen schriftlich beantwortet würden.

**Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –
Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin –
Anlage 9
Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –**

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport –
Anlage 9
Titel 51915 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –
Schulsanierungsprogramm (SchulSP) und Sportanlagenanierungs-
programm (SportSP) –**

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Von dieser Streichung sind die Bezirke betroffen. Wie wirken sich die Kürzungen auf die Sanierung der bezirklichen Sportstätten aus, welche Sportstätten und Bezirke sind wie betroffen?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) führt aus, der Konsolidierungsbeitrag betrage an dieser Stelle 6 Mio. Euro, was dazu führe, dass weniger angemeldete Maßnahmen der Bezirke umgesetzt werden könnten. Mit den Bezirken würden die erforderlichen Abstimmungsgespräche geführt. Positiv sei es aus ihrer Sicht, dass in diesem Titel ein Mittelzuwachs von 6 Mio. Euro gegenüber dem Doppelhaushalt 2022/2023 zu verzeichnen sei.

Silke Gebel (GRÜNE) erinnert daran, dass im Ausschuss bereits festgestellt worden sei, die Mittel aus diesem Programm würden zwischen den Bezirken sehr unterschiedlich verteilt. Sie wolle deshalb wissen, wie nun die Kürzungen auf die verschiedenen Bezirke verteilt werden sollten.

André Schulze (GRÜNE) wünscht eine schriftliche Auflistung, welche Maßnahmen konkret verschoben würden, sofern diese Frage nicht jetzt mündlich beantwortet werden könne.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erklärt, auch an dieser Stelle müsse zunächst die Beschlussfassung über den Dritten Nachtragshaushalt abgewartet werden. – Es werde genau überlegt, welche Maßnahme konkret geschoben werden könne, wobei nach klaren Kriterien vorgegangen werde. Derzeit würden die Schreiben an die Bezirke vorbereitet. Derzeit könne sie noch nichts Konkretes dazu sagen. Zum Sportstättenanierungsprogramm müsse ohnehin berichtet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Liste zum 28. Februar 2025 geliefert werde.

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin / Regierender Bürgermeister –

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich nach dem Einsatz des Regierenden Bürgermeisters für die Reform der Schuldenbremse. Am 29. November 2023 habe der Regierende Bürgermeister in der Tagesschau gesagt:

„Ich habe eine klare Haltung. Die Reform der Schuldenbremse für Zukunftsinvestitionen ist dringend erforderlich.“

Am 15. Oktober 2024 habe der Regierende Bürgermeister gegenüber der Deutschen Presseagentur geäußert:

„Wir fahren unsere Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß. Allein in Berlin sind 70 bis 75 Prozent der Brücken in einem schlechten oder in einem sehr schlechten Zustand. Kein Landeshaushalt kann solche Investitionen stemmen.“

Er stimme dem Regierenden Bürgermeister in beiden Fällen zu. Überrascht habe ihn, dass ihm die Senatskanzlei auf eine schriftliche Anfrage nach dem Engagement des Regierenden Bürgermeisters zur Schaffung einer Allianz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten für die Reform der Schuldenbremse geantwortet habe, es habe keinen einzigen vereinbarten Gesprächstermine mit einer Ministerpräsidentin oder einem Ministerpräsidenten zum Thema gegeben, auch nicht mit dem Oppositionsführer Merz. Lediglich von informellen Gesprächen am Rande von Veranstaltungen sei berichtet worden. Welche Gespräche habe der Regierende Bürgermeister mit seinen Amtskolleginnen, Amtskollegen und Herrn Merz geführt, um zumindest im Investitionsbereich und der Schuldenaufnahmefähigkeit der Bundesländer zu einer Reform der Schuldenbremse zu kommen?

Vor dem Hintergrund des erklärten Ziels, die Schuldenbremse grundlegend zu reformieren, verstehe er nicht, warum der Senat dem Parlament einen Nachtragshaushaltsgesetzesentwurf zugeleitet habe, in dem für das Jahr 2025 zwar das Ausschöpfen der Aufnahme von Konjunkturkrediten mit 812 Mio. Euro enthalten sei, für das Jahr 2024 jedoch keine Kreditermächtigung für das Haushaltsgesetz. Der Vorgängerschat habe in seinem letzten Nachtragshaushalt eine solche Kreditermächtigung unter Bezugnahme auf die Berechnung der aktuellen Konjunkturkomponente getätigt. Er erwarte noch den Bericht dazu, ob diese in Anspruch genommen worden sei. Das Landesgesetz zur Umsetzung der Schuldenbremse habe sich seitdem nicht geändert. Die Rede sei wahrscheinlich von 1 Mrd. Euro; die aktuelle Zahl erwarte man noch von der Finanzverwaltung. Dies würde es ermöglichen, im Investitionsbereich, bei der Bildung einer Rücklage und der Streckung bestimmter Konsolidierungsvorgänge tätig zu werden. Sei zu erwarten, dass die Koalitionsfraktionen noch einen entsprechenden Änderungsantrag einbrächten?

Warum habe der Regierende Bürgermeister beim Vorgehen zur Auflösung der PMA nicht den Weg des Dialogs gewählt? Freie Träger und andere Gruppen berichteten, dass mit ihnen nicht

oder nur peripher über die Einsparungen gesprochen worden sei. Warum habe sich der Regierende Bürgermeister nicht für einen Stabilitätspakt mit den freien Trägern, der Wohlfahrtspflege und anderen eingesetzt, um Planungssicherheit herzustellen? Werde sich der Regierende Bürgermeister noch für einen solchen Stabilitätspakt einsetzen?

§ 50 des Haushaltsgrundsätzegesetz sehe vor, dass dem Parlament zusammen mit einer Finanzplanung die Investitionsplanung zuzuleiten sei, was nicht geschehen sei. Wann werde die Investitionsplanung beschlossen, und wann werde sie dem Parlament zugehen?

André Schulze (GRÜNE) fragt, welche Art der Reform der Schuldenbremse das Land Berlin anstrebe. Herr Merz habe angeregt, dass die Länder 0,15 Prozent zusätzlichen Spielraum erhielten, was nicht auskömmlich sei, um die bestehenden Investitionsbedarfe zu erfüllen. Mit welcher Position gehe der Senat in die Gespräche mit den anderen Bundesländern und dem Bund?

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl) erklärt, er habe bei seinem Amtsantritt nicht damit gerechnet, dass eine seiner ersten Aufgaben darin bestehen würde, 3 Mrd. Euro aus dem Haushalt zu kürzen. Das Gesamtvolumen des Berliner Landeshaushalts betrage 40 Mrd. Euro. Vor acht Jahren habe das Gesamtvolumen des Haushalts noch 26 Mrd. Euro betragen, und die Differenz von 14 Mrd. Euro erkläre sich nicht allein aus Coronahilfen. Man trage nun die gemeinsame Verantwortung, den Haushalts zu konsolidieren. Ähnliches stehe allen anderen Bundesländern auch bevor. Die Berliner Koalition aus CDU und SPD habe ohne öffentlichen Streit Lösungen gefunden, wenngleich Kürzungen in Höhe von 3 Mrd. Euro schmerzhaft Entscheidungen mit sich brächten. Ihm persönlich und der Koalition sei wichtig gewesen, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen. Man habe einen Schwerpunkt im öffentlichen Dienst gesetzt, auch bei der Sicherheit. Gespräche seien mit allen Gruppen geführt worden, unter anderem mit den Paritätischen Wohlfahrtsverbänden, der Polizeigewerkschaft, auch mit anderen Einrichtungen. Die Gespräche führe er weiterhin.

An seiner Haltung zur Schuldenbremse habe sich nichts geändert. Selbstverständlich habe es zwischen den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten parteiübergreifend Gespräche zur Reform der Schuldenbremse gegeben. Anfangs sei er mit seiner Position allein gewesen, mittlerweile teilten fast alle seine Meinung. Die Gespräche zeigten Wirkung. Die Lockerung der Schuldenbremse für die Länder sei ein erster Schritt, reiche aber nicht für die anstehenden Zukunftsinvestitionen. Die Mehrheit der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sei sich darin einig. Er frage sich, warum unter der Ampelkoalition keine Gesetzesinitiative zur Reform der Schuldenbremse eingebracht worden sei. Dann hätte man sehen können, wie sich die CDU/CSU-Fraktion verhalte. Er arbeite daran, im Bundestag eine entsprechende Mehrheit zu schaffen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) führt aus, die Finanzplanung habe man im Oktober vorgelegt. Die titelscharfe Übersicht zur Investitionsplanung stimme man noch ab, nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz wäre eine solche titelscharfe Übersicht aber gar nicht erforderlich. Man beabsichtige, den Senatsbeschluss noch in diesem Jahr herbeizuführen. Bezüglich der konjunkturell bedingten Kredite für 2024 habe Finanzsenator Evers in der letzten Sitzung des Hauptausschusses darauf hingewiesen, warum die Regelung für 2025 vorsorglich aufgenommen worden sei, für 2024 aber auf Grundlage des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse § 4 Absatz 1 nicht vorgesehen sei. Das Gesetz eröffne dafür

keine Möglichkeit. Sie verweise auf die entsprechenden Ausführungen im Gesetz, die eine negative Konjunkturkomponente und steuerliche Mindereinnahmen konjunktureller Art vorsähen. Anders als Herr Schlüsselburg nahegelegt habe, sei aufgrund des Jährlichkeitsprinzips auch die Überführung in eine Rücklage für das nächste Jahr nicht möglich. Sie zitiere aus § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse:

„Wird für das Haushaltsjahr eine von der Normallage negativ abweichende wirtschaftliche Entwicklung erwartet, ist eine Kreditaufnahme maximal in Höhe der erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt zulässig, soweit diese Mindereinnahmen nicht durch das verfügbare Volumen der Konjunkturausgleichsrücklage kompensiert werden können.“

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses sei um einen detaillierten Bericht dazu gebeten worden. Dieser sei in Arbeit und werde den Abgeordneten pünktlich zugestellt.

André Schulze (GRÜNE) äußert, er habe weiterhin den Eindruck, dass der Senat hier eine Phantomdebatte führe. Die konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen würden gerade im Bund und im Land in der Auslegung des Grundgesetzes – er verweise auf die Begründung zum Berliner Schuldenbremsengesetz – durch die Berechnung der Konjunkturkomponente erfolgen. Wie wolle der Senat sie sonst berechnen? Es ergebe keinen Sinn, dass im Berliner Schuldenbremsengesetz unter den Ausführungsvorschriften eine ausführliche Beschreibung der Berechnung der Konjunkturkomponente enthalten sei, aber bei der fiktiven Größe des Senats von noch zusätzlich zu berechnenden Steuermindereinnahmen nirgendwo erwähnt werde, wie diese berechnet würden. Offenbar lege der Senat in lindnerschem Stil eine immer engere Auslegung der Schuldenbremse vor.

Zu den Ausführungen des Regierende Bürgermeisters: Genau wie der CDU-Parteivorsitzende Merz sei auch der ehemalige Bundesfinanzminister Lindner eher fiskalkonservativ und habe die Reform der Schuldenbremse abgelehnt. Dies erkläre, warum die alte Ampelkoalition keine Reform vorgelegt habe. Er habe aber nicht verstanden, warum die Ministerpräsidenten, wenn es eine Mehrheit im Bundesrat gebe, keine Bundesratsinitiative starten sollten, weil es noch keine Mehrheit im Bundestag gebe, aber die verbliebenen beiden Ampelparteien dringend etwas vorlegen sollten, bevor sie Einigkeit mit Friedrich Merz herstellten. Vielleicht wäre eine geeinte, über den Bundesrat vorgetragene Position der Bundesländer hilfreich und ein deutliches Signal an alle Parteien im Bundestag.

Er wolle versuchen, dem Regierenden Bürgermeister noch einmal das Haushaltsaufstellungsverfahren näherzubringen. Als Erstes gebe es Anmeldungen der Senatsverwaltungen, die noch nicht mit SenFin gegenfinanziert seien. Dies sei ungefähr der Stand im Februar 2023 gewesen, als die Wiederholungswahl stattgefunden habe und dann die Sondierungsgespräche geführt worden seien. Auf Wunsch der CDU habe SenFin die Haushaltsaufstellung, noch auf Arbeitsebene, an diesem Punkt unterbrochen. Nach der Regierungsbildung sei sie wieder aufgenommen worden. Anschließend würden normalerweise weitere Gespräche auf Abteilungsleiter- und Staatssekretärssebene und mit den Senatorinnen und Senatoren folgen, bis man die Summe auf den zur Verfügung stehenden Betrag heruntergedampft habe. Es sei erforderlich, dass die jeweiligen Koalitionspartner dies mittragen. Verantwortlich dafür seien der Regierende Bürgermeister Wegner und Senator Evers gewesen. Diesen Schritt hätten sie so aufgelöst, dass es ein Finanzierungssaldo von minus 4 Mrd. Euro gegeben habe, zuzüglich 1,5 Mrd. Euro PMA. Man sei also mit 5,5 Mrd. Euro Unterfinanzierung in diesen Haushalt gegangen. Dies könne der Regierende Bürgermeister niemand anderem als sich selbst zuordnen. Eine solche Überbuchung des Haushalts und die Steigerung der Ausgaben von einem Jahr auf das andere um 3 Mrd. Euro habe es in den Jahren zuvor nicht gegeben. Damals seien die Raten viel geringer gewesen, und die PMA habe nicht oder nur marginal 1 Prozent überstiegen. Die Geschichte, dass dies alles noch der alte Haushalt gewesen sei, stimme also nicht.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt fest, der jetzige Senat habe es anderthalb Jahre lang versäumt, offen zu kommunizieren, was die Kernkompetenzen dieses Senats sein und wo diese Streichungen vorgenommen werden sollten. Jeder habe damals gewusst, in welchem Zustand der Haushalt gewesen sei. Die Aufblähung habe bereits in der Zeit der vorherigen Regierung stattgefunden, aber wenn man einen aufgeblähten Haushalt noch weiter aufblähe, mache dies die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

Es sei richtig, dass alles ruhig geblieben und kein Streit an die Öffentlichkeit gedrungen sei, aber diese Art der Hinterzimmerkungelei habe dazu geführt, dass viele von den Einsparmaßnahmen Betroffene überrascht worden seien. Dies sei für das Gefüge der Stadt nicht gut und nicht klug. Der Regierende Bürgermeister habe davon gesprochen, dass es noch keine brennenden Tonnen vor dem Roten Rathaus gegeben habe. Er solle diesbezüglich jedoch keine schlafenden Hunde wecken. Es gebe genug Leute, die inzwischen so wütend seien, dass es vielleicht doch noch dazu kommen werde.

Ihre Fraktion sei die einzige im Parlament, die die Schuldenbremse für richtig und wichtig halte. Grundsätzlich könne man über Anpassungen der Schuldenbremse diskutieren und überlegen, was möglich und sinnvoll wäre. Sie wolle aber zu bedenken geben, dass in allen Umfragen die Mehrheit der Deutschen sage, dass die Schuldenbremse erhalten bleiben solle. Viele Menschen hätten Sorge, dass die Verschuldung Berlins und auch Deutschlands exorbitante Größenordnungen annehmen und das Land für die Zukunft fesseln werde. Dies verstünden viele Bürger auf der Straße, insofern erwarte ihre Fraktion, dass der Senat ein Gesamtkonzept vorlege. Was seien die Kernaufgaben und Kernthemen dieses Senats? Wo sehe er die Investitionsplanung tatsächlich? Erst in der Gesamtheit könne man sehen, wohin man steuern müsse. Erst dann könne man darüber sprechen, ob es sinnvoll sei, an der einen oder anderen Stelle der Schuldenbremse etwas zu verändern. Vorher halte sie dies für einen großen Fehler.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, ob er den Regierenden Bürgermeister richtig verstanden habe, dass dieser informelle Gespräche zur Schuldenbremse geführt habe und die Mehrheit der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten seine Auffassung teile, dass es einer grundsätzlichen Reform der Schuldenbremse bedürfe. Handle es sich hierbei um eine einfache Mehrheit oder um eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit, die man bräuchte, um im Bundesrat die grundgesetzändernden Quoren zu erreichen? Er bitte um einen Bericht der Senatskanzlei zu Ende Februar 2025 zum aktuellem Stand. Er begrüße es, dass die Senatskanzlei offenbar zusammen mit SenFin und möglicherweise SenJustV und SenInnSport Vorarbeit für die Allianz der willigen Ministerpräsidentinnen und -präsidenten geleistet habe, um einen entsprechenden Entwurf für die Änderung des Grundgesetzes vorzubereiten. Er hoffe, dass dabei etwas Handfestes herauskommen werde.

Der Regierende Bürgermeister habe gefragt, warum die Grünen keine Gesetzesinitiative ergriffen hätten. Wenn man Verfassungsänderungen anstrebe, bereite man dies seriös so vor, dass man sich vorher auf das abstimmungsfähige Änderungsgesetz, das das Zweidrittelquorum erfüllen müsse, geeinigt habe.

Zur Konjunkturkomponente hätte er vom Regierenden Bürgermeister gern eine eigene Aussage und nicht nur den Verweis auf die Staatssekretärin und SenFin. Anhand des Berichts, den er dazu ausgelöst habe, wie in der Vergangenheit mit der Konjunkturkomponente, ihrer Ermächtigung und gegebenenfalls auch Inanspruchnahme umgegangen worden sei, werde man sich darüber noch einmal austauschen. Sowohl der Blick in die Gesetzesbegründung, die für die Auslegung der Norm maßgeblich sei, als auch die Antwort von Staatssekretär Schyrocki auf seine Schriftliche Anfrage – Drucksache 19/19841 – legten das genaue Gegenteil nahe, nämlich, dass der Gesetzgeber die Konjunkturkreditemächtigung in der Höhe der Berechnung auf Basis des Produktionslückenverfahrens, das im Grundgesetz stehe, beschließen und zur Anwendung bringen könne. Über die Frage, ob man es ausschöpfen müsse, könne man unterschiedlicher Auffassung sein.

Insbesondere der Kultursenator, den der Regierende Bürgermeister nach Berlin geholt habe und der gerade aufgrund der exorbitanten und nicht zu vertretenden Kürzungen im Kulturbereich durch die Stadt gejagt werde, hätte sicher ein veritables Interesse daran, dass zumindest ein vertretbarer Teil dessen, woran jetzt die Axt angelegt werden solle, durch die Aufnahme von Konjunkturkreditmitteln noch im Jahr 2024 abgedeckt, zeitlich gestreckt oder verhindert werden könne.

Die Bereiche, in denen Senat und Koalition auch langfristig betrachtet kürzen wollten – Wissenschaft, Forschung, Kultur, Wirtschaftsförderung –, seien Bereiche, die Berlin insbesondere auch nach dem Bankenskandal durch die Umsteuerung auf die Stärken und die Clusterstrategie stark gemacht hätten. Sie hätten zu einem großen Anteil nicht nur den Ruf der Stadt ausgemacht und eine Magnetwirkung erzeugt, sondern hätten messbaren Anteil am Wachstum des Berliner Bruttoinlandsprodukts – BIP – gehabt, das in den vergangenen Jahren aufgrund dieser Strategie immer höher gewesen sei als die Entwicklung des BIP im Bundesdurchschnitt. Senat und Koalition wollten jetzt offenbar die Axt an die eigenen Stärken der Stadt anlegen.

Hendrikje Klein (LINKE) bemerkt, die Mitglieder des Hauptausschusses seien alle Haushälterinnen und Haushälter, deshalb verfange das Märchen hier nicht. Alle wüssten, wie Haushaltsberatungen abließen, auch wenn Wahlen dazwischenlägen. Man sei jetzt bei einem Ausgabenvolumen von ungefähr 40 Mrd. Euro. Inflation, gestiegene Energiekosten, mehr Menschen in der Stadt – mit ganz unterschiedlichen Anforderungen an die Daseinsvorsorge –, Kriege, die Coronapandemie, abgesenkte Bundesmittel und Steuererleichterungen des Bundes, die zulasten der Länder gingen, seien Begründungen dafür, warum es nun solch einen exorbitanten Aufwuchs gebe.

Der Regierende Bürgermeister habe auch die Zuständigkeit für die Verwaltungsreform. Mit dem Nachtragshaushalt würden auch Titel angefasst, die Zielvereinbarungen betreffen. Zielvereinbarungen seien ein wesentlicher Teil der Verwaltungsreform. Wie solle das Ganze funktionieren? Auf der einen Seite arbeite man an der Verwaltungsreform, und auf der anderen Seite greife man die Gelder an, die zu deren Gelingen notwendig seien, wie für die Zielvereinbarungen, aber auch für das Personal. Man bastle jetzt an einem Gesetz, von dem nicht mehr klar sei, ob es überhaupt umgesetzt werden könne.

Steffen Zillich (LINKE) verweist darauf, dass die Staatssekretärin hinsichtlich der Vorlagepflicht der Investitionsplanung gesagt habe, die Bestimmungen des Haushaltsgrundsätzegesetzes, die Ausfluss einer verfassungsmäßigen Pflicht gegenüber dem Souverän seien, sähen nicht die Vorlage einer titelscharfen Investitionsplanung vor. Könne er dies so verstehen, dass der Senat der Auffassung sei, dass mit der Vorlage der Finanzplanung dem Gebot aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz, ein Investitionsprogramm vorzulegen, Genüge getan sei?

Christian Goiny (CDU) erinnert daran, dass die Schuldenbremse auch deswegen einmal eingeführt worden sei, weil man festgestellt habe, dass Regierungen und Parlamente zur Abdeckung konsumtiver Mehrbedarfe Kredite aufgenommen hätten, weil dies ein einfacher Finanzierungsweg gewesen sei. Man habe erkannt, dass damit Schuldenberge aufgetürmt würden, die haushaltspolitisch und volkswirtschaftlich nicht gesund seien. Dem habe man einen Riegel vorschieben wollen. In Anbetracht der heutigen Situation hätte man eine solche Schuldenbremse wahrscheinlich nicht eingeführt. Auf der anderen Seite fordere der Rechnungshof, den

Haushalt zu konsolidieren, Schulden abzubauen, die Investitionen zu steigern und die Herausforderungen des Klimawandels zu berücksichtigen. Seines Erachtens verkenne der Rechnungshof, dass er hier mehrere Anforderungen an den Haushaltsgesetzgeber stelle, die nicht alle gleichzeitig zu erfüllen seien. Es gehe nicht darum, die Schuldenbremse abzuschaffen, sondern darum, sie zu modifizieren und anzupassen, um den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Wenn man das Thema Klimawandel und Investitionen in Nachhaltigkeit ernst nehme, sei allen klar, dass dies aus den bestehenden Haushalten nicht zu stemmen sei. Deshalb habe die Koalition hier einen neuen Weg gehen wollen, den ihr das Bundesverfassungsgericht unter der geltenden Rechtslage nicht eröffnet habe. Gleichwohl bleibe es richtig, wenn im Kreise von Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, Bundestagsabgeordneten und Bundesministerinnen und -ministern darüber diskutiert werde, wie man hier zu einer vernünftigen Lösung kommen könne.

Aus seiner Sicht sei es kein seriöses Herangehen der Opposition an die zu bewältigenden Herausforderungen, jetzt im Detail abzufragen, wann der Regierende Bürgermeister mit wem darüber gesprochen habe und wie die Mehrheiten im Einzelnen verteilt seien. Die Richtung sei klar. Die Diskussionen müssten im kommenden Jahr geführt werden. Um bei den Investitionen mehr machen zu können, müsse man sich ein Stück weit bewegen, ohne die Schuldenbremse abzuschaffen. Es sei auch ein richtiger Weg, Dinge im bisherigen Rechtsrahmen kreditzufinanzieren.

Das Problem, dass Haushaltsanmeldungen immer höher seien als das, was man am Ende umsetzen könne, sei nicht neu. Er habe aber nach der Wiederholungswahl an den Beratungen über die Finanzen für die restliche Wahlperiode teilgenommen. Dabei habe ihn beeindruckt, welche Haushaltsrisiken auf die Stadt zukämen, bei denen viele Dinge erkennbar die Haushalte in eine Schräglage bringen würden, von denen die damalige Opposition nichts gewusst habe. Es sei auch offensichtlich keine Vorkehrung dafür getroffen gewesen. Senat und Koalition seien damals quasi im Blindflug unterwegs gewesen. Diese Diskussionsgrundlage hätten der neue Senat und die neue Koalition versucht zu bewältigen. Der Senat habe diese Problematik in seinem Haushaltsbeschluss vom Juli 2023 mit den PMA bereits adressiert. Übrigens seien die PMA für 2024 vorfristig im Sommer 2024 belegt und aufgelöst worden. Dieses Versprechen habe man eingehalten, und für 2025 sei man vor Beginn des Haushaltsjahres dabei, dies zu tun.

Viele Bereiche in der Stadt würden davon gar nicht betroffen sein. Es sei kein sinnvoller Beitrag, so zu tun, als würde die ganze Stadt ins Chaos gestürzt werden. Es sei wichtig, sich den Herausforderungen zu stellen. Dies hätten Senat und Koalition mit diesen Beschlüssen getan. In dem Verfahren könne man noch nachsteuern, wenn Dinge nicht funktionierten. Die Risiken, die bereits vorhanden gewesen seien, führten dazu, dass man Einsparungen in dieser Größenordnung bewältigen müsse. Man habe den Haushalt nicht aufgebläht, sondern sich im Gegenteil sehr verantwortungsbewusst den zusätzlichen Herausforderungen und Risiken gestellt. Gleichzeitig sei man in der Lage, den Haushalt wieder auf ein finanzierbares Volumen zurückzuführen. Darüber habe man anderthalb Jahre lang einen Diskussionsprozess geführt. Allen sei klar gewesen, dass es diesen Prozess gebe; viele hätten sich auch daran beteiligt. Um die Haushaltslage wieder in den Griff zu bekommen, müssten viele ein besonderes Opfer bringen. Man sehe, dass dies schwer sei. Gleichwohl sei es der verantwortliche Weg, mit den Haushalten des Landes umzugehen.

Torsten Schneider (SPD) erklärt, er finde die Schuldenbremse falsch und nicht nur partiell zu verändern, auch wenn dies realistisch betrachtet dabei herauskommen werde. Sie sei ein Ausweis der parlamentarischen Schwäche. Es handle sich um eine durch Parlamente mit hoher Mehrheit genehmigte Selbstlimitierung parlamentarischer Souveränität. Die Parlamente seien nicht in der Lage, sich zu zügeln, und hätten sich selbst limitiert. Deshalb habe er die Schuldenbremse schon immer bekämpft. In der politischen Realität sei sie ein echtes Investitionshemmnis, und dies sei bereinigungsfähig. Dies werde nach der Bundestagswahl auch geschehen. Insofern sei es ein müßige Debatte, hier eine Beschleunigung zu fordern.

Dies könne aber nicht die einzige Antwort sein. Als das Abgeordnetenhaus 7,4 Mrd. Euro Coronakredite aufgenommen habe, habe es sich geirrt. Die damalige rot-rot-grüne Koalition sei sehr euphorisch gewesen und habe 3 Mrd. Euro Kredite zu viel aufgenommen, gegen den Rat des Senats. Der damalige Finanzsenator Kollatz habe recht gehabt. Unabhängig davon sei aber vollkommen klar gewesen, was es bedeuten habe: dass man davon nicht über Nacht wieder herunterkommen werde. Insofern sei das von der Opposition seit Monaten aufgeführte Schauspiel völlig unplausibel, sogar fahrlässig. Wenn man behaupte, dass es gelingen könne, in einer öffentlichen Fachausschusssitzung 3 Mrd. Euro aus dem Haushalt zu streichen, dann erzähle man „parlamentarischen Unfug“. Dies sei bar jeder Realität.

Senat und Koalition wollten keine konjunkturbedingten Kredite für 2024 aufnehmen, um die strukturelle Haushaltsbereinigung zu verzögern. Dies sei erklärte politische Absicht. Die Opposition habe gefordert, 3 Mrd. Euro schon in den Haushaltsberatungen 2023 zu kürzen. Dies sei vor allem eine Frage der politischen Widersprüchlichkeit der Opposition. Man nehme dieses Instrument für 2025 als Vorsorge in Höhe von über 800 Mio. Euro in Anspruch, weil man die Haushaltsrisiken sehe, aber man bleibe bei der Aussage. Es sei kein Vergnügen, einen Haushalt um real 2 Mrd. Euro zusammenzustreichen und 1 Mrd. Euro alternativ zu finanzieren. Es seien Existenzen betroffen. Deshalb habe man sich so viel Zeit dafür genommen. Ohne Gespräche in Dunkelkammern sei dies nicht möglich gewesen. Der rot-rot-grüne Haushalt sei ein „Murkshaushalt“ gewesen, für den er bekanntermaßen mitverantwortlich sei. Man müsse sich der Aufgabe stellen, auch wenn sie nicht angenehm sei. Senat und Koalition hätten entschieden, das Problem strukturell zu lösen und nicht mit geborgtem Geld zu vertagen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) merkt an, innerhalb des Redebeitrags des Abgeordneten Schneider gebe es einen Widerspruch. Dieser habe am Anfang gesagt, dass er die Schuldenbremse grundlegend falsch finde und sie nicht nur in Bezug auf Investitionen reformieren, sondern abschaffen wolle, insbesondere wegen der Tatsache, dass sie eine Investitionsbremse sei. Unterlassene Investitionen seien die sehr teuren Schulden von morgen. In der Kameralistik würden der Investitionsstau und die Preissteigerungen, die sich allein bei den Baukosten jährlich ergäben, nicht abgebildet. Die Opposition habe noch keine Klarheit darüber, wie hoch der strukturelle Konsolidierungsanteil dessen sei, was hier vorgelegt werde. Seine Fraktion habe dazu eine übergreifende Berichtsbitte gestellt, weil man hier Klarheit brauche. Aus den derzeit vorliegenden Unterlagen gehe der strukturelle Anteil der Konsolidierung für 2025 nicht hervor. Senator Evers habe in der letzten Ausschusssitzung bestätigt, dass allein für das Jahr 2026 weitere 2 Mrd. Euro aus dem Haushalt gestrichen werden müssten.

Wenn man vor diesem Hintergrund nicht die Konjunkturkomponente für 2024 ziehe, treffe man eine politische Fehlentscheidung. Natürlich stehe das Geld nur einmal zur Verfügung und würde dafür sorgen, dass bestimmte strukturelle Entscheidungen nicht sofort im Jahr

2025 scharfgestellt, sondern zeitlich gestreckt würden. Möglicherweise sei dies aber wichtig, um politische Verwerfungen zu verhindern, den sozialen Zusammenhalt der Stadt nicht zu gefährden und sich Zeit zu kaufen, um zu schauen, was überhaupt konsolidierbar sei. Es sei schon zugegeben worden, dass bei einem Teil der Summen auf der Kürzungsliste noch nicht klar sei, ob man diese überhaupt erbringen könne, weil möglicherweise vertragliche Verpflichtungen dahinterstünden. Warum nehme man also nicht wenigstens einen Teil des möglichen Konjunkturkredits auf, um mindestens die Kürzung, die im Jahr 2025 bei den Investitionen vorgesehen sei, abzufedern und zu strecken? Warum schlage man sich diese Möglichkeit aus der Hand und adele dies auch noch zu einer bewussten politischen Entscheidung?

Der Bericht der Senatskanzlei zu den Initiativen bezüglich einer Grundgesetzänderung zur Reform der Schuldenbremse sei für Ende Februar 2025 vorgemerkt gewesen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass die Berichtsbitte so aufgenommen sei.

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl) warnt, auch wenn er die Diskussion um die Schuldenbremse selbst gern führe, müsse man aufpassen, dass die Haushalte nicht weiter aus dem Ruder laufen würden. Schulden müssten beglichen werden und seien eine Belastung für den Haushalt. Die Schuldenbremse müsse geöffnet werden für notwendige Zukunftsinvestitionen, die in ganz Deutschlands teils seit Jahrzehnten nicht getätigt worden seien. Diese seien aus einem Landes- oder Bundeshaushalt nicht zu leisten.

Er wolle betonen, dass die Gespräche weiterliefen. Zu ehrlichen Ergebnissen werde man nach der anstehenden Bundestagswahl kommen. Er und sicher auch andere Ministerpräsidentinnen und -präsidenten würden an dem Thema dranbleiben. Die nachfolgenden Generationen benötigten diese Zukunftsinvestitionen. Ein häufig genanntes Gegenargument sei, dass man durch Schulden die Last auf zukünftige Generationen verlagere. Wenn man aber so weitermache und auf Zukunftsinvestitionen verzichte, würden die nachfolgenden Generationen dies viel teurer bezahlen.

Er nehme seine Verantwortung wahr und stelle sich der Aufgabe, die er sich nicht gewünscht habe. Er wolle etwas zum sogenannte Hinterzimmer sagen: Die einen nannten es „Hinterzimmer“ und „Kungelei“, die anderen „gutes Regieren“. 3 Mrd. Euro aus einem Haushalt herauszunehmen, ohne wochen- und monatelangen öffentlichen Streit und ohne dass die Regierung daran scheitere, zeige, dass die Art und Weise, wie der Haushalt jetzt beraten und besprochen worden sei – im Senat, mit den Senatorinnen und Senatoren, auch mit der Zivil- und Stadtgesellschaft, mit den Fraktionen, die als Haushaltsgeber entscheidend seien – als gutes Regieren bezeichnet werden könne. Nachdem man einen verantwortbaren Weg gefunden gehabt habe, habe man ihn öffentlich gemacht. Jetzt gehe man in die Diskussion. Die Gespräche fänden auch weiterhin statt. Beispielsweise werde er sich am 5. Dezember 2024 mit einigen Intendanten der Kultureinrichtungen und dem Kultursenator treffen.

Er negiere nicht den Mehrwert der Kultur. Kultur sei eine Stärke der Stadt, die die Menschen anziehe. Berlin sei Kulturmetropole. In den Jahren 2014, 2015 unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit habe die Berliner Kultur richtig zu strahlen begonnen. Damals habe der Kulturretat ein Gesamtvolumen von 450 Mio. Euro umfasst. Heute umfasse er trotz der Kürzung von 120 Mio. Euro ein Gesamtvolumen von rund 1 Mrd. Euro. Dies sei ein absoluter Rekordwert. Der letzte Haushaltsansatz vom damaligen Kultursenator Dr. Lederer habe

bei 918 Mio. Euro gelegen. Man schaffe also nicht die Kultur ab, sondern man wisse ganz genau, welche Bedeutung die Kultur für die Stadt habe. Trotzdem müsse man auf strukturelle Veränderungen drängen. Man müsse schauen, wie man einen Mentalitätswechsel erreichen könne, sodass nicht immer nur nach Geld geschrien werde, sondern eine besser Bewirtschaftung und eine Eigenverantwortung in den Häusern herrsche. Er habe in den letzten Wochen viele gute eigene Vorschläge von den betreffenden Häusern erhalten.

Zum Vorwurf eines Abwürgens der wirtschaftlichen Entwicklung: Man lege weiterhin Schwerpunkte bei der Start-up-Szene und der Digitalwirtschaft und gehe hier einen sehr verantwortbaren Weg.

Wichtig für die Zukunftsfähigkeit und auch für die wirtschaftliche Entwicklung sei eine nachhaltige Verwaltungsreform, die für Generationen wirken werde. Er wolle sich hier ausdrücklich für die Zusammenarbeit mit dem Parlament bedanken und bitte darum, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Die Abgeordnete Klein habe zu Recht auf die demografische Entwicklung verwiesen und auf die Frage, wie sich der öffentliche Dienst in Zukunft darstellen werde. Aus diesem Grund sei es ihm in den Haushaltsberatungen wichtig gewesen, daran festzuhalten, die Besoldung an das Bundesniveau anzugleichen. Man werde diesen Weg weitergehen – wenn auch angesichts der Haushaltssituation in kleineren Schritten –, weil Berlin ein attraktiver Arbeitgeber sein müsse, wenn man der demografischen Entwicklung entgegenwirken wolle.

Wichtig sei, dass man jetzt zu einer klaren Aufgabenverteilung komme, damit die öffentliche Verwaltung weiterhin alle Aufgaben erfüllen könne. Der nächste Schritt nach der Verwaltungsreform müsse daher eine Aufgabenkritik sein, also zu prüfen, welche Aufgaben die Verwaltung zukünftig erfüllen müsse. In Berlin würden rund 4 000 Aufgaben erledigt. Bei 800 davon gebe es Streit um die Zuständigkeit. Für 350 dieser 800 Aufgaben wolle keiner die Zuständigkeit haben. Es gelte, jetzt im Haushalt die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit Berlin auch zukünftig ein attraktiver Arbeitgeber sein werde, um angesichts sinkender Personalzahlen weiterhin die Aufgaben erfüllen zu können. Das Problem sei nicht der Abbau von Stellen, sondern dass man Stellen nicht besetzen könne. Er würde heute nicht mehr sagen, dass man mehr Stellen brauche, sondern dass man mehr Menschen brauche, um Stellen zu besetzen. Damit habe man jetzt schon große Probleme, und es werde nicht einfacher werden.

Seines Erachtens bedürfe eine nachhaltige Reform einer Änderung der Landesverfassung, um eine Wirkung auch für die nachfolgenden Generationen zu erzielen. Er bitte darum, dass die Grünen und die Linken den Weg gemeinsam mit der Regierung weiterhin konstruktiv gehen möchten. Bisher habe er den Prozess sehr konstruktiv gefunden, wofür er sich herzlich bedanken wolle.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, er rege an, den Termin für den vom Abgeordneten Schlüsselburg erbetenen Bericht auf den 30. Juni 2025 zu legen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) entgegnet auf den Wortbeitrag des Abgeordneten Zillich, sie habe gesagt, dass ihr Haus an der Tradition festhalte, die Investitionsplanung titelscharf aufzubereiten, dies derzeit abstimme und weiterhin anstrebe, sie den Abgeordneten rechtzeitig vorzulegen.

Sebastian Walter (GRÜNE) bekundet, an dem Grundsound, den die Koalition in Bezug auf den Nachtragshaushalt setze, verwundere und verstöre ihn das große Selbstlob. Die Beteiligten rühmten sich, dass sie angeblich den Haushalt aufgeräumt hätten. Aus seiner Sicht hätten sie diesen aufgebläht, um eine Grundlage für das Gelingen der Koalition zu schaffen. Dass sich die Koalition still im Hintergrund verständigt habe, sei eine Selbstverständlichkeit. Die Ampelkoalition im Bund sei hierfür kein Vergleichsmaßstab. Dass man es besser hinbekommen habe, sei kein Grund, sich zu loben. Es sei „Blödsinn“ zu sagen, dass Berlin Vorbild für andere Bundesländer sei. Diese hätten ihre Haushalte für 2025 überwiegend schon aufgestellt.

Seine Fraktion erhalte täglich sehr viele Nachrichten von besorgten Menschen, die von den Einsparungen persönlich betroffen seien. Dass einem dies leidtue, könne doch kein Nebensatz sein. Senat und Koalition träfen gerade nicht den Sound der Menschen in der Stadt. Sie müssten Besorgnis darüber zeigen, wie es weitergehe, und die Frage stellen, wie der Senat die Einsparungen abpuffern und abfedern könne. Dies hätte nur gelingen können, indem man maximale Transparenz hergestellt und Gespräche geführt hätte. Viele seien von diesen Kürzungen völlig überrascht worden und hätten erst aus der Presse oder von der Opposition davon erfahren. Viele wüssten nicht, ob sie Anfang des nächsten Jahres noch einen Arbeitsplatz haben würden, oder stellten sich die Frage, ob sie persönliche Kredite aufnehmen müssten, um die fehlenden Finanzierungszusagen zu überbrücken.

Besonders ärgerlich sei, dass dies auch die Titel betreffe, die nicht gekürzt worden seien. In einem Brief der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt heiße es, selbst Titel, bei denen es keine Kürzungen gebe, stünden unter Vorbehalt, weil die PMA aufgelöst werden müsse und darüber noch keine Klarheit existiere. Solange dies der Fall sei, könne man keine weiteren Projektzusagen machen. Somit schicke man die gesamte Trägerlandschaft in diesem und in vielen anderen Bereichen in einen untragbaren Zustand.

Diese Realität sei bitter. Deswegen interessiere ihn das Selbstlob von Senat und Koalition nicht; sie müssten vielmehr angemessene Worte für die Stadtgesellschaft finden. Am 5. Dezember 2024 werde es eine große Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus geben. Er finde es zynisch, zu sagen, dass noch keine Mülltonnen vor dem Roten Rathaus brennten. Die Menschen, die gerade auf die Straße gingen, hätten ernste Anliegen. Dies müsse man auch ernst nehmen. Angesichts der Umstände reichten ihm die Worte des Regierenden Bürgermeisters, des Senats und der Koalition nicht aus.

Stefan Ziller (GRÜNE) schickt voraus, er wolle gern die andere Seite der Medaille beleuchten. Der Regierende Bürgermeister habe zu Recht angesprochen, dass man bei der Aufgabenverteilung und der Verwaltungsmodernisierung gut zusammenarbeite. Dies sei jedoch nur ein Baustein für ein Funktionieren der Stadt. Was sein Vorredner für die Zivilgesellschaft, die Stadtgesellschaft und die Träger beschrieben habe, gelte auf der anderen Seite auch für die Beschäftigten der Berliner Verwaltung. Was Senat und Koalition den Beschäftigten in der Verwaltung im letzten Jahr mit dem Haushaltschaos an Verfahren und an Hin und Her zugemutet hätten und im nächsten Jahr mit den „Haushaltsresten“, wie die PMA jetzt genannt würden, zumuten würden, sei nicht geeignet, die Berliner Verwaltung zum Funktionieren zu bringen. Auch die gekürzte bzw. verschobene Digitalisierung habe daran einen Anteil. Wenn die Beschäftigten Kaffee holen könnten, während der Rechner hochfahre, dann sei dies keine Arbeitsumgebung für eine funktionierende Stadt. Auch dies sei in den Kürzungslisten enthalten.

Sei Senat und Koalition klar, dass das, was sie mit den Sperren auch den Beschäftigten antäten, auch ihre Ziele für das Funktionieren der Stadt torpediere? Auch die Beschäftigten litten unter der Unklarheit. Die Beschäftigten in den Bezirken hätten beispielsweise Radwege oder Fußgängerüberwege geplant, aber jetzt sei das ganze Geld weg. Dies demotiviere die Beschäftigten der Verwaltung enorm. Damit würden Senat und Koalition die Stadt nicht zum Funktionieren bringen, im Gegenteil, sie würden viele Menschen für die öffentliche Verwaltung verlieren. In Zeiten des Fachkräftemangels sei dies Wahnsinn. Er könne daher nur dazu ermutigen, den Haushalt noch einmal zu überprüfen. Die fortgesetzte Unklarheit könne angesichts der Herausforderungen nicht der Plan für das nächste Jahr sein.

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl) erwidert auf die Ausführungen des Abgeordneten Ziller zur Stimmung im öffentlichen Dienst, früher habe man hier im Parlament Maßnahmen bis hin zu Gehaltskürzungen beschlossen. So etwas werde die Koalition nun nicht tun. Ihm gehe es um eine funktionierende Verwaltung, darum, die zurzeit nicht zu besetzenden Stellen weiter besetzen zu können, und darum, nicht bei den Mitarbeitenden, auch in den Bezirken, als Erstes zu sparen. Die derzeitige Situation in der Verwaltung habe Gründe in der Vergangenheit; man sollte aber nach vorn schauen.

Zu den Aussagen des Abgeordneten Walter: Es gehe nicht um Selbstlob. Er müsse sich nicht an der Ampelkoalition auf Bundesebene messen; es reiche auch aus, sich den Vorgängersenat anzuschauen, der sich gestritten habe „wie die Kesselflicker“. Dies sei nicht der Anspruch der aktuellen Regierung. CDU und SPD hätten in vielen Bereichen unterschiedliche Meinungen, aber sie führten diese Diskussionen nicht öffentlich, sondern nach innen, und einigten sich dann auf einen gemeinsamen Weg. Dies sei für ihn gutes Regieren. Öffentlicher Streit helfe vielleicht dem Parlament und der Opposition, aber nicht den Berlinerinnen und Berlinern. Diese wollten am Ende ein Ergebnis haben, mit dem sie leben und arbeiten könnten. Dass es keinen Streit gebe, sei also keine Selbstverständlichkeit, und trotzdem wolle er dafür nicht gefeiert werden. Senat und Koalition hätten gewusst, dass 3 Mrd. Euro einzusparen eine große Herausforderung sei. Sie wüssten, dass sie schmerzhaft Entscheidungen zu treffen hätten. Dass dies nicht einfach sei, zeige der lange Weg dorthin. Man habe es sich nicht leicht gemacht.

Er habe oft gehört, was man alles nicht hätte machen dürfen, aber er habe heute bisher keinen einzigen Vorschlag gehört, wo man hätte kürzen sollen. Solle man wieder bei der Polizei kürzen oder bei der Förderung des Breitensports? Dass dies nicht geplant sei, werde von der Polizei und vom Landessportbund anerkennend zur Kenntnis genommen. Es gebe auch viele, die zwar wüssten, dass dies eine herausfordernde Lage sei, aber sagten, dass die Regierung es gut gemacht habe. Einige demonstrierten und seien laut. Auch mit ihnen fänden Gespräche statt, wie übrigens auch im Vorfeld Gespräche stattgefunden hätten und in Zukunft stattfinden würden. Das Gespräch mit den Betroffenen, ob im Positiven oder im Negativen, sei selbstverständlich wichtig.

Man werde der Verantwortung gerecht. Dies geschehe mit Augenmaß, aber auch mit dem klaren Ziel, Berlin auch für nachfolgende Generationen zukunftsfest zu machen. Er lade alle herzlich ein, bei der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuhelfen und mitzumachen.

b) Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Titel 52610 – Gutachten

Titel 53102 – Berlin-Informationen

Titel 54010 – Dienstleistungen

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen werden im Jahr 2025 konkret nicht weiterverfolgt? Was sind die Folgen für die benannten Teilansätze Verwaltungssteuerung, 100 Jahre S-Bahn, TA Re:publica sowie TA 100 Jahre Lufthansa?

Hendrikje Klein (LINKE) sagt, mit dem Thema 100 Jahre S-Bahn sei auch das S-Bahn-Museum am Bahnhof Lichtenberg geplant. Gebe es hierbei nun auch Schwierigkeiten?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) weist darauf hin, dass die Ziffern naturgemäß untereinander deckungsfähig seien. Er wolle noch einmal erläutern, wie man auf den reduzierten Betrag komme. Bei der S-Bahn habe man durch einen Instandsetzungsfortschritt Maßnahmen im Jahr 2024 vorziehen können, sodass man die Maßnahme ausfinanziert habe. Seines Erachtens sei das S-Bahn-Museum hiervon nicht betroffen. Für das Thema 100 Jahre S-Bahn seien über mehrere Jahre insgesamt ungefähr 3 Mio. Euro eingeplant. Durch den Vorzug sei dies gesichert.

Über die Re:publica sei heute schon im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien gesprochen worden. Diese sei im Haushalt nicht ausdrücklich erwähnt, sei aber bislang über Teilansatz 10 finanziert worden. Die eingestellten 300 000 Euro würden um 50 000 Euro abgesenkt. Man werde sich bei der Re:publica engagieren. Dass die Re:publica nicht im Teilansatz aufgeführt, aber in der Liste benannt sei, habe damit zu tun, dass das Engagement für die Re:publica dem Senat so wichtig sei, dass man sie noch einmal explizit adressiert habe.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt zu Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –, Teilansatz Berlin.de, was die Begründung der Kürzung sei.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, dass auf die Ist-Ausgaben bis Stichtag 30.11.2024 reduziert werde. Die Funktion werde nicht beeinträchtigt.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Woher kommt der bisher geplante hohe Ansatz im Jahr 2025?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, dass die Mittel aufgrund der Verschiebung der Änderung des Umsatzsteuergesetzes nicht mehr nötig seien.

Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke –

Frage, Fraktion Die Linke

Welche Mittel aus diesem Titel sind aktuell vertraglich oder gesetzlich gebunden?
Welche Projekte sollen aus den verbleibenden Mitteln mit welchen Beträgen finanziert werden?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, dass keine Mittel vertraglich gebunden seien. Es gehe um den Rahmenvertrag mit der Berlin Partner GmbH. Zur besseren Übersicht könnten die Beträge schriftlich übersandt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, dass die Mittel für einen Umzug der DFFB vorgesehen gewesen seien. Der Umzug habe sich auf 2026 verschoben, sodass Kosten für 2025 entfielen. Die damit zusammenhängenden VEs könnten für den Haushalt 2026/2027 relevant werden.

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Mit der Technologiestiftung werde derzeit ein Projektantrag vorbereitet, wo sich auf Themen fokussiert werden solle, zum Beispiel dem Probetrieb von GovTech und Smart-City-

Lösungen wie der Aufbau einer landesweiten Dateninfrastruktur, aber auch das Thema Unterstützung innovativer Verwaltungsleistungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein Bericht werde bis zum 22.01.2025 erwartet.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde?

Frage, Fraktion Die Linke

TA 11: Wie wird zukünftig mit der Digitalstrategie „Gemeinsam Digital Berlin“ umgegangen? Welche Weiterentwicklung und/oder Teilstrategien bzw. Umsetzungsplanung wird hier gestrichen?

TA 15: Wie ist die Situation der Berliner Kinos aktuell und sind die Folgen der Coronapandemie bereits weitestgehend überwunden?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, dass es bei dem TA 15, Einführung Kinoförderung, ursprünglich eine starke Erhöhung gegeben habe, die jetzt reduziert werde. Dennoch würden die Kinos mit 1,5 Mio. Euro für Investitionen besser als jemals zuvor unterstützt. Auch bei der Berlinale müssten zuvor angehobene Mittel auf 1 Mio. Euro reduziert werden. Die Anhebungen gingen auf eine andere Haushaltslage zurück. Er sei erfreut, dass bei dem Medienboard nicht gekürzt werde, sodass es keine Reduzierung der Förderung von Filmen und Games gebe.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung der konkreten Folgen und Planungen für die Digitalstrategie Gemeinsam Digital Berlin 2025.

Welche Planungen (Zielvereinbarungen) lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde? Welche Zielvereinbarungen sind von den Einsparungen genau betroffen wird noch im Jahr 2024 Geld abfließen? Sind von den Kürzungen bereits in Aussicht gestellte oder gar zugesagte Mittel für bezirkliche Projekte betroffen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass die Mittel im EP 03 für die Zielvereinbarungen eine zentrale Reserve seien. Für die bereits geplanten Zielvereinbarungen seien auch 2025 die Kosten abgedeckt. Der Steuerungskreis zur Koordinierung der gesamtstädtischen Zielvereinbarungen habe drei weitere Zielvereinbarungen zur Beschlussfassung vorgeschlagen, aber auch beschlossen, darüber hinaus keine weiteren Zielvereinbarungen mehr aufzunehmen. – Mit der SenFin werde ein Konzept für eine verbesserte Verzahnung der Zielvereinbarungs- mit der Finanzierungssystematik erarbeitet.

Stefan Ziller (GRÜNE) weist hin, dass bei den Ziel- und Projektvereinbarungen, die Teil der Verwaltungsmodernisierung, seien, die finanzielle Unterstützung manchmal ein wichtiger Anschlag gewesen sei. Führe die Nichtaufnahme weiterer Vereinbarungen zu Stillstand und dass die Verwaltungsmodernisierung erst 2026 fortgesetzt werde oder gebe es haushälterische Techniken?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) widerspricht, dass das Stillstand bedeute. Es gebe laufende Zielvereinbarungen mit gesicherter Finanzierung. Das Werkzeug der Zielvereinbarungen werde fortgesetzt, aber die Ausfinanzierung müsse verlässlich sein.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach, wann das Konzept fertig gestellt sei.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) antwortet, dass das im 1. Quartal 2025 wahrscheinlich fertig sei. Der Evaluierung der Bezirksfinanzen sei noch nicht abgeschlossen.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet, die drei weiteren vorgeschlagenen Zielvereinbarungen zu nennen.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) antwortet, dass das die Zielvereinbarungen bezüglich der Straßenbäume, der Familienzentren und der Freiwilligenagenturen seien.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, was der Stand der Zielvereinbarung zu den Bibliotheken sei.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) weist hin, dass die Zielvereinbarung unterschrieben sei und umgesetzt werde. Die zuständige Verwaltung könne ausführlicher Auskunft geben.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei - Europa –

Anlage 9

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei - Digitalisierung –

Anlage 9

Titel 54050 – Innovationsfonds –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0399

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments –

Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 51113 – Anschluss an das Berliner Landesnetz –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde? Wird hier IT-Sicherheit riskiert?

Frage, Fraktion Die Linke

Wie schätzt der Senat das Risiko ein, dass durch die Absenkung der Mittel zur Eindringungserkennung entstehen könnte? Hat der Senat Vorsorge getroffen im Hinblick auf mögliche Ransomware-Angriffe?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) merkt an, dass es bei Projekten wie im Einzelplan 25 zu Verzögerung kommen könne, was den Mittelabfluss reduziere. 60 Mio. Euro könnten nicht verausgabt werden, was größtenteils auf fehlende Kapazitäten bei Behörden zurückzuführen sei. – Risiken für die IT-Sicherheit bestünden nicht. Es gebe weitere nutzbare Mittel im SIWA. Gegen Ransomware-Angriffen gebe es Maßnahmen. Das ITDZ sei BSI-zertifiziert. Der Titel 51165 – IKT-Basisdienste für Informationssicherheit – sei nicht von Einsparungen betroffen.

Stefan Ziller (GRÜNE) greift auf, dass im Digitalausschuss berichtet worden sei, dass beim Berliner Landesnetz und der Eindringungserkennung geplante Vorhaben nun doch nicht umgesetzt würden. Widerspreche das den jetzt getätigten Ausführungen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) stellt klar, dass es entsprechende Planungen gegeben habe, die aber aus den oben genannten Gründen nicht realisiert werden könnten. Weitere Details könnten schriftlich nachgeliefert werden.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde?

Frage, Fraktion Die Linke

Welche Teilansätze sind hier jeweils betroffen? Welche Auswirkungen haben die Einsparungen jeweils auf die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung, insbesondere welche konkreten Dienstleistungen werden in Mitleidenschaft gezogen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass der Titel das Programmmanagement des Projekts OneIT finanziere. Es werde umstrukturiert, aber ansonsten gebe es keine größeren Umplanungen, weil das Projekt selbst aus SIWA-Mittel finanziert werde. – Die Planungen seien etwa zwei Jahre alt. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft müsse geprüft werden, wie die Instrumente zur Anwendung gebracht werden könnten. Es gebe eine umfassende Deckungsfähigkeit.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach, ob zugesagt werden könne, dass der Rollout des Berlin-PC wie geplant stattfinden könne. – Er bitte um Erläuterung der Auswirkungen der vom Senat verhängten Sperren und Haushaltstechnik auf die Titel des Einzelplans, die deckungsfähig seien. Müsse jedes Mal der Hauptausschuss zustimmen? Prüfe der Senat, die Sperren an dieser Stelle aufzuheben, um die Arbeit der Skzl zu erleichtern?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass es bei den qualifizierten Sperren die Zustimmung des Hauptausschusses brauche. Wichtig sei aber zunächst, die Projekte anzuschieben, um die Mittelverausgabung zu verbessern.

Titel 51161 – IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fachverfahrensorientierten Online-Prozessen –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Planungen lagen dem bisher geplanten Ansatz im Jahr 2025 zu Grunde?

Frage, Fraktion Die Linke

Welche Teilansätze sind hier jeweils betroffen? Welche Auswirkungen haben die Einsparungen jeweils auf die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung, insbesondere welche konkreten Dienstleistungen werden in Mitleidenschaft gezogen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass es auch an dieser Stelle Hindernisse beim Mittelabfluss der über zwei Jahre alten Planungen gebe. Bei diesem Titel müssten die

Einzelmaßnahmen geprüft und gegebenenfalls priorisiert werden. – Konkrete Dienstleistungen seien nicht gefährdet.

Titel 51162 – IKT-Basisdienste für Verwaltungszugänge zum elektronischen, telefonischen und persönlichen Verwaltungskontakt –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mittel sind vertraglich gebunden. Wie wird die Kürzung rechtlich umgesetzt? Welche Folgen hat dies für die Behördenhotline 115?

Frage, Fraktion Die Linke

Welche Teilansätze sind hier jeweils betroffen? Welche Auswirkungen haben die Einsparungen jeweils auf die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung, insbesondere welche konkreten Dienstleistungen werden in Mitleidenschaft gezogen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) antwortet, dass weder die Behördenhotline noch konkrete Dienstleistungen eingeschränkt würden. Es gebe vertragliche Bindungen.

Stefan Ziller (GRÜNE) wendet ein, dass angesichts der Bindung der Titel die Kürzungen technisch nicht realisierbar seien. Plane der Senat, die Verträge anzupassen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass der Vertrag für die Behördenhotline für 2025 noch nicht abgeschlossen sei, aber das sicher gemacht werde. Sollten sich daraus höhere Belastungen ergeben, müsse der Haushaltsgesetzgeber den Titel erhöhen.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach, wann der Vertrag unterschrieben werde und das ITDZ Planungssicherheit bekomme.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) stellt klar, dass die Behördenhotline sicher bestehen bleibe. Bei den Verhandlungen werde noch die genaue Summe abgeklärt.

Titel 51163 – Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte) –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie geht es weiter mit der E-Akte im Jahr 2025? Welche Planungen entfallen?

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Auswirkungen haben die geplanten Einsparungen auf den Zeitplan der Einführung der E-Akte und welche gesetzlichen Fristen werden nicht gehalten werden können?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass das Projekt im Verzug sei und daher Mittel nicht hätten verausgabt werden können. Der Rollout werde weiter vorbereitet und die Anbindung der Fachverfahren an die digitale Akte und ein anderes System des Scannens

des Posteingangs seien besprochen worden. Die Befürchtungen über Einsparungen von 20 Mio. Euro hätten sich nicht bestätigt.

Titel 51164 – IKT-Basisdienste für Infrastruktur und IKT-Arbeitsplatz –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was wird hier genau an Zukunft eingespart?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) stellt klar, dass das eine pauschale Sperre von 3,2 Mio. Euro sei, was nicht bedeute, dass KI-Projekte im Land Berlin abgebrochen würden.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um Ausführungen, welche Mittel für 2025 vertraglich gebunden seien. Werde statt bei der KI etwa beim Open-Source-Kompetenzzentrum gekürzt? Er bitte um einen schriftlicher Bericht bis zur zweiten Lesung des Gesetzes.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass das Cloud-Kompetenzzentrum vertraglich gebunden sei. Es sei zu erwarten, dass der landesweite Verzeichnungsdiens auch in den Titel aufgenommen werde. Der Vertrag sei aber noch nicht abgeschlossen. – Der Bericht sei nach Beschluss des Haushaltsgesetzes sinnvoller, um Klarheit über Ausgabemöglichkeiten zu haben.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet, dass konkrete Summen genannt würden. Angesichts der vertraglichen Bindungen bestehe die Gefahr der Kürzung von KI-Projekten. Deswegen müsse der Bericht vor Beschlussfassung vorliegen.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) führt aus, dass im Cloud-Kompetenzzentrum etwa 4 Mio. Euro vertraglich gebunden seien. Der Bericht könne früher vorgelegt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein Bericht werde vor dem 19.12.2024 erwartet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was wird bei der Umsetzung Open Data Verordnung wegfallen? Wie soll es ohne Daten mit der Entlastung durch KI weiter gehen?

Frage, Fraktion Die Linke

Kann mit Blick auf die geplanten Einsparungen die durch die „Umsetzung Open-Data VO“ festgelegten gesetzliche Verpflichtung eingehalten werden? Verfolgt der Senat noch den Plan ein Transparenzgesetz in dieser Legislaturperiode zu verabschieden?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erläutert, dass bei der Vorsorge für einen möglichen Umbau des Open-Data-Portals hin zu einer Nutzung als Transparenzportal gekürzt werde. Die anderen Maßnahmen der Verordnung könnten realisiert werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) bemängelt, dass durch die Kürzungen bei KI und Daten die zu erwarteten Synergieeffekte gefährdet seien. Daten bildeten die Grundlage dafür.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) weist hin, dass das korrekt sei. Deswegen werde im Bereich Daten auch nicht gekürzt, sondern bei den eingeplanten Kosten für die Zwischenlösung hin zum Transparenzregister.

**Titel 54803 – Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT –
Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –**

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die erste Lesung der Einzelpläne 03 und 25 abgeschlossen sei.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.06 Uhr bis 15.37 Uhr]

Wiederaufnahme der Beratung zum Einzelplan 05

Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -

Anlage 9

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge
Titel 54006 – Besondere Aufgaben

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 81241 – Ausgaben für die Ausstattung der G10-Stelle

André Schulze (GRÜNE) erkundigt sich, welche Form von Anschaffungen nach hinten gestellt worden sei und welche Auswirkungen das auf die Arbeit der G10-Stelle habe.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bekundet, dass die G10-Stelle selbstverständlich uneingeschränkt funktionsfähig bleibe. Durch eine technische Reorganisation seien temporäre Einsparungen bei den Neubeschaffungen von Speicherkapazitäten erzielt worden.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin - Landespolizeidirektion –

a) Zahlenteil

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder

b) Anlage 9

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
Titel 54010 – Dienstleistungen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit in diesem Bereich höhere Ausgaben und infolge dessen Titelverstärkungen gegeben habe. Zum damaligen Zeitpunkt seien die Vertragskonstellationen mit den Unternehmen so festgelegt worden, dass sich zeitliche Verzögerungen auf die Dienstleistungssummen ausgewirkt hätten. Neben diesem Titel existierten korrespondierende Haushaltstitel, die mit der Umsetzung und Sicherstellung von Fahrzeugen insgesamt in Zusammenhang stünden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, dass der Bedarf in einer längerfristigen Planung prognostiziert werde. Das sei recht komplex. Die Verteilung der Lose habe er bereits an anderer Stelle dargestellt. Aus Sicht von SenInnSport dürfe die Sicherstellung und Umsetzung, um die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleisten zu können, nicht eingeschränkt werden. In der Prognose sei SenInnSport von deutlich höheren Steigerungen ausgegangen, die sich so nicht realisiert hätten. SenSportInn könne daher die Einsparungen von 1,2 Millionen Euro gut vertreten. Die Grundlagen seien Planungen gewesen, die zwei Jahr zurücklägen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass die Zahlen, auf der die Prognose basiert habe, schriftlich zur zweiten Lesung nachgeliefert würden.

Dr. Hugh Bronson (AfD) schließt sich der Berichtsbitte zu Titel 54010 – Dienstleistungen an, um zu erfahren, wie der Betrag von 1,2 Millionen Euro zustande gekommen sei. Bezüglich Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder – interessiere ihn, welche Art von Mehreinnahmen prognostiziert werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung die Grundlagen für die geplanten Einsparpotenziale und die Erwartungen für 2025 für Titel 54010 schriftlich vorgelegt würden.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

André Schulze (GRÜNE) hebt hervor, dass die Beschaffung oder Ersatzbeschaffung von automatischen Verkehrsüberwachungskameras und Blitzern zurückgestellt worden sei. Mit Blick auf die Einnahmen der Bußgeldstelle erscheine es ihm haushalterisch etwas kurzfristig, an dieser Stelle zu sparen. Warum halte der Senat diese Einsparungen dennoch für sinnvoll?

Martin Matz (SPD) weist darauf hin, dass der Antwort auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Kapek und Franco zu entnehmen sei, dass kein linearer Zusammenhang zwischen der Anzahl von Blitzeranlagen und der Einnahmen aus den entsprechenden Bußgeldern bestehe. Das liege u. a. daran, dass die vorhandenen mobilen Anlagen je nach personellen Möglichkeiten sehr unterschiedlich ausgenutzt würden. Auf jeden Fall sei die These nicht haltbar, dass eine Reduzierung der Anlagen zu geringeren Bußgeldern führe.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bestätigt die Aussagen seines Vorredners, dass kein lineares Verhältnis zwischen den Einnahmen und der Anzahl der Anlagen bestehe. Höhere Fallzahlen kämen stattdessen aufgrund einer Ausweitung der regionalen Parkraumbewirtschaftung und einer effektiveren und effizienteren Bearbeitung durch die Fortschreitung der Digitalisierung zustande.

Hinsichtlich Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen weise er darauf hin, dass aufgrund der Haushaltslage die Neubeschaffung von AVÜK-Anlagen nach hinten geschoben worden sei, die Ersatzbeschaffung jedoch fortgeführt werde.

Vasili Franco (GRÜNE) bestätigt, dass die Einnahmen auch anhand der Ist-Zahlen in den letzten Jahren beim Einnahmetitel etwas höher gewesen seien. Daher trage die Anpassung womöglich auch zur Haushaltsklarheit bei, zu der der Senat ohnehin verpflichtet sei. Jedoch führe eine Steigerung der Blitzeranlagen zu noch mehr Einnahmen bei der Bußgeldstelle, die zur Auflösung der PMA beitragen könnten. Daher verstehe er nicht, warum an dieser Stelle gekürzt worden sei. Gebe es vielleicht technische Gründe, die dagegen sprächen?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, die Verteilung der insgesamt zu erbringenden PMA auf einzelne Titel ergebe sich aus der Priorisierung des Senats.

Kapitel 0543 – Polizei Berlin - Landeskriminalamt –

Anlage 9

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Ohne Wortmeldung.

Kapitel 0556 – Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -

Anlage 9

**Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus
den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR**

Ohne Wortmeldung.

**Titel 89120 – Zuschuss an das SILB für das Investitionsprogramm
Objektfunkversorgung**

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Titel wurde 2024 bereits gestrichen mit der Bemerkung, dass die Maßnahmen zur Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Objektfunkanlagen verschoben werden. Ist eine Kommunikation in Schadenslagen sichergestellt?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage werde schriftlich bis zum 22. Januar 2025 beantwortet.

Frage Fraktion Die Linke

Wurde das Sanierungsprogramm für Polizeiwachen eingestellt?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) führt aus, die Mittel aus diesem Titel seien mit der Inkraftsetzung der beabsichtigten Änderungen des Berliner Feuerwehrgesetzes verbunden. Das Gesetz befinde sich noch in der Abstimmung. Die geplanten Mittel dienten dann für die sukzessive Ausstattung von landeseigenen Sonderbauten mit Objektfunkanlagen. Das sei im Rahmen der Ausstattung der landeseigenen Sonderbauten ein wichtiger Baustein. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten sei die Digitalfunkversorgung oftmals schwierig, so dass es zu Beeinträchtigungen oder gar Ausfällen in der Kommunikation zwischen den Behördenorganisationen mit Sicherheitsbefugnissen – BOS – kommen könne. Es werde weiter daran gearbeitet, damit im Ernstfall die Kommunikation bis zur Ausstattung der Gebäude durch verschiedene operative Maßnahmen vor Ort bestmöglich hergestellt werden könne.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr - Behördenleitung –

Anlage 9

Titel 54053 – Veranstaltungen

Ohne Wortmeldung.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -

a) Zahlenteil

Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet angesichts der errechneten Mehreinnahmen von etwa 4 Millionen Euro um Erläuterung, welche Gebühren konkret erhöht werden sollten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, dass ebenso wie die Polizeibe nutzungsgebührenverordnung sich auch die Feuerwehrbenutzungsgebührenverordnung in der Überarbeitung befinde. Man befinde sich dazu in der finalen Abstimmung. In nahezu allen Punkten sollten Erhöhungen durchgeführt werden.

b) Anlage 9

Titel 51479 – Allgemeine Verbrauchsmittel

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Titel 81120 – Löschboote

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 81150 – Fahrzeuge des Katastrophenschutzes

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Fahrzeugbeschaffungen für den Katastrophenschutz werden nicht vorgenommen? Wie wirkt sich dies auf die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr aus?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage werde schriftlich bis zum 22. Januar 2025 beantwortet.

Frage Fraktion Die Linke

Welche ursprünglich geplanten Fahrzeugbeschaffungen werden hier vorerst gesperrt?

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet darum, in Ergänzung der Berichtsbitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Planung zur Fuhrparkerneuerung vorzulegen.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, dass mit diesem Doppelhaushalt der Titel 89311 – Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen neu eingerichtet worden sei. Darin seien für das Jahr 2025 4,9 Millionen Euro für IKT, Technik und für die Neubeschaffung von Fahrzeugen zur Verfügung gestellt worden. Die PMA in Titel 81150 – Fahrzeuge des Katastrophenschutzes könne ohne wesentliche Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes daraus kompensiert werden. Die 2 Millionen Euro Konsolidierungsbetrag betreffen folgende Maßnahmen, die komplett gestrichen würden: dreimal Feldkochherde – das entspreche 573 000 Euro –, zweimal Krankentransportwagen Typ B – 704 000 Euro –, zweimal LKW-technische Sicherheit – 727 000 Euro.

André Schulze (GRÜNE) merkt an, die Aussage, dass die Einsparungen durch einen neu geschaffenen Titel kompensiert würden, habe ihn etwas verwirrt. Zumindest am Beginn dieses Haushaltsaufstellungsverfahrens seien beide Titel und beide Beschaffungen geplant gewesen. Entweder habe sich die Innenverwaltung von vornherein einen Bunker in den Haushalt eingestellt, oder es gebe die Befürchtung, dass die Kürzungen doch Auswirkungen auf das geplante Beschaffungsvolumen haben könnten. Inwiefern würden die angeführten Beschaffungen, die nicht stattfänden, durch den anderen Titel kompensiert?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, er habe versucht deutlich zu machen, dass der Titel 81150 – Fahrzeuge des Katastrophenschutzes schon lange im Haushaltsgesetz stehe und Titel 89311 – Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen neu hinzugekommen sei. In dem bereits vorher vorhandenen Titel 81150 seien durchaus Mittel für die Finanzierung von Katastrophenschutzfahrzeugen sowohl im Bereich der Feuerwehr als auch im Katastrophenschutz vorgesehen gewesen. Der neue Titel sei kumulativ hinzuge treten. Mehr Geld sei immer besser; wenn jedoch Einsparungen erbracht werden müssten, müsse priorisiert werden. Eine solche Priorisierung sei an dieser Stelle erfolgt.

Titel 81179 – Fahrzeuge

Frage Fraktion Die Linke

Welche ursprünglich geplanten Fahrzeugbeschaffungen werden hier vorerst gesperrt?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, durch den Konsolidierungsbetrag von 629 000 Euro könnten sechs Einsatzleitwagen Erkunder für insgesamt 560 250 Euro nicht angeschafft werden. Der Restbetrag von 68 750 Euro müsse durch entsprechende Ausschreibungsgewinne ausgeglichen werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, wie sich die Nichtanschaffung der sechs genannten Einsatzleitwagen auf die Einsatzfähigkeit in den jeweiligen Bereichen konkret auswirken werde.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) betont, dass im Rahmen des Ausbaus des Katastrophenschutzes nicht nur in Berlin sondern insgesamt darüber nachgedacht werde, wie man durch zusätzliche Anschaffungen dahin komme könne, wo man eigentlich stehen wolle. Wie er bereits dargelegt habe, seien aufgrund der angespannten Haushaltslage auch in diesem Bereich Priorisierungen vorgenommen worden. Es seien notwendige Ersatzbeschaf-

fungen und etwaige Neubeschaffungen zunächst zurückgestellt worden. Die tatsächliche Einsatzfähigkeit bleibe davon unberührt.

Titel 81213 – Überwachung der Notstromversorgung –

Ohne Wortmeldung.

Titel 81235 – Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Berliner Feuerwehr

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Anbindung der KoopLts, und welche Abweichungen bestehen vom ursprünglichen Zeitplan?

Vasili Franco (GRÜNE) fragt darüber hinaus, warum in diesem Titel 100 000 Euro gestrichen worden seien.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) informiert, dass aktuell die IKT-technische Anbindung der Berliner Feuerwehr an die Kooperative Leitstelle für Ende 2025 geplant sei. Dabei handele es sich um eine Beistellungsleistung der Berliner Feuerwehr zum Gesamtprojekt, um die Anbindung erreichen zu können. Sollten die Ansätze, die in diesem Titel gekürzt worden seien, nicht ausreichen, werde SenInnSport im Rahmen der Prioritätensetzung einen Ausgleich im Rahmen der Haushaltswirtschaft durch die Berliner Feuerwehr gewährleisten. Derzeit seien dadurch keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Gesamtprojekt erkennbar.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 81243 – Erneuerung der digitalen Funkgeräte für Fahrzeuge des Typs MRT

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Einführung des Digitalfunks und welche Abweichungen bestehen vom ursprünglichen Zeitplan? Wie wirken sich die Kürzungen auf den Zeitplan aus?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) berichtet, dass der Digitalfunk für die Behörden und für die Organisationen mit Sicherheitsbefugnissen vor vielen Jahren eingeführt worden sei. Der Erstaufbau des Berliner Digitalfunknetzes sei bis in das Jahr 2009 hinein erfolgt. Nachfolgend sei das Digitalfunknetz durch Verdichtung und Modernisierung weiter optimiert worden. In dem Titel sei insbesondere die regelmäßige schrittweise Erneuerung der digitalen Fahrzeugfunkgeräte der Berliner Feuerwehr etatisiert. Durch die Kürzungen würden in dem Jahr 2025 etwas weniger Geräte erneuert als ursprünglich geplant.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

**Titel 81247 – Erneuerung der Helmsprechgarnituren –
Titel 81249 – IT-Ausstattung zur mobilen Datenerfassung in der Notfallrettung –**

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 81251 – Feuerwehr-Informations-System

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der aktuelle Zeitplan zur Einführung des Feuerwehr-Informations-Systems (FIS)?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bekundet, dass das FIS seit längerer Zeit bei der Berliner Feuerwehr erfolgreich im Einsatz sei und auch weiterhin genutzt werde. In diesem Titel sei der altersbedingte Austausch der Bildschirme für 2024 und 2025 mit einem Gesamtvolumen von 400 000 Euro vorgesehen gewesen. Durch die Kürzungen werde der vollständige Austausch der Hardware etwas länger dauern. Das bedeutet, dass das Gesamtprojekt zeitlich gestreckt werde.

Vasili Franco (GRÜNE) fragt, ob seine Annahme richtig sei, dass das keinen Einfluss auf die Einsatzfähigkeit haben werde. Er erinnere in dem Zusammenhang an iPads, die im Sommer verglüht seien.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, es handele sich um den Austausch von Bildschirmen. Wenn ein Bildschirm defekt werde, würden selbstverständlich Ersatzbeschaffungen durchgeführt. Es sei ein kompletter neuer Rollout geplant gewesen, der nun zeitlich nach hinten verschoben werde. iPads gehörten nicht dazu. Die Einsatzfähigkeit sei auf jeden Fall gewährleistet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Ersatzbeschaffungen werden nicht vorgenommen? Wie wirkt sich die Streichung und/oder Verschiebung auf die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr aus?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) konstatiert, dass der Konsolidierungsbeitrag in diesem Titel insgesamt 350 000 Euro betrage. Durch die Kürzungen könnten fol-

gende Maßnahmen zur Ertüchtigung der Netzwerksicherheit nur in einem reduziertem Umfang werden: Die Erweiterung der IT-Netzwerksicherheit in Höhe von 200 000 Euro, die Ersatzbeschaffung von veralteten Einsatztablets in Höhe von 80 000 Euro, die Ersatzbeschaffung von Einsatztelefonen in Höhe von 10 000 Euro sowie Zubehör zur Führungsunterstützung an vier Drohnenstandorten der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von 60 000 Euro. Zudem könnten gegebenenfalls nicht ausreichend Tablets als Ersatz für den Einsatzdienst im Rettungsdienst beschafft werden. Wie er zu der vorherigen Frage bereits versichert habe, werde alles dafür getan, dass es dazu nicht kommen werde.

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, dass diese Fragen zuzüglich der soeben ausgeführten Auswirkungen auch schriftlich beantwortet würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass eine schriftliche Beantwortung bis zur zweiten Lesung vorliegen werde.

Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Leitung –

Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Ohne Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt heraus, dass es sich um Sanierungsvorhaben an Bürodienstgebäuden handele, die um mehr als 50 Prozent gekürzt würden. Wie komme dieser Betrag zustande, und wie solle dieser eingespart werden?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, dass der Betrag durch eine Priorisierung bei Renovierungsmaßnahmen zustande gekommen sei.

Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen –

Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Titel 81242 – Digitalisierung Mikrofilmarchiv –

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 81243 – Beschaffung von MDE-Geräten

Vasili Franco (GRÜNE) fragt, ob es sich dabei um die Geräte handele, die an die Ordnungsämter gingen. Welche Auswirkung hätten die Kürzungen auf die Bereiche Planung und Zulieferung?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bejaht die erste Frage. Es handele sich um keine vollständige Streichung, sondern um eine Absenkung um 200 000 Euro. Dadurch könnten weniger mobile Datenerfassungsgeräte beschafft werden. SenInnSport gehe aber davon aus, dass sich diese Kürzungen im Rahmen des Zumutbaren bewegten.

Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugzulassung –

Anlage 9

Titel 81246 – Anpassung der Fachverfahren im Kraftfahrzeugwesen

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wirken sich die Streichungen auf die Einführung der digitalen/E-Akte aus?

Frage Fraktion Die Linke

Betreffen die genannten Einsparungen die Einführung der digitalen Akte? Wenn ja, wie lange wird sich die Einführung der digitalen Akte durch die geplanten Einsparungen verzögern?

Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung –

Anlage 9

Titel 81247 – Anpassung u.a. durch Implementierung von Schnittstellen

Frage Fraktion Die Linke

Betreffen die genannten Einsparungen die Einführung der digitalen Akte? Wenn ja, wie lange wird sich die Einführung der digitalen Akte durch die geplanten Einsparungen verzögern?

Titel 81248 – Digitalisierung im Rahmen der Einführung der Digitalen Akte

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wirken sich die Streichungen auf die Einführung der digitalen/E-Akte aus?

Frage Fraktion Die Linke

Betreffen die genannten Einsparungen die Einführung der digitalen Akte? Wenn ja, wie lange wird sich die Einführung der digitalen Akte durch die geplanten Einsparungen verzögern?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) fasst einordnend zusammen, während in Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugzulassung – die Anpassung der Fachverfahren im Kraftfahrzeugwesen betroffen seien, beziehe sich Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung – auf die Fahrerlaubnisse im Rahmen der Einführung der digitalen Akte. Die digitale Akte sei im LABO bereits eingeführt worden. Mit den Ansätzen sollten Schnittstellen zwischen der digitalen Akte und den IT-Fachverfahren realisiert werden. Mit den Kürzungen werde die Umsetzung dieser Schnittstellen zeitlich nach hinten verschoben. Damit könne die Erweiterung des Einsatzes der digitalen Akte um einen automatischen Datenaustausch zunächst nicht realisiert werden.

In Titel 81248 – Digitalisierung im Rahmen der Einführung der Digitalen Akte – sei die Digitalisierung von Bestandsakten geplant gewesen. Diese könne zunächst nicht umgesetzt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet worden und damit erledigt seien.

Kapitel 0599

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Vasili Franco (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass es sich in diesem Titel um die Prämien handele, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere bei der Polizei erhielten. In den Vorjahren seien es immer wieder so gehandhabt worden, dass die Mittel über die Personaltitel bzw. über die unbesetzten Stellen ausgezahlt worden seien. Welche konkreten Auswirkungen hätten die vorgenommenen Kürzungen auf die Prämienzahlungen? Würden diese ersatzlos gestrichen oder über nicht besetzte Stellen kompensiert? Seien die Kürzungen bei den unbesetzten Stellen berücksichtigt worden – Stichwort Bunker –?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, im Rahmen der Diskussionen zur Haushaltsaufstellung sei beschlossen worden, dass die Leistungsprämien zunächst insgesamt wegfielen. Das betreffe nicht nur den Einzelplan 05, sondern den gesamten Haushalt. Auch das sei ein Ergebnis der zu erfolgenden Priorisierungen in Zeiten eines knappen Haushalts. Es sei nicht vorgesehen, die Summen aus anderen Töpfen zu kompensieren.

Einzelplan 05 – alle Titel HGr. 4

Anlage 9

Frage Fraktion Die Linke

Folgen aus den Einsparungen im Personaletat dauerhafte Streichungen im Personalkörper der SenInnSport? In welchen Organisationseinheiten sollen konkret welche Stellen welcher Wertigkeit auf Basis des 12-Monate-Kriteriums gestrichen werden?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, die Unterschreitungen bei den Personalausgaben ergäben sich überwiegend aus zeitlich verzögerten Stellungsbesetzungsverfahren, da teilweise Stellen, die vom Haushaltsgesetzgeber im Haushaltsgesetz gewährt worden seien, nicht sofort besetzt werden könnten. Das gelte sowohl für die neu etatisierten Stellen als auch für Nachbesetzungen u. a. durch Fluktuation, die insbesondere bei großen Personalkörpern aus unterschiedlichen Gründen auftrete. Seitens der Dienststelle finde keinerlei Steuerung statt, die die Verzögerungen verursachten. Deswegen könne die PMA im Einzelplan 05 nur durch eine rein monetäre Abschöpfung und nicht durch eine strukturelle Einsparung erbracht werden.

Die im Stellenplan des Einzelplans 05 ausgewiesenen Stellen würden, um die wichtigen Aufgaben weiterhin erledigen zu können, weiterhin vollumfänglich benötigt. Im gesamten Einzelplan 05 bleibe keine Stelle länger als zwölf Monate unbesetzt. Sobald Aufgabengebiete aufgrund von verzögerten Nachbesetzungsverfahren durch eine schlechte Bewerbendenlage oder andere Faktoren länger unbesetzt seien, besetze SenInnSport diese Stellen temporär mit Beschäftigten, die andere Tätigkeitsfelder bedienten, für die jedoch keine entsprechende dauerhafte Stelle vorhanden sei. Parallel liefen für die lange unbesetzten Aufgabengebiete Ausschreibungs-, teilweise auch Dauerausschreibungs- und Nachbesetzungsverfahren, damit die Nachbesetzung für die eigentlichen Aufgabenbereiche der temporär anderweitig genutzten Stellen realisiert werden könne. Aufgrund dieser seit Jahren praktizierten Vorgehensweise sei im Einzelplan 05 gar keine Stelle vorhanden, die länger als zwölf Monate unbesetzt sei und aufgrund des Zwölf-Monats-Kriteriums gestrichen werden könne.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) macht deutlich, dass er hier einen Widerspruch zu dem politisch erklärten Ziel der haushaltspolitischen Sprecher der Koalition sehe. Er habe den Staatssekretär so verstanden, dass sich im Personalkörper des Einzelplans 05 keine einzige VZE befinde, die das Zwölf-Monats-Kriterium, das auch im Normtext des Gesetzes festgeschrieben sei, der Koalition erfülle. Der Vorschlag, der auf dem Tisch liege, fordere, die sogenannten Geisterstellen aus dem Haushalt abzuziehen, insbesondere bei den Hauptverwal-

tungen mit einem großen Personalkörper. Deshalb tauche in der Liste zum Einzelplan 05 sowie zum Einzelfall 10 die qualifizierte Sperre auf.

Durch dieses Instrument könne per konkretem Änderungsbefehl, der auch im Haushaltsgesetz verankert sei, der Titel abgesenkt und der Stellenplan entsprechend geändert werden. Beides sei hier nicht gemacht worden. Stattdessen werde vorgeschlagen, die in der Haushaltswirtschaft gängige Vorgehensweise, die Summen, die sich aus unbesetzten Stellen zum Jahresabschluss ergäben, einzusammeln. Wenn er den Staatssekretär richtig verstanden habe, habe er mit diesem Verfahren kein Problem. Nach Aussage des Staatssekretärs seien jedoch keine Stellen vorhanden, die das Zwölf-Monats-Kriterium der Koalition erfüllten und zu einer strukturellen Kürzung herangezogen werden könnten. Im Geschäftsgang befinde sich eine rote Nummer, die dieses Problem adressiere und von der Koalition bereits mehrfach vertagt worden sei, da in diesem Punkt offenbar Uneinigkeit bestehe.

In dieser Sitzung solle eine gemeinsame Informationsgrundlage hergestellt werden, auf deren Grundlage dann eine Entscheidung getroffen werden müsse, spätestens im Plenum am 19. Dezember und hoffentlich nicht mit einer Tischvorlage. Der Berichtswunsch seiner Fraktion zu möglichen organisationseinheitsscharfen Auswirkungen bleibe weiterhin bestehen.

André Schulze (GRÜNE) weist darauf hin, dass ein Berichtsauftrag für den gesamten Senat mit der Frage nach Stellen, die länger als zwölf Monate unbesetzt seien, für Januar 2025 bereits ausgelöst worden sei. Bei einem so großen Personalkörper sei es schwer vorstellbar, dass keine einzige Stelle länger als zwölf Monate unbesetzt sei.

Habe er es richtig verstanden, dass 67 Millionen Euro zur Auflösung der PMA herangezogen würden und keine einzige gesperrte Stelle dem gegenüberstehe? In diesem Fall stelle sich tatsächlich die Frage, ob die Regelungen des § 11 Absatz 4 des Haushaltsgesetzes nicht ins Leere liefen.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erwidert, er habe bereits darauf hingewiesen, dass freie Stellen u. a. durch Fluktuation temporär vorhanden seien. Es würden jedoch unverzüglich Stellennachbesetzungen vorgenommen, sodass bei SenInnSport weder „Stellenhülsen“ noch „Geisterstellen“ vorhanden seien. Zudem seien Statistiken oder Tabellen immer stichtagsbezogen. Beispielsweise fingen Kolleginnen und Kollegen nach ihrer Ausbildung an der Polizeiakademie oder an der HWR ihren Polizeidienst in der Regel nicht am 1. Januar eines Jahres an, sodass für den Zeitraum vom 1. Januar bis zur Beendigung der Ausbildung bzw. zum Eintritt in den regulären Dienst diese Stellen als freie Stellen in den Tabellen auftauchten. Das sei dann wiederum weder eine „Stellenhülse“ noch eine „Geisterstelle“.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) hebt hervor, dass dieser politische Konflikt bzw. Wertungswiderspruch weiterhin ungelöst sei. – Wie sei die Summe von 67 Millionen Euro zustande gekommen, bzw. wer habe diese Summe errechnet? Er sei bisher davon ausgegangen, dass es sich um Personalmittel gemäß § 11 Absatz 4 handele, wonach die qualifizierte Sperrwirkung eingesetzt werde und die Summe zur Auflösung der PMA herangezogen werden könne. Auf welcher Grundlage sei die Summe zustande gekommen, wenn nach Aussagen des Staatssekretärs keine Stelle das Zwölf-Monats-Kriterium erfülle?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) hält dem entgegen, dass das Gesamtvolumen des Einzelplans 05 bekannt sei. Zweidrittel davon seien durch Personalmittel gebunden. Im Zuge der Bemühungen, den Anteil an der PMA zu erbringen, sei die Summe rechnerisch zustande gekommen, indem der geleistete PMA-Beitrag für das Jahr 2024 herangezogen und im Wesentlichen für 2025 fortgeschrieben worden sei. Es sei kein Geheimnis, dass die Personalausgaben in dieser Größenordnung noch niemals unterschritten worden seien. Das werde eine besondere Herausforderung sein. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sei jedoch entschlossen, ihren Beitrag zur Gesamt-PMA zu leisten.

Martin Matz (SPD) greift auf, dass geklärt werden müsse, worin die Kritik eigentlich bestehe. Werde kritisiert, dass sich der Einzelplan 05 an den Einsparungen nicht in der ihm möglichen Form beteilige? Das könne angesichts der Summe von 67 Millionen Euro aus Personalausgaben eigentlich nicht sein. Oder werde kritisiert, dass bei Polizei- und Feuerwehrvollzug gespart werde? Das sei gerade nicht der Fall. Wenn die Koalition eine Liste vorgelegt hätte, nach der 300 oder 400 Stellen im Polizeivollzug gestrichen werden sollten, wäre die Kritik berechtigt. Es sei ein politischer Schwerpunkt, die Polizei oder die Feuerwehr in ihrer Einsatzfähigkeit nicht einzuschränken oder Stellen einzusparen, sondern zu erhalten. Das sei eine der Errungenschaften der letzten Jahre. Seit Innensenatorinnen bzw. -senatoren von der SPD eingesetzt worden seien, seien im Bereich des Polizeivollzugs über 2 000 zusätzliche Kräfte eingerichtet worden. Diese Stellen blieben weiterhin bestehen.

Dennoch sei es sinnvoll, Personalmittel, die nicht verausgabt werden könnten, einzusammeln. Zum derzeitigen Zeitpunkt sei es nicht möglich, diese Beträge stellenscharf zuzuordnen, da noch nicht bekannt sei, welche Stellen im Verlauf des Jahres 2025 für mehrere Monate unbesetzt bleiben würden. Die einzige mögliche Methode sei es daher, die Werte des Vorjahres als Erfahrungswert für 2025 heranzuziehen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erwidert, er versuche als Opposition herauszufinden, was sich an politischen Entscheidungen und haushalterischer Logik hinter den einzelnen Sperrvorschlägen für 2025 verberge.

Der Antwort des Staatssekretärs habe er entnommen, dass sich die Summe aus der Fortschreibung der PMA-Erbringungssumme aus 2024 rechnerisch ergeben habe und gleichzeitig die Summe der nichtverausgabten Personal titeln am Jahresende noch niemals so hoch gewesen sei. Daraus ergebe sich seiner Ansicht nach ein Delta. Er habe kein Problem damit, dass zur Auflösung einer PMA bei einem großen Personalkörper insbesondere die Unterausschöpfung bei den Personal titeln gegenüber dem Plan herangezogen werde. Es sei das normale Geschäft, das am Ende eine Buchungszahl entstehe, die vergleichsweise entspannt zur Auflösung der PMA herangezogen werden könne. Wenn jedoch diese errechnete Summe signifikant oberhalb der Mittel liege, die in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden seien, dann müsse die politische Diskussion geführt werden, welche Auswirkungen angesichts dieser Differenz zu erwarten seien.

Insofern sei man noch nicht an dem Punkt angelangt, zu überlegen, wo Kritik angesetzt werden könne, sondern zunächst müsse herausgearbeitet werden, welche Logik hinter dieser Rechnung stehe und welches haushalterischen Risiko damit verbunden sei.

Vasili Franco (GRÜNE) fasst zusammen, wenn in Berlin alle Stellen besetzt wären, würde Berlin ein bisschen besser funktionieren, jedoch hätte die Koalition ein größeres Problem, da die PMA noch schwerer aufgelöst werden könnte. Alle Haushaltspläne enthielten unbesetzte Stellen, die für die Auflösung der PMA herangezogen würden. Das sei auch im Einzelplan 05 der Fall. In den vorherigen Haushaltsaufstellungen sei so vorgegangen worden, dass ein paar Millionen Euro, die aufgrund von unbesetzten Stellen übrig geblieben seien, zur Auflösung der PMA herangezogen worden seien. Die Koalition habe sich jedoch in das Nachhaushaltsgesetz geschrieben, dass so nicht weiter verfahren werde, sondern dass in allen Einzelplänen die unbesetzten Stellen in Gänze wegfielen. Der Staatssekretär habe jedoch ausgeführt, dass sei im Einzelplan 05 nicht der Fall. Das bedeute faktisch, auch für die zukünftigen Haushalte, dass übriggebliebenes Geld im Einzelplan 05 weiterhin ausgegeben werden könne, während in den anderen Einzelplänen die Stellen gestrichen würden. Das sei bislang so nicht kommuniziert worden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) wiederholt, dass es sich bei der Summe um eine Prognose für das Jahr 2025 handele, die auf der Grundlage des Jahres 2024 basiere. Die steigenden Fluktuationszahlen seien in diese Überlegungen miteingeflossen. Er könne jedoch keine valide Aussage dazu machen, wann eine Person möglicherweise frühzeitiger als geplant aus dem Dienst ausscheiden oder in ein anderes Bundesland wechseln werde. Die Frage, welcher Geldbetrag aus temporär unbesetzten Stellen zur Erbringung der PMA herangezogen werden könne, müsse von der Frage, welche Stellen dauerhaft abgesetzt werden müssten, weil sie länger als zwölf Monate unbesetzt blieben, getrennt betrachtet werden.

Manuela Kothe-Dohmen (SenInnSport) weist darauf hin, beim Jahresergebnis 2023 müsse berücksichtigt werden, dass in den Personalausgaben des Einzelplans 05 auch ein hoher Teil an Ausbildungsmitteln etatisiert sei. Aufgrund der aktuellen Lage sei es jedoch nicht möglich, alle Auszubildendenpositionen zu besetzen. Der Anteil der nicht verausgabten Personalmittel gehöre in den Deckungskreis der Finanzverwaltung.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Keine Wortmeldung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, die erste Lesung des Einzelplan 05 sei abgeschlossen.

Einzelplan- und kapitelübergreifende Berichtsaufträge:

1. Berichtsaufträge Nummern 1 bis 9 der AfD-Fraktion ([2026 A](#)):

Frage Nr. 6, AfD-Fraktion

„Zweitwohnungssteuer: Geplant ist eine Erhöhung von 15 Prozent auf 20 Prozent sowie die Ausweitung auf Untermietverhältnisse. Wie sollen Untermietverhältnisse erfasst werden und wie wird die praktische Umsetzung hinsichtlich eines Kosten-Nutzen-Verhältnisses bewertet?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) berichtet, nach § 17 Absatz 1 BMG habe sich diejenige Person, die eine Wohnung beziehe innerhalb von zwei Wochen nach dem Einzug bei der Meldebehörde anzumelden. Dies gelte unabhängig davon, ob es sich um eine Erst- oder Zweitwohnung handele. Deshalb erführen die Meldebehörden von der Person selbst, dass eine Nebenwohnung bezogen werde.

Zur Überwachung der vollständigen Erfassung und erstmaligen Bearbeitung gebe es eine Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – LABO –. Dieses übermittele die Daten an das Technische Finanzamt. Die Daten würden monatlich automatisiert ausgewertet. Die Wohnungsinhaber erhielten maschinell die Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung.

Im Zusammenhang mit den Änderungen würden Mehreinnahmen im Umfang von 5,1 Mio. Euro pro Jahr erwartet. Die Verwaltungskosten stünden in einem positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis, weil die Meldepflicht auf jeden Fall bestehe. Damit einher gehe die Erwartung, dass künftig mehr Ummeldungen von Zweit- auf Erstwohnsitze erfolgten, um so im Länderfinanzausgleich mehr Einnahmen zu erzielen.

Frage Nr. 7, AfD-Fraktion

„Kapitel 29 Titel 32500 Kreditmarktmittel: Bitte geben Sie eine genaue Aufschlüsselung der bezeichneten Position in Höhe von 859.147.000 EUR an, insbesondere im Hinblick auf die Kreditaufnahme für werthaltige finanzielle Transaktionen.“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) legt dar, haushaltstechnisch werde im Gesetz selbst die Summe benannt, die Aufschlüsselung erfolge in der Anlage 8 zum Haushaltsgesetz. Diese liege dem Gesetzentwurf bei und sie verweise darauf. Daraus seien auch die Veränderungen gegenüber der bisherigen Anlage 8 zu ersehen.

Frage Nr. 9, AfD-Fraktion

„Zuwendungsempfänger mit gesperrten Titeln: Wann wird für alle Zuwendungsempfänger, deren Titel gesperrt sind, Klarheit hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung bestehen?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erläutert, bislang sei nach dem 3. Haushaltswirtschafts Rundschreiben 2024 die Vergabe von Förderbescheiden bis zum 30. November 2024 gesperrt gewesen. Dies sei nunmehr ausgelaufen und die Förderbescheide könnten in dem zur Verfügung stehenden finanziellen Volumen erlassen werden. Die Bescheidung obliege den einzelnen Senatsverwaltungen.

2. Berichtsaufträge Nummern 1 bis 21 der Fraktion Die Linke ([2026 C](#)):

Frage Nr. 1, Fraktion Die Linke

„Mögliche Rechtsänderungen im Bund

Die aktuell einschätzbaren Auswirkungen noch nicht in Kraft getretener Rechtsänderungen werden laut Senat mit -337 Mio. Euro geschätzt. Das ist die Angabe aus der RN 1967 (Steuerschätzung). Angeblich soll im Finanzausschuss des Bundestages noch das Steuerfortentwicklungsg (- 210 Mio. Euro p.a.) beraten und ggf. beschlossen werden. Bitte zur zweiten Lesung einen Bericht über den dann aktuellen Stand der prognostizierten Mindereinnahmen.“

Frage Nr. 2, Fraktion Die Linke

„Auswirkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft des Bundes

Detaillierter und möglichst titelscharfer Bericht zu den Auswirkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft des Bundes in 2025. Bitte um Übermittlung des Haushaltswirtschafts Rundschreiben des Bundes, wenn und soweit es Mitte Dezember vorliegen sollte. Inwieweit werden die Titelansätze des aktuellen 2024er Bundeshaushalt die Grundlage sein oder der Kabinettsentwurf für 2025? Welche Auswirkungen wird es insbesondere auf GRW-Mittel, Zuschüsse und Kofinanzierungen in Berlin haben?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) teilt mit, der Bericht zu den beiden Fragen sei erstellt und gerade verteilt, aber noch nicht im Ausschuss beraten worden. – Im Bundesrat

sei das Jahressteuergesetz verabschiedet worden. Das Steuerfortentwicklungsgesetz befinde sich noch in der Beratung im Bundestag. Die Steuerrechtsänderungen, die in die Steuerschätzung für das Land Berlin eingepreist worden seien – Jahressteuergesetz, Freistellungen, Existenzminimum, Kinderfreibeträge – müssten spätestens im Lauf des Jahres 2025 beschlossen werden, weil die Themen Existenzminimum und Freibeträge verfassungsmäßig verpflichtend seien. Diese Themen unterfielen nicht einem Rückwirkungsverbot, sondern die entsprechenden Gesetze könnten rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden. Aus diesen Gesetzen könne sich keine Verbesserung oder Verschlechterung mehr ergeben, weil sie bereits berücksichtigt seien.

Sobald das Haushaltswirtschaftsrundschreiben des Bundesfinanzministeriums vorliege, werde es dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Frage Nr. 4, Fraktion Die Linke

„Kreditfinanzierte Transaktionen

Wir bitten um eine Auflistung aller Titel aus Anlage 9 bei denen die geplanten Kürzungen im Jahr 2025 durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten aufgefangen werden sollen. Jeweils unter Angabe durch welche Entität der Kredit aufgenommen werden soll und wie die geplante Tilgung ablaufen soll.“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) teilt mit, in der Anlage 9 seien keine Sperren mehr enthalten, die über alternative Finanzierung oder neue Kredite anderer Art aufgefangen werden sollten. Das, was auf finanzielle Transaktionen umgestellt werden solle, sei bereits im Zahlenteil enthalten – Stichwort: Wohnraumförderung – und sei in Anlage 8 zu finden.

Frage Nr. 8, Fraktion Die Linke

„Zur Tilgung einer Steuerschuld wurden von einer Steuerschuldnerin dem Land Berlin an Geldes statt Kunstwerke übereignet

Bitte um einen detaillierten Bericht dieses Falls. Warum ist es zu dieser Steuerschuld über welche Zeiträume gekommen? Wann sind sie wem aufgefallen? Warum ist eine Begleichung in Geld nicht möglich? Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt die Tilgung der Steuerschuld durch Sachübereignung? Um welche Kunstwerke mit welchem Wert handelt es sich? Wer hat den Verkehrswert wann geschätzt? Inwieweit gibt es hier ein Gleichbehandlungsproblem mit anderen Steuerschuldnern, die zunächst z.B. ihren Dispo-Kredit voll ausschöpfen und Vermögen liquidieren müssen? Wurde in der Vergangenheit schon einmal ein vergleichbares Einzelfallgesetz beschlossen? Was hat der Senat mit den erhaltenen Kunstwerken vor?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) schickt voraus, es sei immer schwierig, zu einem konkreten Steuerfall Auskünfte zu erteilen. Generell könne sie dazu Folgendes bemerken: Es sei nach § 224 Abgabenordnung – AO – zulässig, an Geldes statt eine Steuerschuld mit einem Kunstwerk zu begleichen. In solch einem Fall müsse ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen werden, was geschehen sei. Die technischen Schritte werde sie schriftlich darlegen.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) ergänzt, der Vorgang ordne sich ein in einen zu einem früheren Zeitpunkt geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag über eine umfangreiche Schenkung an das Land Berlin. Im Rahmen dieser Vereinbarung sei der Abschluss der Folgevereinbarung bezogen auf einen Erbschaftsteuerfall bereits antizipiert worden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt die Nachfrage, ob sich der Bund mittlerweile entschieden habe, was die Grundlage für die vorläufige Haushaltswirtschaft werde: der vom Kabinett beschlossene Entwurf des Bundeshaushalts oder der aktuell noch gültige Haushaltsplan?

Habe er es richtig verstanden, kein einziger der in der Anlage 9 genannten Titel werde auf kreditfinanzierte Transaktionen umgestellt? – Zum Erbschaftsfall: Sei die Tilgung einer Steuerschuld durch Übertragung und Übereignung des Eigentums an einem werthaltigen Objekt nach Abgabenordnung nicht eigentlich nachrangig gegenüber anderen Maßnahmen? Normalerweise forderten die Finanzämter doch dazu auf, zunächst die Rücklagen aufzulösen, anschließend den Dispokredit voll auszuschöpfen, mögliche Wertgegenstände zu veräußern und erst danach werde über andere Maßnahmen gesprochen. – Habe im konkreten Fall eine Gleichbehandlung dieses konkreten Steuerschuldners vorgelegen?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, ihre Ausführungen zur Anlage 9 seien richtig verstanden worden. Alle Umstellungen seien in der Anlage 8 ausgewiesen, wodurch sich die Kreditaufnahme ändere. – Eine Entscheidung des BMF hinsichtlich der Grundlage für die vorläufige Haushaltswirtschaft sei ihr noch nicht bekannt. Sie halte es für geboten, abzuwarten, bis die Entscheidung schriftlich vorliege.

§ 224a AO ermögliche die Begleichung einer Steuerschuld mittels Kunstgegenständen, wenn deren Erwerb wegen deren Bedeutung für Kunst, Geschichte oder Wissenschaft im öffentlichen Interesse sei. Auf den Schenkungsvertrag habe der Senator hingewiesen.

Frage Nr. 12, Fraktion Die Linke

„Investitionsfinanzierung

- a. Wann wird der Senat die Investitionsplanung beschließen?
- b. Wann wird der Senat eine aktualisierte projektuntersetzte GRW-Mittelplanung vorlegen?
- c. Welche weiteren Investitionsfinanzierungen neben dem Haushalt plant der Senat?
- d. Hält der Senat die im Entwurf des Nachtrags HH vorgesehenen Kredit- und Garantieermächtigungen für ausreichend?
- e. Wie und wann sollen weitere Investitionsfinanzierungen veranschlagt werden bzw. wie und wann werden die erforderlichen gesetzlichen Ermächtigungen dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt?
- f. Plant der Senat die Vergabe von Bürgschaften oder bspw. Kapitaldienstgarantien zur Absicherung von Investitionen?
Im Einzelnen beispielhaft:

- g. Wann wird über den Klimapakt mit den Landesunternehmen entschieden?
h. Inwieweit wird die Finanzierung von Investitionen im SILB über die BBF-GmbH weiterverfolgt? In welcher Höhe werden davon Haushaltsentlastungen bzw. zusätzliche Investitionen erwartet? Wann soll darüber entschieden werden?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) wiederholt, die Investitionsplanung werde noch vorgelegt, derzeit befinde sie sich in der Erarbeitung. – Der Senat erachte die vorgesehene Kreditermächtigungen für ausreichend, weshalb er sie auch so ausweise. – Die Beschlussfassung über den Klimapakt mit den Landesunternehmen werde zeitgleich mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt 2026/207 im Frühjahr 2025 angestrebt. Sie erlaube sich den Hinweis, dass es ohnehin einen Berichtsauftrag vom 4. September zum Klimapakt gebe. Berichtszeitpunkt sei der 31. März 2025.

Frage Nr. 16, Fraktion Die Linke

„Vorsorge für A- und R-Besoldungsverfahren beim BVerfG

Wann wird mit den Entscheidungen zu rechnen sein? In welchen Titeln wurde dafür bisher mit welchen Summen Vorsorge getroffen? Wird das auskömmlich sein?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) berichtet, in der Vorschau sei das Urteil nach wie vor für 2024 ausgewiesen. Da sich das Jahr dem Ende zuneige, gehe SenFin davon aus, dass eine Urteilsveröffentlichung erst im Jahr 2025 wahrscheinlich sei und deshalb alle weiteren Schritte erst danach zum Tragen kämen. Auszahlungen seien bei der Haushaltsplanaufstellung 2026 zu berücksichtigen.

Frage Nr. 17, Fraktion Die Linke

„Vorsorge für geplante Landesgesetze

Welche Landesgesetze plant der Senat in 2025 in das AGH einzubringen bzw. von welchen Gesetzentwürfen hat der Senat Kenntnis, die die Koalitionsfraktionen in 2025 ins AGH einbringen wollen und ggf. welche haushalterische Vorsorge ist dafür in 2025 zu treffen?“

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erläutert, ihres Wissen sei der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes geplant, um die Vorgaben aus den Richtlinien der Regierungspolitik umzusetzen. So solle das Dienstunfallrecht unter Berücksichtigung aktueller arbeitsmedizinischer Erkenntnisse novelliert werden. Für diese geplanten Gesetzesänderungen sei Vorsorge getroffen worden.

André Schulze (GRÜNE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass kein eigener Nachtragshaushalt im Jahr 2025 für die Umsetzung des Klimapaktes geplant werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, es sollte möglichst nichts ausgeschlossen werden. Auf jeden Fall solle sichergestellt werden, dass der Klimapakt in den Folgejahren berücksichtigt werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt auf das Thema Vorsorge für die A- und R-Besoldungsverfahren zurück, wozu er verstanden habe, dass mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2025 gerechnet werde, die voraussichtlichen kassenwirksamen Auswirkungen aber erst im Doppelhaushalt 2026/2027 aufträten. Es sei doch durchaus denkbar, dass noch für das laufende Haushaltsjahr gehandelt werden müsse, weil beispielsweise rückwirkende Sachverhalte eine Rolle spielten. Er bitte diesbezüglich um einen schriftlichen Bericht. Sei die Vorsorge ausreichend und in welchen Titeln sei diese überhaupt ausgewiesen? Könnte die Thematik im Rahmen der Haushaltswirtschaft bewerkstelligt werden? Müsse es dafür einen Nachtragshaushalt geben?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) verdeutlicht, sie habe lediglich darauf hinweisen wollen, dass das Thema auf jeden Fall in den nachfolgenden Jahren berücksichtigt werden müsse. Es könne sogar sein, dass das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr entscheide, das Urteil aber erst Anfang 2025 veröffentlicht werde. Erst nach dieser Urteilsveröffentlichung könne das Land Berlin gesetzlich reagieren, sofern dies notwendig sein sollte. Für das Jahr 2025 sei eine gewisse Vorsorge getroffen worden.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) kommt auf die Thematik gesperrte Zuwendungstitel zurück, wozu er mitteilen könne, dass bei SenInnSport keine Titel gesperrt seien. – Hinsichtlich der geplanten Landesgesetze für das Jahr 2025 werde beabsichtigt, das Vierte Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes einzubringen. Eine Aussage zu einer womöglich notwendigen finanziellen Vorsorge könne er derzeit noch nicht machen. Darüber hinaus werde an einer umfassenden Modernisierung des Berliner Polizeirechts und der Novellierung des ASOK sowie des Unmittelbaren-Zwangs-Gesetzes gearbeitet. Für die vorgesehenen Änderungen, wie beispielsweise Videoaufklärung, sei bislang noch keine Haushaltsvorsorge getroffen worden. Die in Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion – Titel 81232 – Videoaufklärung – eingestellten Mittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro seien bereits für die Auflösung der PMA 2024 abgesetzt worden, weil es in diesem Jahr noch gar keine Rechtsgrundlage für die Maßnahme gegeben hätte. Die Videoaufklärung müsse nunmehr für das Jahr 2025 im Rahmen der Haushaltswirtschaft sichergestellt werden.

Darüber hinaus solle auch das Landeswahlgesetz geändert werden. Die damit im Zusammenhang stehende personelle Aufstockung des Landeswahlamtes sowie womöglich die künftig gesetzlich geregelte Aufwandsentschädigung für die Landeswahlleitung sowie die Freistellung vom Arbeitgeber müssten in künftigen Haushaltsjahren noch mit Ansätzen abgebildet werden. Zudem müssten die drei Stellen pro Bezirkswahlamt im kommenden Haushalt verstetigt werden.

Frage Nr. 21, Fraktion Die Linke

„Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln

Bei welchen der einzelnen Positionen, an denen jetzt vorgeschlagen wird Sperren anzubringen, erwartet der Senat, dass dadurch Kofinanzierungen für Bundes-, Europa- oder andere Drittmittel nicht zur Verfügung stehen? In welcher Höhe insgesamt rechnet der Senat dadurch mit dem Verlust dieser Mittel? Welche Auswirkungen hat dies auf Projekte und Aufgaben des Landes Berlin?“

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) geht davon aus, dass es keine Auswirkungen im Einzelplan 05 hinsichtlich der Kofinanzierung geben werde. – An dieser Stelle weise er darauf hin, dass auch die Einnahmeseite betrachtet werden müsse. Derzeit befasse sich der Senat mit den vorbereitenden Arbeiten zur Neuverhandlung des Hauptstadtfinanzierungsvertrags.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichtsbitten Nrn. 6, 7 und 9 der AfD-Fraktion mündlich beantwortet und damit erledigt seien. Gleiches gelte für die Berichtsbitten Nrn. 4, 5, 8, 12 a, 12 d, 12 g und 16 der Linksfraktion. Die anderen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Einzelplan 15 – Finanzen –

Kapitel 1500 – Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1540 – Senatsverwaltung für Finanzen – Landespersonal –

Anlage 9

Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1545 – Landesverwaltungsamt – IT-Service und Integrierte Personalverwaltung –

Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Keine Wortmeldung.

Einzelplan 15 – alle Titel 42XXX

Anlage 9

Einsparungen im Personalbereich Epl. 15 diverse Titel HG 4

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wirft die Frage auf, welche Folgen die Einsparungen in diesem Bereich zeitigen würden. Handele es sich auch hier um die vom Senator so genannten Geisterstellen? Er bitte darum, zur zweiten Lesung schriftlich zu berichten, in welchen Organisationseinheiten Stellen zwölf Monate lang unbesetzt seien. Er hoffe insbesondere, dass davon die Finanzämter nicht betroffen seien. – Darüber hinaus bitte er um Auskunft, wie die Reduzierung des Ansatzes um 20 Mio. Euro zustande gekommen sei.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) unterstreicht, es handele sich ausdrücklich nicht um Geisterstellen, denn diese wären kein Beitrag zur Konsolidierung, weil sie nicht finanziert

seien. Bei der Bereinigung des Stellenplans gehe es weniger um einen Konsolidierungseffekt, sondern um die Herstellung von Haushaltsklarheit. – An dieser Stelle gehe es beispielsweise darum, dass die Beschäftigungspositionen – BePo – im Bereich Grundsteuerfestsetzung mittlerweile in feste Stellen umgewandelt worden seien. Somit könnten die Ansätze für die BePos zur Konsolidierung genutzt werden. Auch weitere Absetzungen führten nicht zu Leistungseinschränkungen bei den Finanzämtern. Die Aufschlüsselung sage er zu.

**Kapitel 1599 – Senatsverwaltung für Finanzen – Personalüberhang – (ehemals
Zentrales Personalüberhangmanagement) –**

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Keine Wortmeldung.

Alle Hauptgruppe 5

Anlage 9

Hauptgruppe 5 ohne 1545/51185 –

Keine Wortmeldung.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich –

Zahlenteil

Titel 01100 – Lohnsteuer –

Titel 01200 – Veranlagte Einkommensteuer –

Titel 01300 – Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Gruppe 018) –

Titel 01400 – Körperschaftsteuer –

Titel 01500 – Umsatzsteuer –

Titel 01600 – Einfuhrumsatzsteuer –

Titel 01700 – Gewerbesteuerumlage an das Land –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 01800 – Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge –

André Schulze (GRÜNE) bezieht sich auf den deutlichen Anstieg dieser Steuer, wozu er wissen wolle, worin dies begründet sei.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erläutert, es sei ein entsprechender bundesweiter Trend wahrnehmbar, der vermutlich mit der Zinsentwicklung zusammenhänge.

Titel 05200 – Erbschaftsteuer –

Titel 05300 – Grunderwerbsteuer –

Titel 05800 – Sportwettensteuer –
Titel 05801 – Virtuelle Automatensteuer –
Titel 05900 – Feuerschutzsteuer –
Titel 07100 – Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer –
Titel 07200 – Grundsteuer A –
Titel 07500 – Gewerbesteuer –
Titel 07600 – Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer –
Titel 07700 – Gewerbesteuerumlage –
Titel 07800 – Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge –
Titel 08200 – Vergnügungsteuer –
Titel 08900 – Zweitwohnungsteuer –
Titel 08901 – Übernachtungsteuer –
Titel 09301 – Spielbankabgabe –
Titel 11951 – Weitere Leistungen der Spielbanken –
Titel 21102 – Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 2 FAG –
Titel 21103 – Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG –
Titel 37201 – Pauschale Mindereinnahmen –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst –

Zahlenteil

Titel 32500 – Kreditmarktmittel –
Titel 57500 – Zinsen für sonstige Kreditmarktmittel –

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten –

Zahlenteil

Titel 35925 – Entnahme aus der Zensusrücklage –
Titel 37101 – Pauschale Mehreinnahmen –
Titel 71903 – Pauschale Minderausgaben für Bauinvestitionen –
Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –
Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –
Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten
Anlage 9
HGr. 4 - Besoldung Bundesgrundniveau –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 2990 – Vermögen –

André Schulze (GRÜNE) schickt voraus, er müsse sich entschuldigen, die folgende Frage hätte er an anderer Stelle stellen müssen. Er verweise darauf, der Senat habe in seiner gestrigen Sitzung den Statusbericht mit Stand 31. Oktober 2024 beraten. Dazu wolle er wissen, wie hoch die Schätzung für die Zinsausgaben für das Jahr 2024 sei. Er frage dies vor dem Hintergrund, dass sowohl im Jahr 2023 als auch zur Mitte des Jahres 2024 die Zinsausgaben niedriger ausgefallen seien als im Haushaltsplan ausgewiesen. Derzeit sei eine Sperre im Umfang von 34 Mio. Euro vorgesehen. Wie sehe die Prognose für das Jahr 2024 insgesamt aus.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erklärt, es handele sich um ein Echtzeitgeschäft. Was dem Senat bekannt sei, sei im Haushaltsplan niedergelegt, ansonsten befinde man sich im Bereich der Mutmaßungen.

André Schulze (GRÜNE) verdeutlicht, ihm gehe es um das Jahr 2024. Dazu müsse es im Rahmen des Statusberichts eine neue Schätzung geben.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) bestätigt, dass der Statusbericht beschlossen sei und dem Ausschuss alsbald zugehen müsse.

Titel 12111 – Erträge aus Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen –

Zunächst ohne Wortmeldung. Nach Wiederaufruf:

André Schulze (GRÜNE) bezieht sich auf die Berlinwasser Holding, zu der er wissen wolle, wofür die abzuführenden Mittel bislang vorgesehen gewesen seien. Benötige die Berlinwasser Holding künftig eine Eigenkapitalzuführung?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erklärt, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Zunächst ohne Wortmeldung. Nach Wiederaufruf:

Dr. Kristin Brinker (AfD) vermutet, die Gewinnabführungen bezögen sich allein auf das Jahr 2025. Wenn dem nicht so sei, sollten die Berliner Wasserbetriebe – BWB – regelmäßig eine derartige Abführung machen und wenn ja, welche Effekte hätte dies? Sie verweise darauf, dass die BWB umfangreiche Investitionen ins Netz tätigen müssten. Wie sei die Gewinnabführung in Höhe von 50 000 Euro ermittelt worden? – Ihrer Erinnerung nach ergäben sich bei der BSR dadurch Einspareffekte, dass der Neubau des Verwaltungsgebäudes nicht so teuer werde, wie ursprünglich gedacht.

André Schulze (GRÜNE) möchte wissen, wie bei der BSR eine strukturelle Gewinnabführung stattfinden könne, ohne dass es einen Gebühreneffekt gebe. Woraus werde der strukturelle Gewinn erwirtschaftet?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erläutert, das „strukturell“ beziehe sich auf den Konsolidierungszeitraum 2025 bis 2027. Ob dieser Effekt darüber hinaus fortzusetzen wäre, werde derzeit mit den Unternehmen beraten. Die Grenze stellten die Eigenkapitalquoten und ihre Entwicklung dar. Der Senat wolle die Unternehmen keinesfalls strukturell schwächen. Man tausche sich darüber aus, welche Möglichkeiten beständen, die Voraussetzungen, die der Kapitalmarkt von den Anstalten erwarte, zu erfüllen, ohne dass es zu Verteuerungen komme. Aus den Ergebnissen der Gespräche sei die Erwartung an die Gewinnabführung abgeleitet worden. Bei dem Einmaleffekt handele es sich um den im Jahr 2024 entstehenden Gewinn, der erst im Jahr 2025 dem Land Berlin kassenwirksam zufließe. – Die übrigen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 68283 – Zuschuss an die Vivantes GmbH zum Ausgleich von Jahresfehlbeträgen –

Frage der Fraktion Die Linke

Wann wird der Konsolidierungsplan für Vivantes dem Parlament vorgelegt?

André Schulze (GRÜNE) bekundet, ihn interessiere eine rechtliche Einschätzung. Bislang sei es um den Ausgleich eines Jahresfehlbetrags gegangen, der nicht transaktionskreditfähig sei. Wie komme es zu der Einschätzung, dass die neue Kapitalzuführung doch den Anforderungen an einen Transaktionskredit entspreche.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erläutert, Ziel sei es, Vivantes aus der Verlustzone zu führen. Man habe sich rechtlich sehr intensiv mit der Situation auseinandergesetzt. Die Konsolidierungsbeschlusslage im Unternehmen sowie die Planhinterlegung seien das wesentliche Entscheidungskriterium dafür, die Zuführung als werthaltig einstufen zu können. – Der Konsolidierungsplan werde im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling vorgestellt, wenn Vivantes dort das nächste Mal vorstellig werde.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, es sei interessant, dass der Konsolidierungsplan abhängig vom Terminplan des UABmc behandelt werden solle. – Wann solle das Parlament darüber informiert werden, wie sich die Rückführung der Vivantes-Töchter gestalte?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bekundet, er schließe sich der Fragestellung des Kollegen Schulze zum neuen Umgang mit dem Jahresfehlbetrag an.

Er komme zurück auf die übergeordneten Fragestellungen seiner Fraktion. Der Presse habe er soeben entnommen, dass die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU sich so äußerten, dass die Thematik Tarifvorsorge dadurch gelöst werde, dass 47 Mio. Euro auf die betroffenen Ressorts verteilt würden. Er bitte um Aufklärung.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) betont, aus seiner Sicht sei es sinnvoll, zur Thematik Tarifvorsorge schriftlich zu berichten. Dabei gehe es insbesondere um die Fragen, wer sie in

welchem Umfang in Anspruch genommen habe und was sich daraus für das Jahr 2025 ableite. Klar sei, die bisherige Systematik ende. Es bleibe bei der vollständigen Sperrung der Tarifvorsorge.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erinnert daran, die Träger seien mittels Rundschreiben aus dem Juli dazu ermuntert worden, Tarifverträge abzuschließen. Ihr sei bekannt, dass ein großer Dachverband sowie weitere große Träger einen Rahmenvertrag zur Tarifvorsorge abgeschlossen hätten. Könnten diese für das Jahr 2025 mit dem Ausgleich für diese Tarifverträge in voller Höhe rechnen?

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet darum, dass Titel 12126 erneut aufgerufen werde.

André Schulze (GRÜNE) erweitert die Bitte darum, dass auch Titel 12111 erneut aufgerufen werde. – Er bitte darüber hinaus um einen Bericht, wie viel Tarifvorsorge in dezentraler Fach- und Ressourcenverantwortung in den Senatsverwaltungen bereits im Haushaltsplan enthalten seien und wie viel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müsse, damit in allen Zuwendungsprojekten die Tarifverträge auch finanziert seien.

Stefan Ziller (GRÜNE) erinnert daran, dass der Senat den Tarifzyklus sowie dessen Mechanismen deshalb etabliert habe, damit er einheitlich angewandt werde. In der Vergangenheit sei das Vorgehen der verschiedenen Senatsverwaltungen sehr heterogen gewesen. Solle diese zentrale Anwendung nun wieder abgeschafft werden?

Torsten Schneider (SPD) bestätigt, dass die Koalitionsfraktionen sich darauf verständigt hätten, in Höhe von 47 Mio. Euro dezentrale Tarifvorsorge für Leistungsempfänger durch einen Änderungsantrag im Nachtragshaushaltsverfahren einzustellen und den zentralen Vorsorgetitel im Einzelplan 29 aufzulösen.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) äußert, das Land Berlin verfolge weiterhin das Ziel der Tarifbindung. Ob der TV-L der Leitgedanke für alles Mögliche sei, lasse er dahingestellt. Was ebenfalls weiter gelte, sei die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung, die im Übrigen in der Verfassung verankert sei.

Titel 83132 – Kapitalzuführung an die Vivantes GmbH –

Keine Wortmeldung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die erste Lesung der Einzelpläne 15 und 29 sei erfolgt.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) trägt vor, in ihrem Einzelplan müssten 27 779 240 Euro eingespart werden, was zwar schmerzhaft sei, im Vergleich mit anderen Ressorts aber als geringer Betrag erscheine. Allerdings müsse dabei berücksichtigt werden, dass gesetzliche und verfassungsrechtliche Aufgaben nicht eingespart werden könnten. Gerichte, Strafverfolgungsbehörden sowie Justizvollzugsanstalten müssten die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Deshalb sei das Gros der in ihrem Einzelplan ausgewiesenen Ausgaben gar nicht steuerbar. Lediglich 3 Prozent der Summe komme überhaupt für Einsparungen in Betracht. Mittels dieser 3 Prozent würden insbesondere die Projekte zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Jugendkriminalität, die Intensivierung der Vermögensabschöpfung, die Digitalisierung der Verwaltung, die Einführung der elektronischen Akte sowie Beratungsangebote bei der Verbraucherzentrale sowie die Verstärkung der Resozialisierung und Suizidprävention im Justizvollzug finanziert.

Die vorgeschlagenen Einsparungen seien aus ihrer Sicht verhältnismäßig, verantwortbar und beträfen naturgemäß die Zuwendungen im Bereich der Justiz und des Verbraucherschutzes. Sie versichere, es sei nicht wahllos agiert worden, vielmehr seien zahlreiche Gespräche geführt worden. Zudem gebe es einen engen und konstruktiven Austausch mit den Fachpolitikern.

Bei den Zuwendungen im Justizbereich solle eine Schwerpunktsetzung zugunsten des Opferschutzes erfolgen. Deshalb sollten hier kaum Kürzungen vorgenommen werden. Zwei Projekte sollten sogar verstärkt werden, weil es einen entsprechenden Bedarf gebe.

Beim Verbraucherschutz sei es wichtig, dass Projekte aus jedem Themenfeld weitergeführt würden. Allerdings müssten hier im Zuwendungsbereich geringfügige Einsparungen vorgenommen werden. Beim wirtschaftlichen Verbraucherschutz sollten Projekte zur Energieschuldenberatung finanziert werden. Bei der Ernährungsstrategie sollten die Ziele durch Einsparungen nicht gefährdet werden. Beim Tierschutz sollten die Zuwendungen aus dem Jahr 2024 übernommen werden, was bedeute, dass insbesondere die Tiertafel und das Tierheim gefördert würden.

Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert, er sei dankbar dafür, dass der Einzelplan 06 eine prioritäre Behandlung erfahre. Ausweislich der Anlage 9 solle über alle Kapitel und diverser Titel im Einzelplan eine Revision der konsumtiven Sachausgaben entsprechend der Auflösung der PMA 2024 erfolgen. Dafür werde eine Sperre im Umfang von 13,7 Mio. Euro verhängt.

Aus seiner Sicht sei eine einmalige haushaltsrechtliche Konstruktion gewählt worden, indem in § 1 Absatz 3 Haushaltsgesetz nunmehr Folgendes geregelt werden solle:

„Die in Anlage 9 zum Haushaltsplan genannten Titel werden in der in gleicher Liste angegebenen Höhe und unter Berücksichtigung der angegebenen verbindlichen Zweckbestimmung qualifiziert gesperrt.“

Was bedeute diese Festlegung in Bezug auf die vom ihm gerade vorgetragene Regelung in der Anlage 9? Welche Titel in welchen Kapiteln des Einzelplans 06 würden nun qualifiziert gesperrt? Dies sei deshalb wichtig, weil diese Anlage Teil des Gesetzes sein solle. Darüber hinaus ergebe sich für ihn zudem der verfassungsrechtliche Aspekt, dass Gesetze dem Bestimmtheitsgebot entsprechen müssten. In Bezug auf die Zeile mit allen Kapiteln und diversen Titeln bitte er um eine Erläuterung. – Darüber hinaus bitte er um einen Bericht, in dem dargelegt werde, welche Projekte aufgrund der Sperre im Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – mit Kürzungen rechnen müssten. Ihn interessiere dies insbesondere in Hinblick auf Resozialisierungsprojekte.

Sebastian Walter (GRÜNE) merkt an, sie könnten ohnehin nicht viel kürzen, da der Spielraum von SenJustV nicht groß sei. Es sei gut, dass sie nicht über eine Kürzung der Versorgung von Inhaftierten sprächen.

Für den Einzelplan seien selbst die Kürzungen von 13,7 Mio. Euro im Rahmen der PMA stattdlich. Er bitte um schriftliche Beantwortung der schriftlichen Berichtsaufträge.

Bei der Schwerpunktsetzung gebe es eine Unklarheit bzgl. Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen. Wenn die Verwaltung angesichts der PMA-Auflösung über 4,5 Mio. Euro hinausgehen müsse, sie aber gleichzeitig sage, dass sie den Opferschutz als Schwerpunkt erhalten wolle, bedeute dies, dass es in den gesamten anderen Bereichen – Resozialisierung, Qualifizierung, Beratung und Betreuung – große Kürzungen geben müsse? Würden Projekte wie Gefangenenbetreuung und Gefangenenberatung überhaupt beginnen können? Er bitte um eine detaillierte schriftliche Darstellung.

Welche zwei Projekte im Opferschutz wolle SenJustV stärken?

Stimme die Aussage, dass SenJustV die Ernährungsstrategie fortführen könne, obwohl sie die Hälfte der Mittel kürze?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) sagt zu, sie könne zu den qualifizierten Sperrungen bis zur nächsten Sitzung einen Bericht zukommen lassen.

Im Bereich Opferschutz hätten sie Umverteilungen innerhalb der Projekte vorgenommen. Im Bereich Opferschutz wollten sie aufgrund eines hohen Bedarfs zwei Projekte verstärken. Andere Projekte blieben entweder von einer Einsparung ausgenommen oder es gebe minimale Einsparungen. Sie hätten für Projekte wie proaktiv – Servicestelle für Betroffene von Straftaten, die Beratungsstelle für Opfer von Straftaten oder die Zeugenbetreuungsstelle am Kriminalgericht keine Kürzungen vorgeschlagen. Die Beratungsstelle für Opfer von Straftaten und die Zeugenbetreuungsstelle am Kriminalgericht wollten sie verstärken.

Sie planten nicht, das Projekt Stop-Stalking von selbst.bestimmt e. V. zu kürzen. Im Justizvollzug hätten sie geringe Einsparungen bei unterschiedlichen Projekten zu Gewaltprävention und Opferschutz vorgesehen. Dies gelte auch für das Projekt Servicestelle Wegweiser von selbst.bestimmt e. V. Die Beratung für Männer – gegen Gewalt von der Volkssolidarität Berlin, Kind im Blick und Einzel- und Gruppentherapie von Tätern mit Weisungen wollten sie von Kürzungen ausnehmen. An vielen Stellen hätten sie mit Anstaltsleitungen und einigen Zuwendungsträgern gesprochen, um den tatsächlichen Bedarf zu eruieren und darauf aufbauend zu entscheiden, ob sie Kürzungen vorschlagen könnten. Dies gehe mit Kürzungen in anderen Bereichen einher. Die Kürzungsvorschläge führten nicht dazu, dass einzelne Projekte, z. B. die Berliner Ernährungsstrategie, beendet werden müssten. Auch die Kantine Zukunft könne ihre Arbeit fortsetzen. Es gebe auch Projekte im Bereich Verbraucherschutz, die sie nicht kürzen wollten, z. B. die Berliner Ernährungsstrategie in den Kiezen, da es sonst nicht hätte weiterarbeiten können.

Sie könne dem Ausschuss dazu einen schriftlichen Bericht zur nächsten Sitzung zukommen lassen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob Anlage 9 von den Koalitionsfraktionen änderbar sei? Er sei dieser Ansicht, aber es gebe eine Forschungsauffassung des Parlamentsdienstes des Abgeordnetenhauses, die besage, dass bei Gesetzgebungsverfahren aus verfassungsrechtlichen Gründen bestimmte Änderungen nur durch den Initiator zulässig seien.

Es bestehe Einigkeit darüber, Änderungen vorzunehmen, um festzulegen, auf welche Titel die qualifizierte Sperre zutreffe, da es sonst mit der gesetzlichen Bestimmtheit und der Normenklarheit Schwierigkeiten gebe. Für die Verwaltung sei wesentlich, welchen Titel sie unter welchem rechtlichen Regime bewirtschaften könne und wann Vorlagen bereitstehen müssten.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) bestätigt, sie gingen auch davon aus, dass eine Änderung der Anlage im parlamentarischen Verfahren erfolgen könne.

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert seine Bedenken, dass Bereiche abgesehen vom Opferschutz, wie Resozialisierung, Betreuung und Qualifizierung, reduziert würden. Er bitte um eine Aussage dazu.

Es gebe die Beratung und Informationen für inhaftierte schwule und bisexuelle Männer, für Männer mit Missbrauchserfahrung sowie zum Thema Geschlechtsidentitätsvermittlung, Geschlechtsidentitätsvermittlung von Vollzugshelferschaften. Werde dieser Titel von knapp 300 000 Euro erhalten bleiben?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) äußert, sie sei nicht tiefer eingestiegen, da sie zu den einzelnen Projekten einen Bericht liefern würden.

Keine Einsparungen beim Opferschutz führe dazu, dass in den anderen Bereichen Einsparsummen aufzubringen seien. Sie hätten zu den Einsparsummen mit den Anstaltsleitungen aufgrund der vorliegenden Daten einen Vorschlag unterbreitet, um wichtige Projekte, gerade im Justizvollzug, fortzuführen. In Bereichen, in denen der Bedarf nicht so groß sei, hätten sie die Einsparsummen vorgesehen.

Die Kürzung im Projekt von Mann-O-Meter sei verantwortungsvoll und werde nicht dazu führen, dass das Projekt nicht fortgeführt werden könne.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Fragen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. In welchen Teilansätzen des Titels sollen die Kürzungen, in welcher Höhe genau vorgenommen werden?
2. Inwiefern sind die Resozialisierungsprojekte durch die Einsparungen von rd. 44,1% des Ansatzes gefährdet? Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Projekte zu Gewaltprävention und Opferschutz? Wie stellt der Senat sicher, dass diese wichtigen Projekte ihre Arbeit weiterführen können und falls nicht, wie beurteilt der Senat die mögliche Entwicklung von Rückfallquote und Gewalttaten - ist mit einem Anstieg zu rechnen? Wenn nein, warum nicht?

Frage der Fraktion Die Linke

Wir bitten um eine teilansatzscharfe Darstellung der geplanten Einsparungen. Warum kann es bei den geplanten Einsparungen aus Sicht des Senates zu keinen Problemen hinsichtlich der rechtlichen Verpflichtung zur Resozialisierung kommen? Welche Auswirkungen haben die Kürzungen der Angebote, die bisher von freien Trägern im öffentlichen Auftrag erledigt werden auf die Mehrbelastung beim AVD bzw. den sozialen Diensten oder anderen Beschäftigten?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

**Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und
Verbraucherschutz – Verbraucherschutz –**

Anlage 9

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) –

Keine Wortmeldungen.

Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lt. Richtlinien der Regierungspolitik heißt es: "Die Berliner Ernährungsstrategie wird fortgesetzt. Der Senat setzt sich für ein größeres pflanzenbasiertes Angebot in den Berliner Gemeinschaftsküchen ein."

Inwiefern rückt der Senat mit der Kürzung des Ansatzes um rd. 45%, nachdem der Ansatz bereits im Rahmen der Haushaltsaufstellung im Vgl. zum Jahr 2023 reduziert wurde, der von seinen Zielen im Rahmen der Ernährungsstrategie ab? Inwiefern werden Projekte, welche lt. den Erläuterungen des Senats im Haushaltsplan mehrere Jahre zum Aufbau benötigen, bspw. Lebensmittelpunkte in den Bezirken, gefährdet? Sind durch die Einsparungen evtl. bereits getätigte Ausgaben gefährdet und stellen, sog. sunk costs dar?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht –

Anlage 9

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage der Fraktion Die Linke

Inwieweit und in welcher Höhe stehen hinter diesem Titel vertragliche Verpflichtungen, da es hierbei um ein angemietetes Gebäude handelt? Warum sind hier die geplanten Einsparungen realistisch?

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, wie der Titel nach der Kürzung für Instandhaltung, Wartung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von Anlagen und Einrichtungen für das Verwaltungsgericht auskömmlich sein solle.

Senatorin Dr. Felor Badenber (SenJustV) erklärt, die Haushaltsmittel für 2025 seien überwiegend für die Erneuerung und Instandhaltung von Räumlichkeiten im Gebäude der Kirchstraße 7 vorgesehen. Die Maßnahmen erfolgten nach Feststellung der Bedarfe, sodass sie sie derzeit nicht genau beziffern könnten. Sie hätten aktuell aber keine vertraglichen Verpflichtungen in Höhe des vorgesehenen Einsparbetrags. Miete sowie Betriebs- und Nebenkosten würden aus Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management und Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements geleistet, die von Einsparungen nicht betroffen seien.

Kapitel 0699

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie sollen ohne die Umsetzung der Maßnahmen in den gesperrten Titeln die Klimaziele und der Emissionsreduktionspfad des Landes Berlin eingehalten werden?
2. Welche konkreten Vorhaben und Planungen des Rad- und Fußverkehrs können aufgrund der Kürzungen im Jahr 2025 nicht mehr realisiert werden?
3. Wie möchte der Senat Intermodalität sicherstellen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) legt dar, die Koalition habe sich aufgrund der Haushalts-situation darauf verständigt, dass das Funktionieren der Stadt wesentlich sei. Sie wollten die Klimaschutzziele der Koalition einhalten. Somit seien nicht die für das Funktionieren der

Stadt wesentlichen Klimaschutzziele betroffen, sondern Dinge, die nicht für das Funktionieren der Stadt maßgeblich seien.

Sie berichteten im Rahmen der Haushaltswirtschaft über einzelne Projekte und des Sachstands der Projekte, die sich im Laufe des Jahres ergäben. Sie berichteten Anfang 2025 gerne schriftlich zum Stand der Dinge.

Sie wollten Intermodalität sicherstellen, indem sie alle Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigten. Maßnahmen, die die Stadt zukunftsfähig, lebenswert und funktionsfähig machten, wollten sie nicht angreifen und anfassen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) unterstreicht, sie hätten nach genauen Projekten und Zahlen gefragt. Die Senatorin gebe nur den Hinweis, dass sie es im Laufe des Jahres sehen würden und es eine Blackbox sei.

Ihre Fraktion habe die Frage zu Klimazielen gestellt, da der Senat bei den großen Klimatiteln besonders viel kürze. SenMVKU könne sich nicht zu den Klimazielen bekennen, gleichzeitig aber alle Maßnahmen streichen. Weiterhin könne sich SenMVKU nicht zur Verkehrssicherheit bekennen, gleichzeitig aber alles zur Verkehrssicherheit zu streichen. Wenn der Senat etwas wolle, müssten sie die Maßnahmen dazu festlegen.

Der Senat kürze genau bei den Titeln, die Intermodalität umsetzen sollten: Fahrradparkhäuser würden gekürzt, Radschnellverbindungen seien bereits gekürzt, bei Radwegen und Fußwegen werde gekürzt, es solle kein Leihradsystem mehr geben, das Lastenradfördersystem falle weg, und die Jelbi-Stationen könnten auch nicht in dem Maße ausgeweitet werden, wie es versprochen worden sei. – Der Senat schneide der Intermodalität den Weg ab, und die Senatorin sage, dass sie alles dafür tun, Intermodalität zu ermöglichen. Das passe nicht zusammen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) äußert, sie würden auch im Bereich Klimaschutz eine funktionierende Stadt sicherstellen. In ihrem Haushalt seien aber Ansätze enthalten, die nicht zwingend für eine funktionierende Stadt maßgeblich seien.

Hinsichtlich der Fahrradmaßnahmen müssten sie mehrmals im Jahr schauen, wo sie mit den Projekten ständen. Sie würden Priorisierungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft vornehmen und würden so viel wie möglich umsetzen.

Hinsichtlich Jelbi erarbeiteten sie mit der BVG gemeinsam ein Konzept, das eine Finanzierung gewährleisten solle, die nicht alleine durch das Land stattfinde. Jelbi sei bis Ende 2025 gesichert, aber im Laufe des Jahres 2025 würden sie sukzessive versuchen, die Finanzierung umzustellen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet darum, darzustellen, was eine funktionierende Stadt bedeute. Es sehe danach aus, dass eine funktionierende Stadt weniger ÖPNV, weniger Rad- und Fußverkehr und weniger Liefer- und Ladezonen für den Wirtschaftsverkehr bedeute. Wie wolle der Senat gesetzliche Vorgaben einhalten, wenn er an der Verkehrswende komplett spare und Menschen in den Außenbezirken, die auf den ÖPNV angewiesen seien – ältere Menschen, Kinder –, abschneide?

Christian Goiny (CDU) entgegnet, die Abgeordnete blende die zahlreichen Misserfolge der Verkehrspolitik der Grünen aus. Sie hätten sich nicht um den Wirtschaftsverkehr gesorgt, sondern planlos Radwege und Busspuren angelegt und Wirtschaftsverkehr ausgeblendet. Sie hätten auch immer wieder gegen Projekte wie die Goerzbahn gewettert, mit der man einen Außenbezirk mit einer vorhandenen Bahnstrecke schließen könne. Die Radwegekonzeption sei zudem eher nach Länge als nach Qualität und Sinnhaftigkeit gegangen. Ihre verkehrspolitische Bilanz sei einer der Gründe gewesen, warum die Menschen sie nicht mehr in der Regierung hätten haben wollen. Eine Studie zur Bergmannstraße zeige, dass die fahrradfreundliche Politik zu mehr Unfällen mit Fußgängern geführt habe.

Oda Hassepaß (GRÜNE) erwidert, sie habe vernünftige Sachfragen gestellt. Er könne als Autofahrer nicht beurteilen, was für den ÖPNV wichtig sei. Sie lade ihn ein, zu den Gesprächen mit der Wirtschaft zu kommen. Die IHK könne ihm versichern, dass sie gut ausgebaute Radwege benötigten, um auch mit Lastenrädern zu beliefern, da es einfacher sei, Fachkräfte zu akquirieren, da sie keinen Führerschein benötigten. Sie bräuchten zudem gute Liefer- und Ladezonen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass Frage 2 schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Titel 81240 – Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

Frage der Fraktion Die Linke

Bedeutet diese geplante Einsparung, dass keine weiteren Grünflächen mehr angekauft werden sollen?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) unterstreicht, die nicht an das SIWA abgeführten 5,5 Mio. Euro fehlten der Infrastruktur des Fahrradverkehrs. Hinzu kämen 3 Mio. Euro in Titel 52108 –

Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs und 2,5 Mio Euro in Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr. Dem Fahrradverkehr werde demnach insgesamt eine zweistellige Millionensumme weggenommen. Was sei angesichts dieser radikalen Kürzungen der politische Plan beim Thema Radverkehr? Sei Radverkehr überhaupt noch entscheidend? Sie habe von Intermodalität gesprochen, aber die Kürzungsmaßen zeigten, dass der Radverkehr hinten runter falle.

Aus den Zahlen gehe nicht hervor, ob sie überhaupt erbringbar seien. Lügen bereits Verpflichtungen bzw. Verträge vor, die zu erfüllen seien? Wie hoch seien die bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen, die sie nicht zurücknehmen könnten und die dazu führen würden, dass die vorgeschlagenen Einsparungen nicht stattfänden? Wenn sie keine Informationen habe, bitte er um einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung.

Der Senat habe gesagt, dass Geld für Projekte von Bezirken vorhanden sei, wenn Bezirke glaubten, sie durchführen zu können. Sei dieser Deckel ein offener Deckel, den Bezirke nach oben aushöhlen könnten?

Dr. Imke Steinmeyer (SenMVKU) stellt klar, sie habe nicht von einem atmenden Deckel gesprochen. Sie habe mit Bezug auf Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs gesagt, dass im Moment 1,5 Mio. Euro für Radverkehrsmaßnahmen noch nicht verplant seien. Es hänge von der Abwicklung der Haushaltswirtschaft ab, welche Projekte vorgeschlagen würden. Sie habe auch Bezug darauf genommen, dass der Hauptausschuss beraten könne, wie mit Sachverhalten von Änderungen an Titeln umzugehen sei.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) bestätigt, sie gingen davon aus, Verträge bzw. bestehende Festlegungen mit den verfügbaren Mitteln erbringen zu können.

Die Kürzung habe keine Auswirkungen auf den Ankauf von Grünflächen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fasst zusammen, dass demnach für fest angemeldete Projekte trotz der Kürzungen genügend Geld vorhanden sei und dass der Deckel fest sei, sodass es für Bezirke kein Geld über die hier bereitgestellten Mittel geben werde, wenn sie Projekte abschließen.

Es sei unbefriedigend, dass die Senatorin die Antworten nicht selbst gegeben habe. Im Ausschuss für Mobilität und Verkehr habe es einen Eklat gegeben, weil die Oppositionsfraktionen die Anwesenheit der Senatorin gewünscht gehabt hätten. Dies wäre problemlos möglich gewesen, weil Einzelplan 07 hier nicht behandelt worden und sie im Hause gewesen sei. Wenn er aber dann frage, wie sie politisch dazu stehe und wie ihre Vision zum Radverkehr aussehe, erwarte er eine Antwort von der zuständigen Verkehrssenatorin.

Oda Hassepaß (GRÜNE) schließt an, auch sie habe die Ausführungen von Frau Dr. Steinmeyer im Ausschuss für Mobilität und Verkehr anders verstanden gehabt. Wenn sie nun sage, dass 1,5 Mio. Euro nicht verplant seien, bedeute dies im Umkehrschluss, dass 1,5 Mio. Euro für die Titel 2025 vorhanden seien, was nicht das abdecke, das bereits vorgeplant sei.

Zu Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) bitte sie um eine Darstellung der konkreten Maßnahmen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) betont, sie würden erhebliche Maßnahmen beim Radverkehr durchführen. Sie würden erhebliche Baumaßnahmen mit den Bezirken umsetzen. Die Projekte seien geplant, würden in ihren Planungen fortgesetzt und würden zur Umsetzung gelangen. Sie könne gerne einen Bericht liefern, an welchem Punkt die Projekte ständen und welche nach aktuellem Stand wann umgesetzt würden. Dies mache insbesondere die infraVelo, und sie würden es gemeinsam mit der infraVelo und den Bezirken nachliefern.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) fügt hinzu, die 5 Mio. Euro seien eine pauschale Zuführung gewesen, die noch nicht mit Einzelmaßnahmen unterlegt gewesen sei.

**Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit
gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –**

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG: Was bedeutet die Kürzung für die Zielvereinbarungen?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, welche Zielvereinbarungen es gebe, die unter den Titel fielen. Welche fielen weg? Er habe gehört, dass Straßenbäume nicht betroffen seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bestätigt, dass Straßenbäume nicht betroffen seien. Die Zielvereinbarung diesbezüglich werde umgesetzt. Sie werde nachliefern, welche wegfielen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die schriftlich eingereichte Frage schriftlich beantwortet werde.

**Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz
und Umwelt – Grundsatz –**

Anlage 9

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen –

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz
und Umwelt – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –**

Anlage 9

Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erkundigt sich, welche Maßnahmen davon betroffen seien. Es sei nicht unwesentlich, zwei Drittel eines Titels zu sperren, gerade bei Maßnahmen, die Bürger vor Lärm schützen sollten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) betont, Lärmschutz sei ihnen ausgesprochen wichtig. Sie würden aber nicht an Stellen, an denen andere verantwortlich seien, z. B. an der Bundesautobahn, lärmschützende Maßnahmen durchführen.

Peter Kretschmann (SenMVKU) erinnert, die Koalitionsfraktionen hätten den Titel in den Haushaltsberatungen um 5 Mio. Euro für Bundesautobahnen erhöht. Diese Mittel könnten sie aus fachlichen Gründen nicht verwenden. Die übrigen 1,25 Mio. Euro würden sie für Lärmschutz an der Siemensbahn, für Fahrbahnsanierungen am Haselhorster Damm sowie für Fahrbahnsanierungen an der Hönower Straße verwenden.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, wer den Fehler gemacht habe, die Mittel in dem Glauben einzustellen, dass das Land für den Lärmschutz an der Autobahn bezahlen müsse.

Der Lärmaktionsplan enthalte eine große Menge einzelner Aktionen, die ab 2025 angedacht seien, um Menschen zu schützen. Dies sei deutlich mehr als die beiden aufgeführten Maßnahmen. Sei das im Lärmaktionsplan Vorgestellte für 2025 demnach gestrichen, oder verberge es sich hinter anderen Titeln?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, der Lärmaktionsplan beziehe sich auf 2025 und Folgejahre. Sie würden ihn der breiten Öffentlichkeit vorstellen, wenn der Senat Ende 2024 darüber befunden habe. Der Lärmaktionsplan enthalte katalogisiert Maßnahmen, und der Senat werde mit den zur Verfügung gestellten Mitteln die effektivsten Lärmschutzmaßnahmen durchführen, die im Lärmaktionsplan für 2025 hinterlegt seien.

Oda Hassepaß (GRÜNE) ist der Ansicht, auch die 6,25 Mio. Euro hätten den Menschen gut getan, die von dem Lärm betroffen seien, aber Fehler passierten. Sie könne sich vorstellen, wie dies passiert sei: Manche Kollegen in der Politik versprächen Initiativen in ihrem Wahlkreis, dass sie sich um etwas kümmern. Die Vorgehensweise, die Mittel wieder wegzunehmen, sei unverständlich, da alle unter Lärm litten.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) will wissen, ob die Maßnahmen, die der Senat Ende 2024 auch für 2025 beschließe, trotz der Kürzungen 2025 finanzierbar seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt zu, sie setzten Maßnahmen um, die der Haushaltsgeber finanziell ermögliche. Sie würden für den bestmöglichen Lärmschutz priorisieren.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erkundigt sich, mit welcher Summe die zwei Maßnahmen veranschlagt seien, die der Senat durchführen wolle. Was sei die Differenz für ggf. 2025 durchzuführende Maßnahmen aus dem Aktionsplan?

Peter Kretschmann (SenMVKU) informiert, für Lärmschutz an der Siemensbahn planten sie mit 400 000 Euro, für den Haselhorster Damm mit 120 000 Euro und für die Hönower Straße mit 1,1 Mio. Euro. Beim Letzteren führten Bezirke eine auftragsweise Bewirtschaftung durch.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fasst zusammen, alle Fraktionen hätten das Freiwillige Ökologische Jahr – FÖJ – im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz als Erfolgskonzept angesehen. Seine Fraktion verwundere die Kürzung deshalb. Worauf beziehe sich die Kürzung? Könne das, was erwartet werde, noch geleistet werden?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich zu Auswirkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft des Bundes auf dieses Projekt. Bundesmittel seien für die Finanzierung wichtig. Habe der Senat einen aktuellen Erkenntnisstand, komme es zu Kürzungen, und welche Auswirkungen hätten eventuelle Kürzungen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) fasst zusammen, die Mittel 2024 und 2025 seien gesichert. Es sei zudem das Taschengeld für im FÖJ befindliche junge Erwachsene gesichert. Auch das Geld, das die Träger erhielten, um die jungen Erwachsenen in die Ausbildung zu nehmen, sei gesichert. Das FÖJ laufe vom 1. September bis 31. August, sodass bis 31. August 2025 alles wie gehabt bleibe. Die Kürzungen beträfen anschließend 53 von 360 Plätze. Berlin zahle den jungen Erwachsenen im Vergleich zu anderen Bundesländern das höchste Taschengeld. Die Wohnungssuche sei aber schwierig, und Mieten sei teuer. Die Bewerberzahlen ließen nach, aber sie könnten alle Stellen besetzen, die sie anböten. Sie würden das Bestmögliche aus den Mitteln machen. Mit den Trägern wollten sie in Kontakt treten, um zu versuchen, Mittel, die Verwaltung beträfen, zu mindern, um möglichst viele junge Erwachsene in das FÖJ zu bringen.

Hinsichtlich der Kofinanzierung des Bundes und dazu, wie sich die vorläufige Haushaltsführung auf den Titel niederschläge, habe sie keinen aktuellen Stand.

Stefan Ziller (GRÜNE) erinnert, die Senatorin habe zuvor gesagt, das Funktionieren der Stadt sei der Maßstab der Koalition. Jetzt wolle der Senat den jungen Leuten nach den Coronajahren auch noch einen relevanten Teil des FÖJ streichen. Habe der Senat geprüft, ob es eine Alternative gebe? Junge Leute erhielten keine Wohnungen, und jetzt entfalle noch dazu die Perspektive. Er bitte darum, im März noch mal zu prüfen, ob es möglich sei aufzustoßen, denn das FÖJ sei Rot-Rot-Grün auch als Perspektive für junge Erwachsene wichtig gewesen. Er bitte zum FÖJ um einen Bericht zu Ende März zur Perspektive für das nächste Schuljahr.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) betont, das FÖJ sei allen Parteien im Abgeordnetenhaus, auch der aktuellen Koalition, wichtig. Sie müssten junge Erwachsene entweder durch das Freiwillige Soziale Jahr – FSJ – oder das FÖJ auffangen, um ihnen Unterstützung hinsichtlich ihrer möglichen Berufswahl zu geben und Interesse zu schaffen; in diesem Jahr hätten sie zusätzlich jungen Erwachsenen ein zweiwöchiges Praktikum in einem Handwerksunternehmen

men angeboten. Sie würden mit den Verwaltungsträgern in Kontakt treten, um Verwaltungskosten für 2025/2026 zu senken und möglichst viele junge Erwachsene in das FÖJ zu bringen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Peter Kretschmann (SenMVKU) erklärt, sie müssten im Schallschutzfensterprogramm weniger Fälle bewilligen. Betroffen seien auch alle Vorhaben zum Thema Zero Waste an Schulen; Vorhaben zum Thema haushaltsnahe Altspeiserücknahme; die potenzielle Kofinanzierung des Hauses der Materialisierung, das bisher durch das BEK gefördert worden sei; die potenzielle Kofinanzierung des A-GAIN GUIDE, Plattform nachhaltige Nutzung von Mode; und mehrere Pilotprojekte zum zirkulären Bauen – Altholz, Lehm etc.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um eine schriftliche Auflistung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II – BENE II – (Förderperiode 2021-2027) –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche bereits geplanten Maßnahmen/ Förderzusagen werden durch die Sperre nicht umgesetzt werden können?

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll durch das Kürzen der BENE-Förderung die Klimaschutzziele des Landes Berlin eingehalten werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die letztere Frage werde schriftlich beantwortet.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, an der Stelle habe er eine systematische Frage, die die in Anlage 9 enthaltenen Kürzungen im Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung – BENE – betreffe. Zu BENE existiere ein korrespondierender Einnahmetitel, und zwar Titel 34697 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2021-2027) – in Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –. Aus den vorliegenden Unterlagen zum Nachtragshaushalt habe er nicht ersehen können, dass die Auswirkungen der qualifizierten Sperre sich im Einnahmetitel niederschlugen. Hierzu bitte er um Klarstellung, ggf. schriftlich zur zweiten Lesung.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) kommt auf die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Frage zu sprechen, welche bereits geplanten Maßnahmen/Förderzusagen durch die Sperre nicht umgesetzt werden könnten. All jene, die bewilligt seien, würden um- und fortgesetzt werden können. – Die zweite Frage – Stichwort: Klimaschutzziele – werde ihr Haus schriftlich bis zum 28. Februar 2025 beantworten. Vorab könne sie mitteilen, dass durch die BENE-Maßnahmen 0,5 Prozent der CO₂-Einsparungen in Berlin realisiert würden.

Peter Kretschmann (SenMVKU) erläutert in Bezug auf die Frage des Abgeordneten Schlüsselburg, dass die EFRE-Mittel stets im Nachhinein erstattet würden. Insofern handele es sich lediglich um Schätzungen, die hier veranschlagt würden. Früher sei das anders gehandhabt worden. Parallel finde eine Veranschlagung bei dem Einnahmetitel statt. Die Erstattung erfolge erst, wenn einzelne Projekte abgeschlossen seien, teils Jahre später. Aus diesem Grund könne momentan noch kein realer Wert eingegeben werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, wenn der Titel um Millionensummen gekürzt werde, gingen Mittel verloren. Für die Projekte, die nicht stattfänden, könnten auch keine EU-Mittel fließen. Treffe es zu, dass EU-Mittel verloren gingen, oder könne auf die eine oder andere Weise sichergestellt werden, alle Mittel, die theoretisch zur Verfügung stünden, für Berlin zu binden?

Peter Kretschmann (SenMVKU) stellt klar, dass derzeit alle Projekte, die bewilligt seien, auch durchgeführt werden könnten. Darin seien EFRE-Mittel enthalten. Abgerechnet werden könnten diese erst nach jeweiligem Projektabschluss. Insofern gingen keine Mittel verloren.

Nach den Kürzungen verblieben die EFRE-Mittel in den Titeln. Es würden eher Landesmittel gekürzt, die durch höhere Eigenanteile der Begünstigten ausgeglichen werden müssten. Die grundsätzliche Verteilung sehe wie folgt aus: 40 Prozent EFRE-Mittel, 60 Prozent Landesmittel.

Stefan Ziller (GRÜNE) sagt, nach seinem Verständnis bedeute das, dass die EFRE-Mittel später genutzt werden könnten, wenn wieder eine Kofinanzierung über den Landeshaushalt möglich sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet für die zweite Lesung um einen Bericht mit einer konkreten Einschätzung darüber, was das heiße. Im korrespondierenden Einnahmetitel betrage der Einnahmeansatz 30,9 Mio. Euro. Im Rahmen der Auflösung der PMA sei die Entnahme von etwa 22 Mio. Euro im Jahr 2025 geplant, wenn er es richtig verstanden habe. Er habe zur Kenntnis genommen, dass der Abrechnungszyklus sich in die Zukunft verschiebe. Im Jahr 2025 werde der Einnahmetitel offensichtlich nicht angefasst, aber irgendwann müsse es zum Abzug kommen. Wie stelle sich jenes in die Zukunft verlagerte Haushaltsrisiko dar?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt zu, dass der erwünschte Bericht geliefert werde. – Wie bereits deutlich geworden sei, würden die EFRE-Mittel oftmals erst Jahre später gezahlt. Insofern könne sie nicht konkret sagen, wann welche Mittel tatsächlich bei SenMVKU eingingen und bewilligt seien. Aus diesem Grund werde sich der aufzuliefernde Bericht auf die vergangenen Jahre und die daraus gewonnenen Erfahrungen konzentrieren.

Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II – BENE II – (Förderperiode 2021-2027) –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche bereits geplanten Maßnahmen/ Förderzusagen werden durch die Sperre nicht umgesetzt werden können?

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll durch das Kürzen der BENE-Förderung die Klimaschutzziele des Landes Berlin eingehalten werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Frage – Stichwort: Klimaschutzziele – im Rahmen eines schriftlichen Berichts bis zum 28. Februar 2025 zu beantworten sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bringt vor, hier verhalte es sich genauso, wie es den Antworten ihrer Verwaltung zum vorigen Titel zu entnehmen sei. Insofern verweise sie darauf. – Eine Stellungnahme zu dem Anliegen des Abgeordneten Schlüsselburg könne in den Bericht mitaufgenommen werden.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Anlage 9

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

Keine Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind von der Sperre betroffen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet auf die eingereichte Frage, dass alle Maßnahmen von der Sperre betroffen seien. Alle Teilansätze würden um 40 Prozent gekürzt.

Oda Hassepaß (GRÜNE) vergewissert sich, ob jeder Teilansatz bestehen bleibe, wenn auch nur mit 60 Prozent des ursprünglichen Ansatzes.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) führt aus, dass der Titel mit etwa 20 sehr viele Unterkonten, sprich Maßnahmen enthalte. All jene, die auf einer gesetzlichen Vorgabe beruhten, würden der Vorgabe gemäß umgesetzt. – Bei den Teilansätzen, die eine zeitliche Verschiebung ermöglichten, werde das gemacht. Das seien dann die Kürzungen, von der die Senatorin gesprochen habe. Einzelne Teilansätze, die nicht mit vertraglichen oder gesetzlichen Verpflichtungen einhergingen, müssten zum Teil entfallen.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, dass SenMVKU zur zweiten Lesung die ggf. vorhandenen vertraglichen Bindungen in den einzelnen Teilansätzen darstelle. Ähnlich wie in anderen Titeln bleibe am Ende teils mehr als die Kürzungssumme stehen, was andernorts zu höheren Kürzungen führe, sodass es nicht, wie die Senatorin es sich vorgestellt habe, zum Einsatz der Rasenmähermethode komme.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, der erwünschte Bericht werde schriftlich geliefert. – Sie stelle sich allerdings keine Rasenmähersystematik in einzelnen Titeln vor. Das zeige der Haushalt deutlich.

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Was bedeutet die Kürzung für die Trinkwasserqualität?
2. Inwieweit verzögern sich die Maßnahmen?

Vorsitzender Stephan Schmidt fragt die Senatorin, ob sie die Frage, wie vorgesehen, schriftlich bis zum 28. Februar 2025 oder mündlich beantworten wolle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) gibt an, sie wolle zumindest mündlich darlegen, dass es sich bei der Beseitigung von Bodenverunreinigungen um laufende Sanierungsmaßnahmen handele. Wann welche Sanierungsmaßnahme tatsächlich anfalle, könne kaum prognostiziert

werden. – Sollte dennoch ein schriftlicher Bericht erwünscht sein, könne ihre Verwaltung das auch noch einmal schriftlich zusammenfassen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) äußert die Bitte, dass noch etwas zum aktuellen Stand der Projekte gesagt werde. Außerdem interessiere sie, inwieweit sich die laufenden Maßnahmen, an denen festgehalten werde, verzögerten, wann der nun gekürzte Betrag fällig sein werde und was die Kürzung für die Trinkwasserqualität bedeute. Seien auch Maßnahmen in Tegel von den Kürzungen betroffen?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass es sich um Sanierungsmaßnahmen zum Schutz der Wasserwerke handele. Das verteile sich sehr unterschiedlich. Die Sanierungsvorhaben seien hochkomplex. Daher sei es schwer vorauszusehen, wie sich der Sanierungsfortschritt in diesem Jahr und in den kommenden Jahren darstellen werde. Vor diesem Hintergrund sei die Kürzung möglicherweise nicht so dramatisch, da sich bestimmte Sanierungsvorhaben gleichsam von allein verzögerten. Derzeit gehe sie davon aus, dass alle laufenden Sanierungsmaßnahmen vernünftig fortgesetzt werden könnten. – Mit der letzten Frage spiele ihre Vorrednerin auf die PFAS-Problematik im Wasserwerk Tegel an. Die entsprechende Maßnahme laufe so, wie sie laufen müsse, um das Wasserwerk zu schützen. – Für den Fall, dass es im Laufe der Sanierungsvorhaben durch die Kürzung wider Erwarten zu Gefahr im Verzug käme und weitere Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden müssten, die den Ansatz überschritten, wäre im Rahmen der Haushaltswirtschaft zu prüfen, wie trotzdem eine Absicherung gewährleistet werden könnte. Die Trinkwasserqualität aller Wasserwerke sei in jedem Fall gesichert.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt mittels Befragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass diese ihre Berichtsbitte aufrechterhalte.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind von der Sperre betroffen?

Frage der Fraktion Die Linke

Sind durch die Einsparungen die jahresübergreifenden Verträge der Regenwasseragentur und das Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender gefährdet? Drohen hier Vertragsstrafen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) kommt zunächst auf die Frage zu sprechen, welche Maßnahmen von der Sperre betroffen seien. Es werde keine neuen Trinkwasserbrunnen geben. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die bestehenden Trinkwasserbrunnen nicht auf hohe Akzeptanz in der Bevölkerung stießen. Die Instandhaltung und der Betrieb würden gleichwohl gewährleistet.

Zu der Frage der Fraktion Die Linke sei zu sagen, dass in Hinblick auf die Trinkwasserbrunnen keine Vertragsstrafen drohten. Die Regenwasseragentur sei nicht von den Einsparungen betroffen, weshalb hier ebenso wenig Vertragsstrafen drohten.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich mit Blick auf die Trinkbrunnen, welcher Teilbetrag des Ansatzes auf Unterhaltungs- bzw. Betriebskosten entfalle. Oder seien von den Streichungen nur Investitionskosten betroffen? – Er könne nur berichten, dass die Menschen im Sommer, wenn es warm sei, froh über die Brunnen seien. Da Hitze und Wasserversorgung wichtige Themen seien, rate er davon ab, das als unwichtig herunterzuspielen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt nach, ob die Senatorin gesagt habe, die Brunnen würden gut angenommen oder nicht gut angenommen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt zunächst, er habe es so verstanden, dass die Brunnen nicht gut angenommen würden. – Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Katastrophenschutz, in der der Senat gesagt habe, dass mehr Trinkwasserbrunnen aus Gründen des Katastrophenschutzes benötigt würden, wolle er wissen, ob das in einem anderen Titel abgebildet werde. Oder verhalte es sich so, dass auch für den Katastrophenschutz keine weiteren Trinkwasserbrunnen hinzukämen, da hier das Geld fehle?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bekräftigt, dass Trinkwasserbrunnen, auch angesichts der zunehmenden Erwärmung, wichtig seien. Grundsätzlich sei die Bevölkerung froh über Trinkwasserbrunnen. Das gelte jedoch offensichtlich nicht für diejenigen Trinkwasserbrunnen, die angeschafft worden seien. Es komme vielfach zu Vandalismus. Zudem seien aus der Bevölkerung heraus viele Beschwerden bezüglich der Dauerläufer geäußert worden. – Die einzusparenden 1 Mio. Euro bezögen sich auf die Anschaffungskosten für neue Trinkwasserbrunnen. – Bei den von ihrem Vorredner angesprochenen Brunnen handle es sich um Notwasserbrunnen, die nicht unter diesen Titel fielen.

Titel 67138 – Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) spricht an, dass er im Zuge der Diskussion um die Förderung des Güterverkehrs auf dem Wasser und die Notwendigkeit neuer Stege aus den Bezirken gehört habe, das Problem bestehe darin, dass der Gewässerschutz dort, wo ein neuer Steg gebaut werden solle, verstärkt werden müsse. Würden diese Maßnahmen auch aus diesem Titel finanziert oder nicht?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die Stege nicht aus diesen Mitteln finanziert würden.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche Auswirkungen haben die Kürzungen? Welche konkreten Maßnahmen werden nicht umgesetzt?
2. Könnten Einsparungen in diesem Titel auf lange Sicht zu Mehrkosten in anderen Bereichen führen?

3. Welche Auswirkungen hat die Kürzung auf die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie?

Frage der Fraktion Die Linke

Sind die EU-Ziele 2027 (mit der enthaltenen Wasserrahmenrichtlinie) auch trotz der Kürzungen sicher zu erreichen? Wie geht der Senat mit den ansonsten drohenden EU-Pönalen in dreistelliger Millionenhöhe um?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, sie wolle die Fragen gesammelt beantworten. – Aktuell prüfen ihr Haus und die Berliner Wasserbetriebe – BWB – gemeinsam andere Finanzierungsinstrumente, insbesondere eine Kreditfinanzierung durch die BWB. Das sehe gut aus. – Ein EU-Vertragsverletzungsfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland könnte im Raum stehen. Allerdings sei es nicht so, dass es allein durch Berlin ausgelöst werden könnte.

Stefan Ziller (GRÜNE) macht geltend, dass, wenn Berlin die EU-Ziele verfehle, Berlin der Grund für ein Vertragsverletzungsverfahren sei, unabhängig von den Problemen anderer. – Des Weiteren wolle er wissen, wann nach Einschätzung der Senatorin mit einer Einigung mit den BWB über andere Finanzierungsinstrumente zu rechnen sei. – Welche konkreten Maßnahmen stünden überhaupt auf der Kürzungsliste, die aus dem Titel finanziert werden sollten? Dies könne bei Bedarf schriftlich beantwortet werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass keine Maßnahme gekürzt werden solle. Die Berliner Wasserbetriebe sollten über eine Kreditfinanzierung dieses Thema übernehmen. SenMVKU werde nach Einschätzung ihres Hauses sehr kurzfristig – vor dem Jahreswechsel – zu einer Verständigung mit dem landeseigenen Unternehmen BWB gelangen.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach, ob es dazu noch einer rechtlichen Grundlage oder Kreditermächtigung bedürfe oder ob das schon erledigt sei. – Wenn es bis Ende des Jahres eine Lösung gebe, stehe einem Bericht im Januar über die kreditfinanzierten Maßnahmen nichts im Wege.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit auf Anlage 8, in der keine Kreditermächtigung für den von der Senatorin genannten Zweck vorhanden sei. Handele es sich daher um eine andere Kreditermächtigung, die ihm momentan nicht ein falle?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt, ihr Haus stehe in einem engen Austausch mit den Berliner Wasserbetrieben, was die finanzielle Gestaltung anbelange. Ihrer Verwaltung schwebte eine Kreditfinanzierung vor. Sie sei bereit, im Januar über die gefundene Lösung zu berichten.

Stefan Ziller (GRÜNE) richtet die Frage an SenFin, ob diese das Ziel teile, dass es eine Kreditfinanzierung der BWB für genau diese Maßnahme in dem Titel geben solle, oder ob das noch strittig sei zwischen den Senatsverwaltungen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) weist darauf hin, dass, wenn und soweit es sich um einen finanziellen Transaktionskredit handeln solle, SenMVKU tätig werden müsse, denn dafür müsse die Kreditermächtigung erteilt werden. Diese liege noch nicht vor. Für den Prüfvor-

gang stehe der Senatorin nicht viel Zeit zur Verfügung, es sei denn, SenMVKU habe ein anderes Finanzierungskonstrukt. Falls Letzteres zutreffe, habe das Parlament als Haushaltsgesetzgeber ebenso ein Interesse daran, Näheres dazu zu erfahren.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, er schaue in Richtung SenFin und gebe an Herrn Rohbeck ab.

Oliver Rohbeck (SenFin) äußert die Einschätzung, er müsse senatsseitig das Wort erteilt bekommen. Die Vertreterin von Bürgermeister Evers sei die im Saal anwesende Senatorin Günther-Wünsch.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass Senatorin Günther-Wünsch Herrn Rohbeck das Wort erteile.

Oliver Rohbeck (SenFin) legt dar, dass der Senat im Bereich der Kreditaufnahmen für finanzielle Transaktionen an vielen Stellen bemüht sei, Finanzierungsquellen dieser Art zu prüfen, nämlich ob werthaltige finanzielle Transaktionen durch eine Kreditaufnahme als eine der denkbaren Ausnahmeregelungen des Gesetzes zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse in Berlin zur Anwendung kommen könnten. Das setze intensive Prüfungsprozesse voraus. Sollten diese erfolgreich sein, wäre eine Kreditaufnahme für finanzielle Transaktionen im Zahlenteil des Haushaltsplans dazustellen. Allerdings habe durch einen Änderungsantrag aus dem Parlament heraus seinerzeit eine Formulierung Eingang in das Haushaltsgesetz gefunden, nach der Kreditaufnahmen für finanzielle Transaktionen auch bis zu einem Wert, der die Anlage 8 übersteige, möglich seien, die gleichzeitig keine Mehrausgaben nach § 37 LHO darstellten. Ob hier ein Anwendungsfall vorliege, könne er mangels detaillierterer Kenntnis zu dem konkreten Sachverhalt nicht bewerten. Er habe aber darauf aufmerksam machen wollen, dass es damit theoretisch zwei Wege gäbe, eine solche Kreditaufnahme zu finanzieren, auch nach dem Beschluss des Nachtragshaushaltsgesetzes.

Torsten Schneider (SPD) bittet darum, dass dies ergänzend schriftlich gefasst werde, um Klarheit zu haben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, das sei entsprechend aufgenommen.

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Verkehr –

a) Zahlenteil

Titel 83130 – Kapitalzuführung an die BVG –

Keine Wortmeldung.

Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität –

Oda Hassepaß (GRÜNE) tritt mit der Bitte an SenMVKU heran, dass erläutert werde, wie man sich das weitere Vorgehen in Bezug auf E-Busse und die Dekarbonisierung Berlins vorstelle, wenn die entsprechenden Mittel gekürzt würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, die Beschaffung von Elektrobussen werde wie geplant fortgesetzt. Bekanntlich gebe es Lieferschwierigkeiten. Zudem müssten zunächst die betrieblichen Erfordernisse bei der BVG hergestellt werden. Insofern würden in diesem Titel Mittel gekürzt.

b) Anlage 9

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs –

Frage der Fraktion Die Linke

Wie hoch sind die Festlegungen in 2024 und für 2025? Welche Auswirkungen hat die Sperre bzw. Kürzung auf Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur? Projektscharfe Darstellung wird erbeten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erinnert daran, dass diese Fragen bereits im Rahmen der Stellungnahme zu den einzelplanübergreifenden Fragen beantwortet worden seien. Sie verweise insofern auf die entsprechenden Antworten. Überdies nehme ihr Haus im Konkreten schriftlich dazu Stellung.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt nach, ob die Senatorin alle Fragen ihrer Fraktion schriftlich beantworten wolle. Oder betreffe das nur diesen Titel, bei dem 3 Mio. Euro eingespart worden seien? Möglicherweise könne die Senatorin in aller Kürze Auskunft darüber geben, welche konkreten Planungen im nächsten Jahr wegen jener Einsparung nicht vorgenommen werden könnten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass sie zu dem in Rede stehenden Titel schriftlich antworten wolle.

Vorsitzender Stephan Schmidt gibt an, das sei so vermerkt.

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll die Schulwegsicherheit gewährleistet werden, wenn dieser Titel halbiert wird und somit neue Zebrastreifen und Mittelinseln wegfallen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) betont, dass ihre Verwaltung alles dafür tun werde, die Schulwegsicherheit weiter aufrechtzuerhalten. Trotz der Kürzungen würden weiterhin Fußgängerüberwege gebaut. Allerdings müsse dabei priorisiert werden. Neue Fußgängerüberwege würden dort errichtet, wo schwächere Verkehrsteilnehmer besonders gefährdet seien.

Oda Hassepaß (GRÜNE) trägt die Auffassung vor, eine recht verstandene Priorisierung hätte zur Folge, dass man bei Verkehrs- und Schulwegsicherheit überhaupt nicht kürze. Im Übrigen seien schon zuvor nicht ausreichend Mittel eingestellt gewesen. Bereits jetzt seien um die 50 Verkehrstote zu beklagen. Wenn letztlich nur einige wenige der 102 geplanten Fußgängerüberwege realisiert würden, schütze das die Menschen in Berlin nicht.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) tritt der Ansicht bei, dass es angesichts der genannten Zahl an Verkehrstoten seltsam anmute, überhaupt an Einsparungen bei der Verkehrssicherheit zu denken. Aus der Koalition sei zu hören, dass die anvisierten Kürzungen zurückgenommen würden. Die Kollegen Schopf und Kraft hätten im Ausschuss für Mobilität und Verkehr verlautbaren lassen, dass es einen entsprechenden Änderungsantrag geben werde. Er begrüßte es, wenn so etwas rechtzeitig mitgeteilt würde, damit der Hauptausschuss darüber beraten könne, wo die 2 Mio. Euro stattdessen eingespart würden. Die Rücknahme der Kürzungen an sich unterstütze seine Fraktion ausdrücklich. – In Hinblick auf den noch aktuellen Stand wolle er wissen, ob SenMVKU rechtzeitig gegenüber den Bezirken signalisiere, welche Überwege priorisiert würden, oder ob man die Bezirke im Unklaren darüber lasse.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) verweist darauf, dass das in Rede stehende Programm verschiedene Lose beinhalte. Ihre Verwaltung werde schauen, wo die Lose im Einzelnen stünden und wie sie abgerufen würden. Das, was aus den Losen noch nicht abgerufen worden sei und sich noch nicht im Planungsstand befinde, werde zunächst zurückgefahren. Man lasse die Bezirke jedoch nicht arbeiten, um ihnen im Nachgang zu sagen, dass das entsprechende Projekt nicht umgesetzt werde.

Titel 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs –

Oda Hassepaß (GRÜNE) interessiert, welche Planungen von den Kürzungen insbesondere betroffen seien. Ansonsten gelte Ähnliches wie bei dem vorigen Titel. Konkret wolle sie überdies wissen, ob Nichtumsetzungen eher die Außen- oder die Innenbezirke träfen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, auch hinsichtlich dieses Titels müsse priorisiert werden. Das bedeute nicht, den einen oder anderen Bezirk zu bevorzugen. Vielmehr werde das Sicherheitserfordernis das entscheidende Kriterium sein.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt nach, wie SenMVKU zu den Einsparungssummen gekommen sei. Auf welcher Grundlage habe die Senatorin Kürzungsvorschläge gemacht, wenn sie nicht wisse, was konkret wegfalle?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bemerkt, das Bordsteinabsenkungsprogramm, das aus diesem Titel finanziert werde, laufe. Von den Kürzungen betroffen seien dagegen die Machbarkeits- und Verkehrsuntersuchungen zur Begleitung der (Modell-)Projekte nach § 58 Absatz 3 Mobilitätsgesetz Berlin sowie Planwerke inklusive Öffentlichkeitsbeteiligung, insbesondere zur erstmaligen Aufstellung des Fußverkehrsplans nach § 52 Mobilitätsgesetz Berlin und dessen Umsetzung.

Titel 52133 – Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) äußert, er habe eine Verständnisfrage. Würden in diesem Titel ebenso Kürzungen in Bezug auf das Lastenradprogramm vorgenommen wie bei dem Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs –? Oder handele es sich um die Hilfen für den Wirtschaftsverkehr, die allgemein befürwortet würden, damit dort, wo voreilig Radwege gebaut worden seien, Möglichkeiten geschaffen würden, Parkplätze zu finden sowie zu ent- und beladen?

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet bezüglich des bereits behandelten Titels 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs – darum, dass SenMVKU schriftlich beantworte, ob der Fußverkehrsplan auch in Gefahr sei.

Mit Blick auf die Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr ersuche sie um eine Information, wann mit dem angekündigten Leitfaden zum Thema Liefern und Laden zu rechnen sei.

Dr. Imke Steinmeyer (SenMVKU) erläutert, dass sich die geplanten Einsparungen im Bereich der Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr auf die Sachverhalte bezögen, die als Komplementärfinanzierung zur Abwicklung des Lastenradförderprogramms notwendig gewesen wären. Ohne eine Finanzierung von Zuwendungen für die Anschaffung von Lastenrädern bedürfe es jedoch keiner Mittel für die Abwicklung des Programms, die noch in Titel 52133 – Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr – hinterlegt seien.

Der Leitfaden für Liefer- und Ladezonen befinde sich in der Endredaktion. Momentan bestünden noch einzelne Überschneidungen. Die Fertigstellung sei spätestens zum Beginn des neuen Jahres geplant.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Keine Wortmeldung.

Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Ist eine Reaktion auf den Tarifabschluss 2025 mit den Sperren überhaupt noch möglich?
2. Wie soll die aktuelle BVG-Krise gelöst werden?

Frage der Fraktion Die Linke

Bitte um Aufschlüsselung, wie sich der einzusparende Betrag genau zusammensetzt und aus welchen Gründen jeweils darauf verzichtet werden kann.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) schildert hinsichtlich der Frage, ob eine Reaktion auf den Tarifabschluss mit den Sperren überhaupt noch möglich sei, dass der Verkehrsvertrag mit der BVG keine Preisgleitklauseln vorsehe. Personalkostensteigerungen seien im Verkehrsvertrag grundsätzlich hinterlegt, und zwar, wenn sie sich recht entsinne, mit 2,3 Prozent pro Jahr.

Zur Frage nach der Lösung der aktuellen BVG-Krise sei zu sagen, dass die Berliner Verkehrsbetriebe kein finanzielles, sondern ein operatives Problem hätten. Insofern hülfe zusätzliche finanzielle Mittel nicht weiter.

Der Bitte um Aufschlüsselung, wie sich der einzusparende Betrag genau zusammensetze und aus welchen Gründen jeweils darauf verzichtet werden könne, komme sie nach, indem sie darauf verweise, dass es sich um Minderleistungen und um das im Verkehrsvertrag hinterlegte Bonus-Malus-System handele. Des Weiteren fielen 6 Mio. Euro für das Azubi-Ticket weg.

Oda Hassepaß (GRÜNE) nimmt Bezug auf das erwähnte Bonus-Malus-System. SenMVKU plane gleichsam ein, dass die Leistungen schlechter würden, da dann das Malus-System greife. Bestünde auch die Möglichkeit, dass es, wie es der Regierende Bürgermeister in Aussicht gestellt habe, 2025 zu besseren Leistungen komme und ein Bonus zu zahlen wäre?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) macht geltend, dass es sich mit 100 Mio. Euro um einen der „stärksten Brocken“ handele. Letztlich solle das Ganze durch Stundung durch die BVG erbracht werden; die BVG solle dafür Kredite aufnehmen. Das sei nichts anderes als eine alternative Finanzierung. Seine Fraktion sehe eine Kreditaufnahme durch die BVG kritisch. Der fachlich zuständige Staatssekretär habe verlautbaren lassen, dass Gespräche mit bzw. durch SenFin stattfänden, inwieweit die BVG in die Lage versetzt werde, in dieser Größenordnung Kredite aufzunehmen. Wie weit seien die Gespräche gediehen? Gebe es überhaupt konkrete Gespräche dazu?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt an, der Regierende Bürgermeister habe gesagt, dass die Situation bei der BVG im Jahr 2025 nach und nach besser werde. Im Ausschuss für Mobilität und Verkehr habe Herr Falk, der Vorstandsvorsitzende der BVG, kundgetan, dass er seine bisherige Zeit bei den Berliner Verkehrsbetrieben genutzt habe, um eine möglichst ehrliche und transparente Analyse zu liefern. Seinen Angaben zufolge werde es anderthalb bis zwei Jahre dauern. Die BVG selbst werde in ihrem Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 Minderleistungen in der in Rede stehenden Höhe hinterlegen. Insofern sei das Vorgehen ihrer Verwaltung als solide zu bezeichnen. Sie strebe an, dass die BVG schnellstmöglich wieder zu der „Performance“ komme, die man von ihr gewohnt sei. Realistischerweise werde das aber etwas dauern.

Zur Frage der Stundung sei zu sagen, dass dies ggf. auch auf die Eigenkapitalquote sowie die Kreditwürdigkeit der BVG, den Einfluss eines Kredits auf die Eigenkapitalquote, abziele. Ihre Verwaltung habe dies näher betrachtet. Falls die BVG einen Kredit aufnehme, werde das mit Blick auf die Eigenkapitalquote keine Erhöhung der Finanzierungskosten nach sich ziehen.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

Keine Wortmeldung.

Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs –

Frage der Fraktion Die Linke

Bitte um Aufschlüsselung, wie sich der einzusparende Betrag genau zusammensetzt und aus welchen Gründen jeweils darauf verzichtet werden kann.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) gibt an, dass es sich hier, ähnlich wie bei der BVG, um einen Ansatz für Minderleistungen handele, zu denen es im Regionalbahnverkehr komme.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erinnert daran, dass der Senat im Laufe der Beratungen des Tages in Bezug auf die Absenkung der Zahlungen für Sicherheitsmaßnahmen beim DFB-Pokalfinale bereits als „Zockerbude“ bezeichnet worden sei. – Bei diesem Titel werde sogar rechtswidrig gezockt, zumal der Senat in der Lage sei, die Bedingungen zu ändern. Gleich einer Wette auf die Zukunft sage der Senat, die Regionalbahnen – und auch die anderen Verkehrsmittel – würden nicht besser ihre Leistungen erbringen, weshalb Geld aus dem Verkehrsvertrag abgezogen werden könne. Aus Sicht seiner Fraktion wäre es die ureigenste Aufgabe des Senats, genau umgekehrt zu agieren und zu sagen, dass es besser werde. Herr Falk habe kundgetan, dass die BVG mehr auf Stabilität setze. Der Staatssekretär im Hause der Senatorin habe zu verstehen gegeben, dass die BVG eben das bringe, was sie bringe. – Eine solche Einstellung entspreche wohl kaum dem Wunsch der Fraktionen im Abgeordnetenhaus und eigentlich auch nicht demjenigen der Verkehrsverwaltung. Insofern kritisiere er das Vorgehen des Senats.

Oda Hassepaß (GRÜNE) merkt an, dass sie die Sache mit dem Geld in Bezug auf den BVG-Titel ebenfalls stutzig mache. Auf einer Personalratsversammlung, an der sie teilgenommen habe, hätten die Busfahrerinnen und Busfahrer ganz anders gesprochen und gesagt, dass sie sich Aufwüchse wünschten. Zudem müssten sie teilweise aufstocken, wenn sie in Rente gingen. – Mit mehr Geld ließen sich nach ihrer Auffassung auch mehr Fachkräfte anwerben.

Zu den Regionalbahnen: Das Vorgehen des Senats erscheine als aktives Befeuern einer Abwärtsspirale. Demgegenüber wünschten sich 85 Prozent der Menschen in Berlin einen besseren ÖPNV. Es könne nicht das Ansinnen sein, den Nahverkehr derart zu schwächen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) ruft ihre Aussage in Erinnerung, dass der Verkehrsvertrag Regelungen zu den Personalkosten enthalte. Daher würden der BVG über jenen Titel nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Der dort hinterlegte Personalkostenansatz steige jährlich, wohingegen der Verkehrsvertrag keine Preisgleitklausel umfasse. – Ihre Aussage, wonach die BVG kein finanzielles Problem habe, habe sich auf den Umstand bezogen, dass die Leistungsqualität der BVG sich nicht steigern, indem sie mehr finanzielle Mittel erhalte. Vielmehr liege ein operatives Problem vor.

Dass der Senat zocke, sei gänzlich unzutreffend. Stattdessen mache der Senat solide Politik. Es sei zu begrüßen, dass wieder solide Politik gemacht werde. Die amtierende Landesregierung schaue nach dem Ist und nehme das Ist, um in die Zukunft zu blicken. In der Vergangenheit seien nun einmal Minderleistungen angefallen, und diese Minderleistungen würden aus verschiedenen Gründen auch in Zukunft anfallen. Das „Schienenproblem“, das die Deutsche Bahn in ihrem Infrastrukturbereich besitze, könne nicht senatsseitig gelöst werden. Überdies könne der Senat nichts daran ändern, dass der Knoten Berlin durch den Regional-, den Fern- und den Cargoverkehr so eng belegt sei. Zu Minderleistungen werde es auch deshalb kommen, weil die DB den Güter- und den Fernverkehr oftmals bevorzuge.

Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs –

Frage der Fraktion Die Linke

Bitte um Aufschlüsselung, wie sich der einzusparende Betrag genau zusammensetzt und aus welchen Gründen jeweils darauf verzichtet werden kann.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) macht geltend, dass nicht nur die Frage gleich sei, sondern auch ihre Antwort darauf identisch mit ihren Darlegungen zum vorigen Titel ausfalle.

Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr –

Frage der Fraktion Die Linke

Bitte um Aufschlüsselung, wie sich der einzusparende Betrag genau zusammensetzt und aus welchen Gründen jeweils darauf verzichtet werden kann.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass angesichts der immer wieder auftretenden Verzögerungen in den Projekten und Abläufen der Senat willens sei, im Rahmen der Haushaltswirtschaft zu einer geregelten Mittelbedarfssteuerung zu gelangen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, ob die Senatorin ausschließen könne, dass die Absenkung der Mittel zu Einschränkungen bei der Planung neuer Tram- oder U-Bahn-Linien führe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, auch hier gelte, dass priorisiert werden müsse. In der Vergangenheit seien „viel zu viele Maßnahmen“ auf den Weg gebracht worden. Im Rahmen der Priorisierung werde geprüft, welchen Stand die jeweiligen Projekte hätten und wo mit schnellen Erfolgen zu rechnen sei.

Oda Hassepaß (GRÜNE) wiederholt ihre Frage, ob die Senatorin ausschließen könne, dass die Absenkung der Mittel zu Einschränkungen bei der Planung neuer Tram- oder U-Bahn-Linien führe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bekundet, sie werde ihre Antwort ebenfalls wiederholen. Es gelte, Priorisierungen im Rahmen der Planungen vorzunehmen. Das sei nicht nur aus finanziellen Gründen angezeigt, sondern auch wegen der personellen Ressourcen.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist es realistisch, dass hier die gesamte Summe gekürzt wird, wo sich 250.000 Menschen noch in einem gültigen Vertrag befinden?

Frage der Fraktion Die Linke

Wie sehen der Zeitplan und das Konzept zur Abschaffung des 29-Euro-Tickets aus? Werden bereits geschlossene Verträge vorzeitig gekündigt? Wenn ja, auf welcher

Rechtsgrundlage? Werden die Kunden in diesem Fall kompensiert und wenn ja, in welchem Umfang?

Frage der AfD-Fraktion

1. Wie viele 29€ (Berlin) Tickets sind (Stand 30.11.) verkauft worden?
2. Wie hoch ist die finanzielle Belastung für das Land Berlin je Ticket und Monat?
3. Wie viele Tickets haben jeweils einen Ablauftermin der 1 Jahresfrist am 30.06., 31.07., 31.08., 30.09., 31.10., 30.11., 31.12.25?

Oda Hassepaß (GRÜNE) kommt auf die 300 Mio. Euro zu sprechen, die nun wegfielen. Damit bleibe nichts übrig hinsichtlich der Finanzierung des 29-Euro-Tickets. In diesem Kontext habe sie eine Schriftliche Anfrage gestellt. Der Antwort sei zu entnehmen, dass monatlich Millionensummen angegeben würden, um den Titel gegenzufinanzieren. Insofern wundere sie es, dass davon ausgegangen werde, dass ab Januar keine Finanzierung mehr benötigt werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass diesbezüglich die Prüfung laufe. Im Rahmen des Gesamthaushalts werde der Senat zu einer Lösung kommen, wie, sofern noch Mittel erforderlich sein sollten, damit im Jahr 2025 umgegangen werde.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass die schriftlich gestellten Fragen gar nicht beantwortet worden seien. Glücklicherweise hätten die Abgeordneten im Ausschuss für Mobilität und Verkehr die Zahlen vorhin erhalten. Seine Frage gehe in die gleiche Richtung wie diejenige der Abgeordneten Hassepaß. Wenn man davon ausgehe, dass Senat und BVG das einhielten, was sie versprochen, bestünden bis Ende Juni 150 000 Verträge bezüglich des 29-Euro-Tickets, bei denen die Menschen darauf vertrauen könnten, nur jene 29 Euro zu bezahlen, da sie den Vertrag für ein Jahr abgeschlossen hätten. Weitere 35 000 Verträge liefen bis Ende Juli, während 30 000 eine Laufzeit bis Ende November hätten. Das sei im Ganzen viel Geld. Wenn man auf das vertrauen könne, was zuvor gesagt worden sei, seien die hier eingestellten 300 Mio. Euro Makulatur und stimmten überhaupt nicht.

Auf der VBB-Beiratssitzung in der vergangenen Woche zum Thema Schienenverkehr habe der Vertreter des VBB zum 29-Euro-Ticket gesagt, dass aus seiner Sicht Verträge einzuhalten seien. – Besonders perfide sei, dass das Ticket noch immer erworben werden könne. Vor diesem Hintergrund frage er die Senatorin, ob sie tatsächlich der Auffassung sei, dass die vorgesehene Einsparung „auch nur in nennenswerter Art und Weise“ erbracht werden könne. Falls nicht, sei es dann seriös, das Parlament am 19. Dezember über die 300 Mio. Euro abstimmen zu lassen, obgleich alle wüssten, dass es Schall und Rauch sei und nie zustande komme?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt erneut, dass die Prüfung laufe. Wie sie bereits ausgeführt habe, werde es, falls erforderlich, über den Gesamthaushalt eine finanzielle Möglichkeit für die ggf. erforderliche Abwicklung geben. Insofern bleibe es dabei, wie der Titel im Ansatz sei.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erkundigt sich ausgehend von der Aussage zu der „finanziellen Möglichkeit“, wo die Senatorin die ungefähr 200 Mio. Euro, die benötigt würden, sehe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erwidert, dass mit den von ihrem Vorredner angeführten Zahlen, die dieser im Ausschuss für Mobilität und Verkehr in Beantwortung der entsprechenden Fragen erhalten habe, keinesfalls 200 Mio. Euro erreicht würden. Das 29-Euro-Ticket sei nicht so angenommen worden, wie man es zuvor gedacht habe. Insofern seien die ursprünglich eingestellten 300 Mio. Euro zu hoch gegriffen gewesen.

Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben –

Frage der Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen der DB werden um welche Beträge gekürzt bzw. gesperrt? Warum? In welcher Höhe bestehen eingegangene Verpflichtungen z.B. aus Finanzierungsvereinbarungen für welche Jahre?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) legt zu der eingereichten Frage dar, die Mittelkürzung resultiere aus der Abflussprognose, die ihrerseits auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre basiere, und den feststellbaren Projektfortschritten.

Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Ist ein Tramstopp hinsichtlich der Ziele Klimaschutz und Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben verantwortbar?
2. Wie ist es zu erklären, dass günstigere und schneller umsetzbare Tramlinien gestoppt werden, aber teure langwierige Maßnahmen, wie die TVO weiter finanziert werden sollen?

Frage der Fraktion Die Linke

Bei welchen Maßnahmen der BVG werden welche Beträge gesperrt bzw. welche sollten gekürzt werden? Warum?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) kommt hinsichtlich der ersten Frage auf ihre mehrfach getätigte Aussage zurück, wonach es einer Priorisierung bedürfe, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch mit Blick auf die Personalressourcen. Insofern werde die Mittelkürzung nicht dazu führen, dass der Klimaschutz oder die Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben nicht verantwortbar sein würden.

Zu der zweiten Frage sei ebenso zu sagen, dass es sich um eine Priorisierung handle. Die TVO trage zum Klimaschutz und zur Entlastung der Menschen in den betreffenden Kiezen bei, zumal der Wirtschaftsverkehr dann nicht mehr dort hindurchführe.

Oda Hassepaß (GRÜNE) unterstreicht, sie interessiere die fachliche Einschätzung, warum gerade die beiden Tramlinien Johannisthal–Gropiusstadt und Leipziger Straße gestrichen würden, auf die die Menschen warteten. Die Entscheidung betreffs Leipziger Straße habe zur

Folge, dass die anderen Tramneubauvorhaben in Richtung Zoologischer Garten, Rathaus Steglitz und Hallesches Tor, Sonnenallee verhindert würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bringt vor, ihr sei nicht bekannt, dass in der Bevölkerung ein erhöhter Nachfragebedarf nach den beiden eingangs genannten Tramstrecken bestehe. Darüber hinaus müsse, wie gesagt, priorisiert werden. Ihre Verwaltung tue dies nach Bedarfen und zu erwartendem Nutzungsverhalten und Mobilitätsbedürfnis derjenigen, die jene Strecken dann auch nutzten. Bei den beiden Tramstrecken sei es am ehesten möglich gewesen, aus Vernunftgründen die Vorhaben einzustellen. Dies komme den dringend erforderlichen Projekten zugute.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt nach, auf welche Art und Weise die Priorisierung vorgenommen werde. Komme hierbei eine Kosten-Nutzen-Analyse zum Tragen, oder sei das eine Bauchentscheidung?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) verneint, dass Bauchentscheidungen getroffen würden. Vielmehr basiere die Priorisierung auf Zahlen, Daten und Fakten. So sollte dies in politischer Verantwortung getan werden, und so praktiziere sie das auch.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet darum, dass SenMVKU in Form eines schriftlichen Berichts die Zahlen darstelle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt dies zu.

Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems –

Frage der Fraktion Die Linke

Aus welchen Gründen hält der Senat das öffentliche Leihfahrradsystem für verzichtbar? Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt der Senat Leihfahrräder auch in die Außenbezirke zu bringen?

Oda Hassepaß (GRÜNE) führt aus, jede große Stadt brauche ein gutes Leihfahrradsystem. Wenn Berlin darauf verzichte, habe dies erhebliche Auswirkungen. Angesichts der Probleme bei der BVG sei es insbesondere in den Außenbezirken gut, wenn die Möglichkeit zum Umstieg auf ein Leihfahrrad bestehe. Es sei auch nicht wirtschaftlich, etwas mit großen Kosten aufzubauen und dann wieder abzubauen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, beim Leihfahrradsystem handele es sich um eine freiwillige Leistung. SenMVKU habe sich insbesondere auf die Dinge konzentriert, die der Daseinsvorsorge dienen, und damit den ÖPNV. Darüber hinaus werde ein Sharingkonzept entwickelt, dass hinreichende Angebote für die Bürgerinnen und Bürger enthalten werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, mit welchen Maßnahmen das Leihfahrradsystem substituiert werden solle, wenn man zum Beispiel abends am Bahnhof ankomme und der Bus nicht fahre.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) macht geltend, dass die Busse fahren würden, wenn auch vielleicht nicht in der früheren Taktung. Das Angebot in Berlin sei sehr gut. 95 Prozent der Berliner Bevölkerung könnten eine Haltestelle innerhalb von fünf Minuten erreichen. In den vergangenen Jahren habe man mit der BVG Jelbi aufgebaut. Jelbi solle fortgesetzt werden. Alles gehe nun mal nicht.

Stefan Ziller (GRÜNE) wendet ein, dass die Jelbi-Station nicht helfe, wenn dort kein Fahrrad sei. Sollten dann alle mit dem Auto fahren? Busse verkehrten abends oft unzuverlässig oder fielen aus, sodass bspw. der Anschluss von der U 5 zu den Gärten der Welt mit dem Leihfahrrad auch für die touristische Erschließung unabdingbar sei. Das Versprechen, dass Mobilität auch in den Außenbezirken funktioniere, werde jetzt einfach zurückgedreht. Dies widerspreche dem Maßstab, dass die Stadt funktionieren solle, den die Senatorin den Kürzungen am Anfang der Debatte zugrunde gelegt habe.

Oda Hassepaß (GRÜNE) betont, dass die Kombination Bahn-Rad sehr beliebt sei. Da es keine Fahrradparkhäuser gebe und die Leute befürchteten, dass ihre an Bahnhöfen abgestellten eigenen Fahrräder gestohlen würden, würden Sie diese künftig mit in die S-Bahn nehmen, wenn keine Leihfahrräder mehr zur Verfügung stünden. Reichten die Kapazitäten der S-Bahn aus, wenn alle Menschen, die vorher ein Leihfahrrad für den Weg vom bzw. zum S-Bahnhof genutzt hätten, künftig ihre eigenen Fahrräder mit in die S-Bahn nähmen?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) vertritt die Ansicht, dass man ein öffentliches Leihfahrradsystem nicht brauche. Dies sei nicht Aufgabe des Staates. Angesichts der Kürzungen des Senats sei dies das kleinste Übel. Richtig sei, Jelbi in den Außenbezirken zu fördern. Auf eine Jelbi-Station am Bernhard-Lichtenberg-Platz warte man allerdings seit Jahren vergeblich. Wenn man Leihfahrräder an Jelbi-Stationen haben wolle, müsste der Senat für private Anbieter sor-

gen. Inwieweit führe der Senat entsprechende Gespräche? Im Übrigen sei es schön, wenn man überall Haltestellen habe; noch besser wäre, wenn dort auch Busse vorbeikämen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erwidert, Haltestellen stünden im Straßenraum, damit Busse dort halten könnten, um die Fahrgäste zu befördern. SenMVKU, BVG und Wirtschaftssenatorin als BVG-Aufsichtsratsvorsitzende stünden im regen Austausch, um Jelbi zu stützen und auszubauen. Ein entsprechendes Konzept werde vorgelegt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Übersicht gibt an, dass in diesem Titel nur beim TA 1 (Lastenradprogramm) gekürzt werden soll. Der qualifiziert gesperrte Betrag ist jedoch gleich dem Ansatz des Titels (2,4 Mio. €). Soll also nur der TA (1,2 Mio. € im Haushaltsplan), oder der gesamte Titel qualifiziert gesperrt werden?

Frage der Fraktion Die Linke

Anders als in den Erläuterungen dargestellt wird hier nicht nur TA 1 sondern der komplette Titelansatz gesperrt bzw. gestrichen. Es gibt jedoch weitere Teilansätze. Was ist mit den dort veranschlagten Maßnahmen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) trägt vor, die Prüfung werde im Rahmen der Haushaltswirtschaft anlassbezogen erfolgen. Es handele sich um einen Zuwendungstitel, sodass sich die Frage stelle, inwiefern Projekte tatsächlich über einen Zuwendungstitel initiiert werden könnten. Insofern seien entsprechende Einsparungen vorgenommen worden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage Nr. , Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie hoch beträgt das Ist für TA 6? (Stand 31.10.2024)
2. Weshalb wird in TA 6 nicht gekürzt, obwohl weder Konzept noch umsetzbare Planungen vorliegen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, TA 6 belaufe sich derzeit im Ist auf 0 Euro. SenMVKU werde die Möglichkeiten, die der Haushaltsgesetzgeber beschließen werde, dann entsprechend umsetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr –

Frage der Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen mit welchem voraussichtlichen Bedarf sind bereits für 2025 angeordnet oder festgelegt? Wie hoch sind die bislang eingegangenen Verpflichtungen für 2025 für welche Maßnahmen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Fragen würden zur Sitzung am 11. Dezember 2024 schriftlich beantwortet.

Titel 72018 – Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV –

Titel 81212 – Aufbau eines gemeinsamen Verkehrsinformations- und -steuerungssystems für die Region Berlin/Brandenburg –

Titel 81214 – Umsetzung eines Konzeptes zur Verkehrsorganisation des Reisebusverkehrs –

Titel 81217 – Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalenders –

Titel 81219 – Aufbau und Betrieb einer barrierefreien Leit- und Informations-App -

Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 89111 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen –

Frage der Fraktion Die Linke

Bildet dieser Titel nicht Verpflichtungen des Landes aus der Schienenanbindung des BER ab? Sind hier Einsparungen überhaupt möglich?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) legt dar, es seien Gesellschaftermittel erforderlich. Gesellschafter sei SenFin in diesem Kontext.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 89112 – Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, woher die Gewissheit komme, dass die 4 Mio. Euro angesichts der Lage auf Bundesebene fließen, und ob die Übernahme durch den Bund gesichert sei.

Dr. Imke Steinmeyer (SenMVKU) antwortet, der Ausbau werde hinsichtlich der Eingleisigkeit durch den Bund finanziert, hinsichtlich der Zweigleisigkeit durch die Länder Berlin und Brandenburg. Das Vorhaben sei mit ursprünglich 50 Mio. Euro VE im Landeshaushalt abgesichert worden. Berlin und Brandenburg hätten zur Komplementärfinanzierung ergänzend

CEF-Mittel auf EU-Ebene eingeworben. Insofern gebe es eine Minderung des Haushalts in der Sache. Für das folgende Jahr sei eine Betragsreduzierung möglich, sodass nicht die vollen 9 Mio. Euro gezahlt würden. In Rede stehe ein Betrag knapp über 5 Mio. Euro, was über die Mittelbewirtschaftung herstellbar sei. Die weiteren Reduzierungen würden sich im Folgejahr über die Abstimmung mit der DB, den tatsächlichen Mittelabfluss und die Inanspruchnahme der EU-Mittel ergeben.

**Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Tiefbau –**

a) Zahlenteil

Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund –

Frage der Fraktion Die Linke

Wofür bekommt das Land Berlin hier zusätzliches Geld vom Bund?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) verweist auf Mehreinnahmen in Höhe von 700 000 Euro.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 33107 – Zuweisungen des Bundes für Brücken- und Tunnelbauten –

Frage der Fraktion Die Linke

Wofür bekommt das Land Berlin hier zusätzliches Geld vom Bund und wie kommt es zu einem Aufwuchs in einem Einnahmetitel, der eigentlich wegfallen sollte?

Lutz Adam (SenMVKU) erläutert, die B 96a – Süd – sei eine Bundesstraße auf freier Strecke, die nach Inbetriebnahme der BAB 113 „abgeschichtet“ werden solle. Das Land Berlin übernehme aber nur Straßen vom Bund, bei denen es keinen Unterhaltungslastrückstau gebe. Daher sei die Straße vollständig saniert worden, mit Ausnahme der Brücke Am Falkenberg, die einen guten Bauwerkszustand habe. Insofern werde mit dem Bund darüber verhandelt, dass er die Unterhaltungslasten in Form einer Zahlung von 6,5 Mio. Euro ablöse. Man stehe kurz vor dem Abschluss.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

b) Anlage 9

**Titel 54030 – Bergung nicht-chemischer Kampfmittel und Beseitigung ehemaliger
Kampf- und Schutzanlagen –**

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 54049 – Leistungen für die öffentliche Beleuchtung –

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, wie der Senat seine gesetzliche Verpflichtung zur Beleuchtung der Straßen mit den gekürzten Mitteln gewährleiste und ob der Ansatz ausreiche, um die Stromkosten zu bezahlen.

Lutz Adam (SenMVKU) antwortet, die Stromkosten würden in einem anderen Titel veranschlagt. Bei diesem Titel bestünden bereits vertragliche Verpflichtungen, sodass hier im Zuge der Haushaltswirtschaft nachgesteuert werden müsse.

Titel 72001 – Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes –

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, ob und ggf. in welcher Höhe für 2025 bereits vertragliche Verpflichtungen bestünden und ob das Land möglicherweise Schadenersatz zahlen müsste, wenn die vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt werden könnten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, diese würden im Rahmen der Haushaltswirtschaft entsprechend bedient.

Titel 72002 – Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßenbaus außerhalb des zentralen Bereichs –

Ohne Wortmeldung.

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen –

Frage der Fraktion Die Linke

Was ist hier der Plan? Was wird genau geprüft? Welche Auswirkungen hätte die Maßnahme auf die künftigen jährlichen Kosten innerhalb des Contracting/Intracting? Bitte um Vergleich der Kosten für Zahlung aus Landeshaushalt und Zahlungen für Contracting über Vertragslaufzeit des Contracting. Hätte diese Maßnahme Einfluss auf Kapitalbedarf der Stromnetz als Betreiber der Straßenbeleuchtung? Welche Auswirkung hat die Kürzung auf die Umrüstung von Gasleuchten auf LED?

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, ob hier bereits gesetzliche Verpflichtungen zur Verkehrssicherheit bestünden und ob diese mit diesen Kürzungen noch gewährleistet werden könnten.

Lutz Adam (SenMVKU) bestätigt, dass vertragliche Verpflichtungen bestünden. Insofern müsse auch hier im Zuge der Haushaltswirtschaft nachgesteuert werden.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, dass sich die Beträge, bei denen im Zuge der Haushaltswirtschaft nachgesteuert werden müsse, häuften, sodass sie um einen schriftlichen Bericht bitte, aus welchen Titeln die Mittel für die Nachsteuerung aus der Haushaltswirtschaft im Rahmen der Erfüllung vertraglicher und gesetzlicher Pflichten entnommen werden sollten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt einen entsprechenden Bericht zur Sitzung am 11. Dezember 2024 zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

- Titel 72019 – Erneuerung der Torstraße zwischen Chausseestraße und Karl-Liebknecht-Straße in Mitte –**
- Titel 72021 – Erneuerung der Charlottenstraße zwischen Dorotheenstraße und der Straße Unter den Linden in Mitte –**
- Titel 72023 – Erneuerung der Fahrbahn der Karl-Liebknecht-Straße von Torstraße bis einschließlich Memhardstraße in Mitte –**
- Titel 72052 – B 96 Stadtprojekt Tempelhofer Damm von Platz der Luftbrücke bis Borussiastraße in Tempelhof-Schöneberg –**
- Titel 72059 – Erneuerung der Märkischen Allee zwischen Mehrower Allee und S Ahrensfelde in Marzahn-Hellersdorf –**
- Titel 72243 – Neubau der Nord- und Südseite der Brücke Am Bahndamm über die Wuhle in Treptow-Köpenick –**
- Titel 72704 – Neubau der Östlichen Bucher-Straßen-Brücke über Bahnanlagen im Zuge der Bucher Straße in Pankow –**
- Titel 72830 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Mühlendamm Schleuse (km 17,8) bis zur Elsenbrücke (km 22,0) –**
- Titel 72849 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Schleuse Charlottenburg (km 6,5) bis Humboldthafen –**
- Titel 72850 – Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im Bereich der Teupitzer-, Treptower-, Wildenbruch- und der Lohmühlenbrücke –**

Jeweils ohne Wortmeldung.

- Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radweginfrastruktur –**

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, welche Projekte 2025 nicht mehr umgesetzt werden könnten.

Lutz Adam (SenMVKU) führt aus, es handele sich um Reduzierungen von Mitteln, die im Zuge des Innovationsförderfonds an Förderungen gekoppelt gewesen seien. Bei der GB infraVelo GmbH gebe es keine Maßnahmen, die den Förderbedingungen des Innovationsförderfonds gerecht würden, sodass die Mittel nicht aus dem Innovationsförderfonds abfließen könnten und hier als Reduzierung benannt würden.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün –

Anlage 9

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege –

Ohne Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Frage der Fraktion Die Linke

Welche Teilansätze werden hier ab welcher Höhe gesperrt und warum?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, im Rahmen der Haushaltswirtschaft werde SenMVKU dies entsprechend bedienen. Diesbezüglich gebe es noch keine konkreten Entscheidungen. Nicht betroffen sei die Wärmeplanung.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, wann die Entscheidungen getroffen würden, welche Titel SenMVKU für die Kürzung heranziehe. Könne SenMVKU nächste Woche berichten?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) betont, dass dies sorgfältig geprüft werde. Insofern wäre ein Bericht in der nächsten Woche verfrüht. Sie sage diesen zur Sitzung am 22. Januar 2025 zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, hier gelte das Gleiche. SenMVKU könne zur Sitzung am 22. Januar 2025 einen Bericht vorlegen.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um Auskunft, ob es für 2025 noch keine Planung gebe oder noch nicht klar sei, welche Dinge SenMVKU streichen wolle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, wesentlich sei, dass die Stadtbaumkampagne erhalten bleibe. Zu den anderen Elementen werde SenMVKU im Januar nachliefern.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt werden könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz –

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob der Wirtschaftsplan für das nächste Jahr schon fertig sei und nach den Änderungen im Haushalt geändert werden müsse oder ob die Mittel noch nicht für Projekte und Maßnahmen der Stiftung Naturschutz verplant gewesen seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass der Wirtschaftsplan geändert werden müsse, sofern er schon verabschiedet sei.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass über die Projekte nach ihrer Leistungsfähigkeit entschieden werde; die Prioritäten würden entsprechend festgelegt.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich, wann Klarheit für die Einrichtungen und Träger geschaffen werde. Könne SenMVKU in der nächsten Woche berichten?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt eine schriftliche Beantwortung zur Sitzung am 11. Dezember 2024 zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 70118 – Umsetzung von investiven Kompensationsmaßnahmen –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, hinsichtlich der konkreten Projekte gelte, was bislang gesagt worden sei. Es handele sich um Haushaltsmaßnahmen, die im Rahmen dieses Titels umsetzbar seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen der Grün Berlin sind betroffen?

Stefan Ziller (GRÜNE) geht davon aus, dass bei der Grün Berlin GmbH vermutlich ebenfalls ein neuer Wirtschaftsplan und eine andere Arbeitsgrundlage notwendig seien. Es sei nicht sinnvoll, sich dies bei jedem Titel einzeln anzuschauen. Er bitte zur Sitzung am 11. Dezember 2024 um einen Gesamtüberblick, was die Grün Berlin GmbH bekomme, welche Investitionen geschoben würden und welche Folgen dies habe.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt, was die Kürzung in Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH – um 5 Mio. Euro für den Spreepark bedeute.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bestätigt, dass der Wirtschaftsplan der Grün Berlin GmbH entsprechend überarbeitet werden müsse.

Klaus Wichert (SenMVKU) ergänzt, es sei ein sehr ehrgeiziges Projekt, diese Einsparungen in der Höhe zu realisieren. Deswegen würden sämtliche Verträge auf den Prüfstand gestellt. Dafür habe man Prämissen aufgestellt. Es müsse Schaden vom Land abgewendet werden; Schadenersatz u. Ä. werde vermieden. Kofinanzierungen würden sichergestellt, Einnahmeerwartungen genau geprüft, um Einnahmemöglichkeiten sicherzustellen. In der Unterhaltung des Spreeparks steckten viele Einzelpositionen, z. B. Grundbesitzabgaben, Verkehrssicherungspflichten, laufende Verträge mit Wachdiensten, sodass SenMVKU eigentlich bevorzugen würde, diesen Hinweis nicht so umzusetzen, weil man dies vertraglich gar nicht könne.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet, die vertraglichen Verpflichtungen aufzuschreiben. Stünden auch Betriebskosten, z. B. für die Seilbahn, auf dem Prüfstand? Werde versucht, aus dem Vertrag herauszukommen, um Geld zu sparen, oder solle dies vermieden werden?

Klaus Wichert (SenMVKU) versichert, dass versucht werde, dies zu vermeiden, aber es werde eventuell zu Einschränkungen kommen, weil man vermutlich Teile von Parkanlagen

nicht mehr in der richtigen Weise verkehrssicher halten könne. Angesichts der Größenordnung werde man nicht umhin kommen, dass dies spürbar werde.

Der **Ausschuss** erwartet den gewünschten Bericht zur Sitzung am 11. Dezember 2024.

Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) vertritt die Ansicht, dass die Kleingärtner ihre Kleingärten zur Erholung der Allgemeinheit kostenlos pflegten und öffneten. Was werde hier gekürzt?

Klaus Wichert (SenMVKU) antwortet, die Koalition habe vor, ein Kleingartenflächensicherungsgesetz zu machen, sodass dann vielleicht Investitionen für die Schaffung von Ersatzflächen zur Verfügung stünden. Insofern decke sich eine Initiative des Senats mit anderen Vorhaben.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) verweist auf den AfD-Antrag für ein Kleingartensicherungsgesetz. Welchen Zeithorizont sehe der Senat für das Gesetz?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, das Kleingartenflächensicherungsgesetz werde gerade mit dem betroffenen Verband abgestimmt. Sie gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf im Januar/Februar durch den Senat gehen werde.

Titel 89360 – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Kompensationsstrategie –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?

Frage der Fraktion Die Linke

Die Mittel dieses Titels sollten eigentlich den Wohnungsbau beschleunigen. Wurde dieses Ziel nicht erreicht oder sind aufgrund neuer Gesetzeslagen in Zukunft Kompensationsmaßnahmen weniger als bisher erforderlich?

Klaus Wichert (SenMVKU) berichtet, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kompensationsstrategie würden betroffen sein, was die Umsetzung von Kompensationsstrategien auf einen längeren Zeitraum verzögern werde, aber was für das nächste Jahr konkret anstehe, könne umgesetzt werden, insbesondere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Kleingewässerprogramm.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –

Ohne Wortmeldung.

Titel 70136 – Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Titel 81136 – Beschaffung von Fahrzeugen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030) –

Titel 89136 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Titel 89236 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Titel 89336 – Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Titel 89436 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche konkreten Projekte sind von der Sperre betroffen? Welche Projekte können nicht umgesetzt werden?
2. Wie wird mit bereits begonnen Projekten umgegangen?
3. Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Bezirke?

Frage der Fraktion Die Linke

Titel 70136: Für welche konkreten Maßnahmen sind jeweils welche Festlegungen bereits für die Folgejahre getroffen? Welche Titel sollen in welcher Höhe konkret gekürzt werden? Wie hat sich die Ausschöpfung der BEK-Mittel seit 2020 entwickelt?

MG 01: Für welche konkreten Maßnahmen sind jeweils welche Festlegungen bereits für die Folgejahre getroffen? Welche Titel sollen in welcher Höhe gesperrt werden? Welche Maßnahmen zur Umsetzung des BEK sollen nicht umgesetzt werden? Wie hat sich die Ausschöpfung der BEK-Mittel seit 2020 entwickelt?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) schildert, dass das BEK langsam angewachsen und im letzten Jahr leicht reduziert worden sei. Insbesondere Projekte von Privaten seien betroffen, die eingegangenen VE könnten aber alle umgesetzt werden.

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich nach den Auswirkungen der Kürzungen auf die Bezirke.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, SenMVKU sei im Benehmen mit den Bezirken, um dies gemeinsam umzusetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten

Anlage 9

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche Maßnahmen können konkret nicht umgesetzt werden?
2. Kann die Sicherungspflicht im Bereich Erholungseinrichtungen, Walspielplätze, Bänke und Waldschulen sichergestellt sowie der Wegebau fortgeführt werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, sie könne die Fragen mit Ja beantworten. Die erforderlichen Maßnahmen könnten entsprechend umgesetzt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 54010 – Dienstleistungen – Titel 54109 – Mischwaldprogramm – Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Waldschulen werden in welcher Form betroffen sein?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, es würden keine Waldschulen betroffen sein, weil SenMVKU entsprechende Umschichtungen vornehmen werde.

Stefan Ziller (GRÜNE) verweist darauf, dass der Titel gesperrt sei. Komme noch eine Vorlage zur Umwidmung der Kürzung, oder beschreibe SenMVKU haushaltstechnisch einen anderen Weg?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt an, dass es dazu einen Änderungsantrag geben werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Integratives Verkehrsmanagement –

Anlage 9

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ohne Wortmeldung.

Titel 54022 – Leistungen für Lichtsignalanlagen –

Frage der Fraktion Die Linke

Woran soll in diesem Titel gespart werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) verweist auf das Vertragsverhältnis zur GB infraSignal GmbH, die eine 100-prozentige „Enkelin“ des Landes Berlin sei. Insofern würden die Verschiebungen möglich sein.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, ob die Countdownampeln weiterhin im Portfolio bleiben würden.

Christian Haegle (SenMVKU) antwortet, die Räumzeitanzeigen würden turnusgemäß eingebaut, wenn sich dafür in der Zukunft die technische Möglichkeit ergebe. Sie würden aus dem Titel als Bestandteil der Gesamtleistung bezahlt. Insofern hätten die Kürzungen darauf keinen Einfluss.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Kapitel 0799

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Umgang mit der Prämie. Werde nicht mehr prämiert oder beim Personal gespart und umgeschichtet?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, Personaleinsparungen oder Stellenstreichungen würden nicht vorgenommen, es werde keine Prämie mehr geben.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Zahlenteil

Ohne Wortmeldung.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 07 ab.

[Unterbrechung der Sitzung von 20.13 bis 20.32 Uhr]

Einzelplan 08 – Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt –

Einzelplanübergreifende Fragen

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) regt angesichts der fortgeschrittenen Sitzungszeit und der noch zu bearbeitenden Einzelpläne an, alle schriftlich eingereichten Fragen sollten fortan schriftlich beantwortet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so werde fortan verfahren.

Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um eine komplette und detaillierte Übersicht über die Rückstellungen der BIM für Investitionsmaßnahmen im Auftrag der SenKultGZ, inklusive einer Darstellung, welche der Maßnahmen bereits begonnen wurden.
2. Bitte um eine komplette und detaillierte Übersicht über den aktuellen Stand der Rücklagen all jener Zuwendungs- und Zuschussempfängenden, deren Wirtschaftspläne im Epl. 08 abgebildet sind, inklusive einer Darstellung, welche dieser Mittel bereits für welche Zwecke gebunden sind.

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie wird diese PMiA aufgelöst (Bitte um Titel-scharfe Darstellung)?
2. Falls noch keine konkrete Planung für die Auflösung der PMiA besteht: Wie verhindert der Senat, dass auch ein Teil jener Ansätze im Epl. 08, die nicht einer qualifizierten Sperre gemäß dem 3. Nachtrag unterliegen, über den Jahreswechsel hinaus faktisch gesperrt bleiben?
3. Bis zu welchem Zeitpunkt können die Zuwendungs- und Zuschussempfängenden der SenKultGZ, deren Titel und Teilansätze nicht einer qualifizierten Sperre gemäß dem 3. Nachtrag unterliegen, mit einem vorläufigen Maßnahmebeginn, einer Inaussichtstellung oder einem vorläufigen Bescheid rechnen?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln
Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT
Titel 54010 – Dienstleistungen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Durch diese Kürzungen bei der Zielvereinbarung für die städtischen Bibliotheken würden die Bezirke leiden. Ist die gesamtstädtische Zielvereinbarung Bibliotheken zwischen dem Senat und den Bezirken mit dieser Kürzung hinfällig? Welche sozialpolitische Auswirkung ist mit der Kürzung bei den bezirklichen Bibliotheken verbunden? Wurde mit den Bezirken bereits über das Vorhaben gesprochen? Wenn ja, wie war die Reaktion? Wenn nein, warum nicht?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Kultur –

a) Zahlenteil

Titel 81211 – Annahme von Kunstgegenständen an Zahlung statt

Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten in Verbindung mit
Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich angesichts der hohen einzusparenden Summen, ob es um nicht besetzte Stellen gehe oder um Stellen, die nach altersbedingtem Ausscheiden nicht wiederbesetzt würden.

Helge Rehders (SenKultGZ) erläutert, die Stellen befänden sich teils in der Ausschreibung, teils handele es sich um ausgeschiedene Personen und vakante Stellen. Die Stellen seien aber keine „leeren Hüllen“, sondern befänden sich tatsächlich in der Planung.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) vergewissert sich, dass es sich also explizit nicht um geplante Stellenreduzierungen handele und nimmt zur Kenntnis, dass dem so sei.

Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen
Titel 52609 – Thematische Untersuchungen
Titel 54010 – Dienstleistungen
Titel 54053 – Veranstaltungen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 68119 – Förderung von Künstlern/Künstlerinnen

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie verteilt sich die pauschale Kürzung von 500.000 Euro auf die Teilansätze? Nach welchem Verfahren wird die Verteilung vorgenommen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise

Keine Wortmeldungen.

Titel 68208 – Zuschuss an die Stiftung Topographie des Terrors

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Stiftung Topografie des Terrors, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68216 – Zuschuss an die Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH Berlin

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt mit Blick auf alle Titel, in denen Zuschüsse von Kürzungen betroffen seien, welche Grundannahmen diesen Kürzungen zugrunde gelegen hätten. Habe es eine Gesamtannahme gegeben, oder sei jedes einzelne Projekt betrachtet und eine konkrete Summe ermittelt worden?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) bedauert, er könne die Frage nicht beantworten.

Titel 68219 – Zuschuss an die Hebbel-Theater Berlin GmbH

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Hebbel-Theater Berlin GmbH, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, dass mit den Kürzungen bei diesem Titel zusätzlich Bundesmittel in signifikanter Höhe entfielen. Fänden diesbezüglich Verhandlungen mit dem Bund statt?

Dennis Haustein (CDU) bemerkt, dass das Phänomen der wegfallenden Kofinanzierungsmittel des Bundes mehrere Titel mit Fördermitteln für Kultureinrichtungen betreffe. Könne der Senat eine grundsätzliche Aussage hierzu treffen?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) bestätigt, dass die wegfallenden Bundesmittel eine große Herausforderung darstellen. Er befinde sich hierzu im Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth. Eine konkrete Lösung für den Umgang mit kofinanzierten Projekten gebe es noch nicht.

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, ob zur zweiten Lesung mit Änderungsanträgen der Koalition zu rechnen sei, mit denen vieles, was jetzt auf der Liste stehe, wieder Makulatur sein werde. – Wie schnell könnten die erwähnten Gespräche zu einem Ergebnis geführt werden?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) weist bezüglich möglicher Änderungsanträge darauf hin, dass die Abgeordneten Herren des Verfahrens seien und er nicht für sie sprechen könne. Seine Verwaltung führe Gespräche und sei bei den Beratungen insbesondere hinsichtlich der juristischen und technischen Umsetzungsanfordernisse eng eingebunden.

SenKultGZ habe viele der genannten Punkte auch selbst als Herausforderungen für die Kultur identifiziert. Deshalb würden Gespräche geführt und werde es Anpassungen geben. Definitiv könne er sich aber aktuell nicht äußern.

Titel 68225 – Zuschuss an die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68239 – Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Stiftung Oper in Berlin, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68242 – Zuschuss an das Deutsche Theater/Kammerspiele

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten des Deutschen Theaters und der Kammerspiele, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68243 – Zuschuss an die Volksbühne

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Volksbühne, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68246 – Zuschuss an das Maxim Gorki Theater

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten des Maxim-Gorki-Theaters, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68248 – Zuschuss an das Theater an der Parkaue

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten des Theaters an der Parkaue, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68258 – Zuschuss an das Konzerthaus Berlin

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten des Konzerthaus Berlin, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68259 – Zuschuss an die Stiftung Berliner Philharmoniker

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Stiftung Berliner Philharmoniker, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68311 – Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt nach, ob sie recht in der Annahme gehe, dass die Mittel hier komplett gestrichen würden. Seien sie nicht abgerufen worden, oder woraus resultiere diese Streichung? Solle der Titel auch in Zukunft nicht mehr existieren?

Titel 68320 – Zuschuss an die Kulturprojekte Berlin GmbH

Keine Wortmeldungen.

Titel 68321 – Zuschuss an die Schaubühne

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Schaubühne, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Frage der Fraktion Die Linke

Die Schaubühne geht aktuell davon aus, dass bei der Absenkung der Zuschüsse mit dem Ende des Jahres 2025 der Betrieb eingestellt werden muss. Wie möchte der Senat für diesen aber auch weitere Zuschussempfänger garantieren, dass der Erhalt der Häuser garantiert werden kann? Werden hier bereits Gespräche mit den Hausleitungen geführt?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

Oda Hassepaß (GRÜNE) zitiert Presseberichte, denen zufolge die Schaubühne aufgrund der Kürzungen 2025 werde Insolvenz anmelden müssen. Sie bitte um Stellungnahme hierzu.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) erläutert, seine Verwaltung befinde sich auch hinsichtlich der Schaubühne im Gespräch mit den Parlamentariern, um zu beraten, was man rechtlich und technisch tun könne. Man sei optimistisch, dass das eine oder andere korrigiert werden könne; das liege aber in der Hoheit der Parlamentarier.

Dennis Haustein (CDU) meint, man dürfe nicht jeder Presseberichterstattung unbedingten Glauben schenken. Er nehme die Sorgen der Bühnen selbstverständlich ernst, es lohne sich aber, einen Blick in die Wirtschaftspläne der einzelnen Theater zu werfen; er gehe davon aus, dass auch der Senat das tue. Inwiefern seien Rücklagen der großen Häuser und Einmaleffekte

wie Coronamittel bei den finanziellen Planungen mitbedacht worden? Seien einzelne Häuser wirklich akut von der Schließung bedroht?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) hält fest, bestimmte Fragen müsse man jeweils im konkreten Fall betrachten; daher wiederhole sie ihren Wunsch, in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses die fachliche Dimension im Detail zu diskutieren und sich in der laufenden Sitzung auf die den Hauptausschuss betreffenden Fragen zu konzentrieren. Dann könne man auch darüber sprechen, wo Bühnen doppelt getroffen seien, die über keinerlei Rücklagen verfügten und wo durch die Tarifvorsorge noch mal Engpässe entstünden. Werde man die Problematik der Tarifvorsorge noch heilen können, nachdem der Regierende Bürgermeister nun deutlich angekündigt habe, dass hier noch etwas zu erwarten sei? – Insbesondere beim Deutschen Theater, das eben mit einer hohen Subvention gesteuert worden sei, könne sie sich gut vorstellen, dass dort Engpässe entstünden. Das würde sie gern im Ausschuss vertieft diskutieren.

Helge Rehders (SenKultGZ) erläutert hinsichtlich der Coronamittel, diese seien im Haushalt 2024/25 als nachlaufender Posten der Soforthilfen vorgesehen, die in Coronazeiten ausgereicht worden seien. Es sei nicht vorgesehen gewesen, sie über 2025 hinaus fortzusetzen. Es gebe durchaus andere Lösungen, mit diesen Fällen umzugehen; hierzu befinde man sich in intensiven Gesprächen mit SenFin. Sollte das nicht zu Ergebnissen führen, wäre die gesamte Streichung des Ansatzes in der Tat eine große Herausforderung.

Titel 68322 – Zuschüsse an sonstige Privattheater

Keine Wortmeldungen.

Titel 68323 – Zuschuss an das Grips-Theater

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten des Grips-Theaters, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68327 – Zuschuss an die Berliner Ensemble GmbH

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Berliner Ensemble GmbH, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68328 – Zuschuss an Sasha Waltz and Guests

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten von Sasha Waltz ans Guests, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68329 – Sonstige Zuschüsse an Bühnen und Tanz

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist darauf hin, dass die Mittel für zeitgenössischen Tanz gemäß Vorlage um 350 000 Euro gekürzt werden sollten; allerdings stünden dafür überhaupt nur 170 000 Euro zur Verfügung. Sie hoffe sehr, dass der Ansatz nicht vollständig gestrichen werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) geht ebenfalls auf die zitierte Kürzung in TA 1, Zeitgenössischer Tanz e. V., ein. Welche konkreten Maßnahmen würden, da die Streichung größer sei als die zur Verfügung stehende Summe, dann in TA 2 gekürzt?

Jens Kandziora (SenKultGZ) antwortet, er gehe davon aus, dass hier eine Verwechslung des TA 1 mit dem TA 2 vorliege, und hoffe auf eine Korrektur.

Titel 68380 – Zuschüsse für Kulturaustausch

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Durch die Projekte zum Kulturaustausch soll auch der Bildsauftrag der Kultur sichergestellt werden. Wie ist dies noch möglich, mit der kompletten Streichung des Ansatzes? Gibt es Alternativen hierzu?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68417 – Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung

Keine Wortmeldungen.

Titel 68502 – Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum wird bei der Stiftung des Deutschen Technikmuseums proportional wenig gekürzt?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68528 – Zuschuss an die Stiftung Bröhan

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Stiftung Bröhan, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68539 – Zuschuss an das Bauhaus-Archiv

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten des Bauhaus-Archivs, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkungen hat dies auf die Sanierungen und Baumaßnahmen beim Bauhaus-Archiv?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68551 – Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch sind die einzelnen Kosten der Stiftung Berlinische Galerie, bitte auch um Kenntlichmachung der fixen und variablen Kosten? Welche Auswirkung haben die Einsparungen auf die Programmgestaltung 2025 und auf die personelle Ausstattung?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68553 – Zuschuss für den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV)

Keine Wortmeldungen.

Titel 68568 – Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wirkt sich die überproportional hohe Kürzung bei der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin sowohl auf die Debatte zum Standort als auch auf die generelle Arbeit der ZLB aus?

Frage der Fraktion Die Linke

Wie soll es mit den stark sanierungsbedürftigen Gebäuden der Landesbibliothek weitergehen? Welche Auswirkungen haben die Einsparungen an diesem Titel für die Berliner Bezirksbibliotheken und wie verhalten sich die geplanten Einsparungen zum Bibliotheksentwicklungsplans des Senates?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Ist mit dieser Kürzung das gerade beendete Verfahren und dessen Ergebnis für die Neuvergabe des Kulturstandorts Lucy-Lameck-Straße obsolet?
2. Welche Absichten verfolgt der Senat betreffs der Nutzung der landeseigenen Immobilie ab dem 1. Januar 2025?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erinnert daran, dass es bezüglich der Lucy-Lameck-Straße eine Ausschreibung und einen Gewinner derselben gegeben habe. Was passiere mit dem Gebäude, nun, da der Ansatz auf null gesetzt sei?

Zu TA 17 – Durchführung eines stadtweiten Kultursommers in Kooperation mit den Bezirken –: Sei bekannt, ob hier schon Verträge liefen und Regressforderungen zu erwarten seien?

Zu TA 33 – Mindestgagen/Honorare für institutionell geförderte Bühnen, u.a. Kinder- und Jugendtheater –: Hier sei eine vollständige Streichung der Mittel für Mindestgagen vorgesehen. Könne das möglicherweise in Teilen über die Tarifvorsorge kompensiert werden?

Helge Rehders (SenKultGZ) erklärt bezüglich der Lucy-Lameck-Straße, die Gebäudekosten seien im Kopfhalt von SenKultGZ abgebildet, insofern sei der Gebäudebetrieb durch die Entscheidung nicht gefährdet. Man werde nun darüber beraten, wie eine Bespielung sichergestellt werden könne.

Bezüglich des Kultursommers in bezirklichem Kontext könne es keinen Regress geben, da die Mittel jährlich festgelegt würden und keine Verpflichtungsermächtigung dafür bestehe.

Die Tarifvorsorge sei explizit eine Vorsorge für Tarife, nicht für Mindestgagen, die eben nicht tarifvertraglich festgelegt seien, sondern als Setzung im Kontext Guter Arbeit von dem Haus und in bundesweitem Kontext so entschieden worden seien.

Titel 68573 – Sonstige Zuschüsse an Museen

Frage der Fraktion Die Linke

In dem TA 10 sind keine 2 Mio. Euro enthalten, daher die Frage, wie hier 2 Mio. Euro eingespart werden können? Ist dem Senat bewusst, dass die Eintrittsgelder, die durch die Abschaffung des kostenlosen Museumssonntages generiert werden, nicht dem Landeshaushalt zu Gute kommen, sondern in den Museen verbleiben?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich.

Oda Hassepaß (GRÜNE) geht auf die entgeltfreien Museumssonntage ein und erkundigt sich, wie sich deren Streichung auf die Teilhabe einkommensschwacher Haushalte auswirke.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) erläutert, es werde auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, für einkommensschwache Menschen durch ermäßigte Tickets weiterhin Zugang zu gewährleisten. Er weise auch darauf hin, dass im Rahmen der allgemein angespannten Haushaltslage andere Städte, z. B. Köln, ihre Museumspreise erhöhten. Berlin halte die Preise immerhin stabil und habe sie auch im Sinne des Partizipationsgedankens weiterhin im Blick.

Titel 68575 – Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester

Titel 68577 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst

Titel 68578 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der Literatur

Titel 68587 – Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 68588 – Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin

Dr. Kristin Brinker (AfD) zitiert den verbindlichen Kommentar „Ausstieg Stadtmuseum aus dem Humboldt-Forum“ und erkundigt sich, ob dieser nicht auch mit Kosten verbunden sei, die dann an anderer Stelle auftauchen müssten.

Helge Rehders (SenKultGZ) erklärt, für die Berliner Flächen, die von der Stiftung Stadtmuseum genutzt würden, laufe ein Vertrag; man könne nicht einfach die Schlüssel abgeben und die Zahlungen einstellen. Dies sei eines der technischen Themen, die noch einer genaueren Betrachtung bedürften.

Titel 68605 – Musik, Festivals und Clubkultur

Keine Wortmeldungen.

Titel 68609 – Diversitätsfonds

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, wie sich die komplette Streichung des Diversitätsfonds auf die Diversität der Berliner Kulturszene auswirke. Würden die Kürzungen in anderen Titeln aufgefangen?

Helge Rehders (SenKultGZ) verneint die zuletzt gestellte Frage; es gebe aber andere Förderprogramme, bei denen man die Frage stellen könne, ob ein Mainstream der Ziele aus dem Diversitätsfonds nicht angezeigt sei.

Titel 68615 – Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler

Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Auf welche Summe beläuft sich der Anteil jener Mittel im ursprünglichen Ansatz, die aufgrund von Mietverträgen und anderen rechtlichen Verpflichtungen im Jahr 2025 ff. bereits gebunden sind?
2. Welche Auswirkungen sind zu erwarten, wenn die o.g. Summe höher ist als die Mittel, die nach der geplanten Kürzung bzw. Sperre um rund die Hälfte des Ansatzes noch verfügbar sind?

Frage der Fraktion Die Linke

Durch welche Verwaltungseinheit soll die Arbeit der Kulturraum Berlin übernommen werden und müssen dadurch neue Personalstellen eingerichtet werden? Außerdem erbiten wir einen Zeitplan für die Übertragung der Aufgaben. Wie wird mit den Mitarbeiter*innen der Kulturraum Berlin umgegangen? Was ist mit der Prüfung bestehender Bindungen gemeint?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, ob die erhebliche Kürzung nur durch die Abschaffung der Kulturraum Berlin GmbH bedingt sei oder es darüberhinausgehende Gründe gebe.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, welche Auswirkung die Streichung vor dem Hintergrund der weiteren Streichungen bei den Titeln 89122 – Zuschüsse zur Modernisierung von Immobilien mit kultureller Nutzung – und 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler – auf das Angebot von Arbeitsraum für Künstlerinnen und Künstler habe. Hier kämen insgesamt enorme Streichungen zusammen. Welche langfristigen Auswirkungen werde das für die Kulturszene Berlin insgesamt haben?

Helge Rehders (SenKultGZ) erläutert, die bisherige Kulturraum GmbH sei nur ein minimaler Posten, sie mache etwa 5 Prozent am Gesamttitel aus. Der Hauptansatz in diesem Titel seien Anmietkosten für öffentliche Liegenschaften – die klassischen SILB- und SODA-Mieten, die an die BIM zu entrichten seien – oder Anmietungen auf dem freien Markt. Infolge der möglichen Streichung müsse man eruieren, aus welchen Verträgen man herauskomme. Oberste Priorität sei natürlich, den Schaden für das Land Berlin gering zu halten.

Die Streichung weise einen Konnex zu Titel 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler – auf, da über diesen Titel Landesobjekte für das Arbeitsraumprogramm hergestellt und durch die Kulturraum GmbH angemietet würden. Werde weniger zur Verfügung gestellt, könne das Modell nicht im angestrebten Umfang realisiert werden.

Titel 68618 – Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH

Titel 68619 – Zuschüsse an sonstige Stiftungen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 68621 – Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten

Oda Hassepaß (GRÜNE) moniert, es sei unklar, wie die zu streichenden 680 000 Euro über den TA 12 finanziert werden sollten, der nur 180 000 Euro umfasse. Wie würden die restlichen 500 000 Euro gegenfinanziert? Oder sei hier schlicht ein technischer Fehler passiert?

Helge Rehders (SenKultGZ) erklärt, auch hier gehe es um ein technisches Problem, das es aufzulösen gelte.

Titel 68639 – Zuschuss an die Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wird die Kürzung bzw. Sperrung des Ansatzes um 3 Mio. € konkret umgesetzt? Welche der verschiedenen Arbeits- und Leistungsbereiche der SKWK sind in welchem finanziellen Umfang betroffen?

Frage der Fraktion Die Linke

Durch welche Verwaltungseinheit soll die Arbeit der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung zukünftig übernommen werden und müssen dafür neue Personalstellen eingerichtet werden? Außerdem erbitten wir auch hier einen Zeitplan für die Übertragung der Aufgaben. Wie wird mit den Mitarbeiter*innen der Stiftung umgegangen?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, wie viele Haushaltsmittel bei der Stiftung langfristig gebunden seien und welche Regressforderungen entstehen könnten, wenn es zu einer Abwicklung der Stiftung komme. Wie werde man mit dem Personal der Stiftung verfahren?

Helge Rehders (SenKultGZ) führt aus, die öffentlich-rechtliche Stiftung bezahle ihre Mitarbeiter nach TV-L. Die vertraglichen Bindungen seien hier ein erhebliches Thema.

Titel 68692 – Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)

Titel 68697 – Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)

Titel 81278 – Künstlerische Gestaltungen im Stadtraum

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 89121 – Zuschüsse an das SILB für den Neubau des Eingangsgebäudes des Technikmuseums

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Auswirkungen hat die Streichung auf den Neubau des Eingangsbereichs des Deutschen Technikmuseums?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89122 – Zuschüsse zur Modernisierung von Immobilien mit kultureller Nutzung

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) hält fest, auch diese Mittel würden fast gänzlich gestrichen. Können das über die noch ausstehende Investitionsplanung in Teilen aufgefangen werden?

Titel 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine komplette und detaillierte Übersicht über die Belegung der investiven Mittel, inklusive einer Darstellung, welche der Maßnahmen bereits begonnen wurden.

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89124 – Zuschuss an das SILB zur Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Auswirkungen hat die Streichung auf die Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89311 – Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen

Titel 89421 – Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin für Investitionen

Titel 89444 – Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum für Investitionen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0812 – Brücke-Museum

Anlage 9

diverse Titel

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0814 – Landesarchiv

Anlage 9

diverse Titel

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0820 – Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Anlage 9

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten
Titel 68444 – Zuschüsse für kulturelle Betreuung

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0850 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Engagement und Demokratieförderung –

Anlage 9

Titel 54612 – Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Siehe Wortprotokoll.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0899

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 08 ab.

Einzelplan 09

Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Keine Wortmeldung.

b) Anlage 9

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Skizzierung, welche Prozesse nicht digitalisiert würden.

Dr. Katrin Stoye (SenWGP) erläutert, dass bei allen TA nach Möglichkeit so gekürzt werde, dass keine vollständige Streichung notwendig sei. Das sei aber schwierig, sodass die Möglichkeit bestehe, dass der TA 2, Betrieb und Weiterentwicklung der Standardsoftware im Bereich der Beschaffungsplanung und -Controlling (Vertragsmanagementsystem), sowie der TA 5, Konzeption/Anpassung und Bereitstellung einer architekturkonformen Lösung für ein Datawarehouse inkl. Dashboard, eingespart würden.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Keine Wortmeldung.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob die Kürzung der 3 Mio. Euro den Bereich Wissenschaft oder Gesundheit betreffe.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, dass das gleich aufgeteilt werde.

Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Hochschulen –

Frage, Fraktion Die Linke

Welchen konkreten Betrag erhalten die Hochschulen und Charité laut aktuellen Kürzungsplanungen (z.B. Förderung der Berlin Quantum Alliance, Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen, Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen, Investive Zuschüsse an Universitäten, Investive Zuschüsse an Fachhochschulen, Investive Zuschüsse an Kunsthochschulen, Investitionspakt Hochschulbau,

Zuschuss am Charité-Hochschulmedizin Berlin zur Erneuerung der technischen Infrastruktur, Neuverhandlungen der Hochschulverträge einschließlich Charité usw.) in 2025 weniger. Mit der Bitte um Aufschlüsselung der nach Bundes-, Europa- und Landesmitteln sowie der Angabe des Gesamtbetrages.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

a) Zahlenteil

Titel 83131 – Kapitalzuführung an die Charité - Universitätsmedizin Berlin –

Keine Wortmeldung.

Titel 89476 – Charité, Neubau Universitäres Herzzentrum der Charité inkl. Zentraler Notaufnahme, CVK –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie sieht das alternative Finanzierungsmodell bei der Charité aus?
2. Zu wann kann die Charité Geld aus Krediten aufnehmen?
3. Kann die Charité beim Herzzentrum auch am 01.01.2025 weiterbauen, wenn das Geld komplett gestrichen ist?
4. Wann ist die Vorlage dazu im Hauptausschuss?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

b) Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Titel 68354 – Technologieförderung

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Welche Auswirkung haben die 7 Mio. Euro weniger auf die Arbeit des Studierendenwerks neben der Preissteigerung beim Essen?
2. Welche Einrichtungen werden geschlossen werden und zu wann?
3. Wieviel Mitarbeitende werden entlassen werden und zu wann?
4. Wird es Erhöhungen des Semesterbeitrags geben?
5. Wann wird der Rahmenvertrag für 2025 ff abgeschlossen sein?

6. Wie wirken sich die die Einsparungen auf die Planung und den Bau von Studierendenwohnheimen aus?

Frage, Fraktion Die Linke

Um wie viel müsste der Semesterbeitrag der Studierenden steigen, um die Kürzungen vollständig aufzufangen? In welchem Verhältnis stehen die Beiträge der Studierenden und der Zuschuss des Landes gemessen am Gesamthaushalt des Studierendenwerkes durch die geplanten Einsparungen?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 68510 – Zuschuss Projektförderung Einstein Stiftung Berlin –
Titel 68517 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen –
Titel 68521 – Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen - Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken –
Titel 68555 – Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik –

Keine Wortmeldungen.

Titel 68561 – Berlin School of Public Health –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob die Streichung den kompletten Rückzug aus der Ausbildung im Bereich Public Health bedeute.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist hin, dass die Berlin School of Public Health als Einrichtung der Charité und der TU Berlin durch diese weiter finanziert werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Wie verteilt sich die Kürzung beim Ansatz konkret auf die angegebenen Teilsätze?
2. Inwiefern ist die Anschubfinanzierung für das Climate Change Center Berlin-Brandenburg gefährdet? Welche Schritte wurden beim Aufbau des Climate Change Center Berlin-Brandenburg bisher vorgenommen? Besteht die Gefahr, dass bereits getätigte Mittel durch die Einsparungen sunk costs darstellen, wenn ja in welcher Höhe?
3. Wie wirken sich die Einsparungen auf die Umsetzung von Promotionen an Hochschulen sowie Planungen und Umsetzungen des sog. „Berlin-Modells“ einer hybriden Promotion aus? Welche Auswirkungen sind auf die Attraktivität von Hochschulen zu erwarten?
4. Was sind dir Gründe, dass das Modellprojekt 24-Stunden-Bibliothek nicht gestrichen wurde?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 89360 – Zuschuss an das Studierendenwerk für Investitionen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, welche Auswirkungen die Kürzungen auf das Studierendenwerk und die Studierenden hätten.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erläutert, dass Ersatzinvestitionen bei Mensen und Wohnheimen verschoben werden müssten. Das müsse genauer geklärt werden.

Titel 89401 – Investive Zuschüsse an Universitäten –

Titel 89402 – Investive Zuschüsse an Fachhochschulen –

Titel 89403 – Investive Zuschüsse an künstlerische Hochschulen –

Titel 89419 – Investitionspakt Hochschulbau –

Titel 89435 – Zuschuss an „Charité-Universitätsmedizin Berlin“ zur Erneuerung der technischen Infrastruktur –

Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten –

Titel 68534 – Zuschuss an „Charité- Universitätsmedizin Berlin“ –

Titel 68543 – Zuschüsse an Fachhochschulen –

Keine Wortmeldungen.

Titel 68562 – Zuschüsse an Kunsthochschulen –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wann sollen die Nachverhandlungen zu den aktuellen Hochschulverträge beginnen und wann sollen diese abgeschlossen sein?

2. Gab es bereits Gespräche mit den Hochschulen in welchen Bereichen der Senat möglichen Anpassungsbedarf zur Einsparung der 100 Mio. Euro sieht?

3. Wo sieht der Senat mögliche Einsparpotentiale bei den Hochschulverträgen?

4. Welche Auswirkungen können sich durch die Neuverhandlungen der Hochschulverträge für den Wissens- und Forschungsstandort Berlin ergeben? Welche Auswirkungen hat dies auf regionale, nationale und insb. Internationale Wissenschafts- und Forschungskooperationen der Berliner Hochschulen? Welche Auswirkungen ergeben sich für den Transferprozess von Innovationen zwischen Hochschulen und der Wirtschaft?

Frage, Fraktion Die Linke

Wann sollen die Verhandlungen mit den Hochschulen starten? Welches Ziel verfolgt der Senat in diesen Verhandlungen? Drohen durch die Neuverhandlungen Studienplätze und/oder Studiengänge wegzufallen? Inwiefern sind Mittel, die die Hochschulen im Rahmen der Hochschulverträge aktuell für die Lehrkräftebildung aufwenden bzw. 2025 geplant hatten, für die Lehrkräftebildung aufzuwenden von der Neuverhandlung der Hochschulverträge betroffen?

Frage, Fraktion Die Linke – Schriftlicher Bericht im ersten Quartal 2025

Über welche Rücklagen und Ausgabereste verfügen die Berliner Universitäten zum 31.12.2024? Bitte schlüsseln Sie die Antwort nach Universität auf und geben Sie eine Gesamtsumme an. Bitte trennen Sie Rücklagen und Ausgabereste in der Aufstellung, sofern möglich und sinnvoll.

Wofür sind die Rücklagen und Ausgabereste der Universitäten konkret verplant? Bitte schlüsseln Sie die Antwort je Hochschule nach Zweck und jeweiligem Betrag auf. Bitte trennen Sie Rücklagen und Ausgabereste in der Aufstellung, sofern möglich und sinnvoll.

Welche Mittel aus den Rücklagen und Ausgaberesten, sind am 31.12.2024 vertraglich oder gesetzliche gebunden, etwa weil sie bspw. aus Dritt-, Stiftungs-, Sondermitteln und Ähnlichem gebildet wurden und nur für den ausgewiesenen Zweck verwendet werden können? Bitte schlüsseln Sie die Antwort nach Universität, Zweck, konkretem Betrag und Gesamtsumme je Universität auf. Bitte trennen Sie Rücklagen und Ausgabereste in der Aufstellung, sofern möglich und sinnvoll

Wie hoch sind die Rücklagen und Ausgabereste der Universitäten, die zum 31.12.2024 nicht zweckgebunden sind? Bitte schlüsseln Sie die Antwort nach Hochschule und konkretem Betrag auf. Bitte trennen Sie Rücklagen und Ausgabereste in der Aufstellung, sofern möglich und sinnvoll.

Wer entscheidet, welche konkreten Rücklagen und Ausgabereste der Hochschulen zur Erbringung der zentralen Pauschalen Minderausgaben genutzt werden?

Welche konkreten Rücklagen und Ausgabereste planen Universitäten oder Senat für die Erbringung der zentralen Pauschalen Minderausgabe heranzuziehen? Bitte schlüsseln Sie die Antwort nach Universität, Zweck und konkretem Betrag auf.

Um wie viele Jahre verzögern sich die Maßnahmen und Projekte voraussichtlich, deren Mittel aus den Rücklagen entnommen werden, um die Kürzungen zu kompensieren.

Welche Rücklagen und Ausgabereste hatten die Universitäten zu Beginn des Jahres 2024 geplant, in 2024 und 2025 durch Maßnahmen umzusetzen?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Gesundheit -

Anlage 9

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Klarstellung, welche Projekte durch Einsparungen belastet seien.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt aus, es sei zu erwarten, dass hier nicht gekürzt werden müsse und keine Projekte gestrichen würden.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, wo die 2,5 Mio. Euro dann eingespart würden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist hin, dass das Parlament als Gesetzgeber das beschließen müsse.

Titel 68487 – Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob nicht verausgabte Mittel ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden könnten.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist hin, dass Berlin die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestpersonalschlüssel nicht erfülle. Die Koalition habe um 3 Mio. Euro aufgestockt, um das nun teilweise um 1 Mio. Euro zu kürzen. Würden die Mindestanforderung trotzdem erreicht?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) unterstreicht, dass die Anforderungen erfüllt werden sollten. Die zusätzlich notwendigen Stellen würden eingerichtet. 1 Mio. Euro würden gekürzt, weil diese aufgrund schwieriger Personalgewinnung nicht hätten verausgabt werden können.

Titel 89102 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet, dass ein Bericht die Planungen erläutern solle sowie was davon als Darlehen vorgesehen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt fragt nach, bis wann ein Bericht möglich sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist hin, dass SenFin zuständig sei.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterungen, wie das Kreditprogramm zur Finanzierung des Landesanteils der dualen Krankenhausfinanzierung funktionieren solle. Ein ähnliches Vorhaben sei schon einmal gescheitert. Es wirke wie eine getarnte Reduktion um 30 Mio. Euro, gleichzeitig fehle Geld für den Transformationsfonds

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) merkt an, dass das unterschiedliche Themen seien. Zum einen werde die Eigenkapitalzuführung an Vivantes nun über einen Kredit durchgeführt. Das andere sei der Titel der Krankenhausinvestitionen, dessen Absenkung durch Kreditaufnahme wieder aufgefüllt werden solle, an dem sich Krankenhäuser beteiligen könnten.

Staatssekretärin Tanja Mildenerger (SenFin) weist hin, dass bezüglich der Frage des Konsolidierungskonzepts von Vivantes bereits früher in der Sitzung ein Bericht angefordert worden sei. Das Konsolidierungskonzept sei der Weg, die Werthaltigkeit von Vivantes wieder zu erreichen und sei intensiv rechtlich geprüft worden.

Vorsitzender Stephan Schmidt bittet, dass ein Berichtsdatum genannt werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) verweist, dass entspreche der bereits ausgelösten Berichtsbitte.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt klar, dass bei der ersten Berichtsbitte darauf verwiesen worden sei, dass der übermittelt werde, wenn Vivantes im UABmc aufgerufen werde. Es sei noch kein Datum genannt worden, aber der Bericht sei früher notwendig.

Silke Gebel (GRÜNE) führt aus, dass es über den Verlustausgleich und diesen Titel, in dem Berlin Gelder für alle Krankenhäuser einstelle, zwei Wege der Zuführung von Mittel an Vivantes gebe. Nun würden in diesem Titel 10 Mio. Euro bei Vivantes und 20 Mio. Euro bei den anderen Krankenhäusern gekürzt. Wie könne es funktionieren, das über Kredit auszugleichen? Nähmen die Krankenhäuser Kredit auf, und Berlin zahle ihn zurück, oder nähmen die Krankenhäuser Kredite über das Land Berlin mit vergünstigten Konditionen auf, müssten es aber selbst zurückzahlen? Das sei für die Unternehmen, die selbst Kredite aufnehmen könnten, unsinnig und käme einer tatsächlichen Kürzung gleich. Gebe es ein Konzept, wo Berlin selbst zahle, was dann aber die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung bedinge? Es müsse klargestellt werden, welche Summe pro Jahr gezahlt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein Bericht werde bis zum 22.01.2025 erwartet.

Titel 89218 – Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger –

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Finanzierung der Investitionspauschalen soll über die Darlehensprogramme erfolgen. Wie sollen diese genau ausgestaltet werden? Ist die Finanzierung über Darlehensprogramme vor dem Hintergrund des neuen Krankenhausgesetzes weiterhin möglich bzw. welche Konsequenzen ergeben sich für die Darlehensprogramme?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Pflege -

Anlage 9

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Frage, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte sind von den Einsparungen genau betroffen? Was sind die Auswirkungen der Streichung für das Ehrenamt und die Selbsthilfe?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterungen, was der Inhalt des Titels sei und warum 3 Mio. Euro gekürzt würden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erläutert, dass das auf § 48 Berliner Pflegefachassistenzgesetz zurückgehe, laut dem die Schulkosten der Auszubildenden der Langzeitpflege aus Landesmitteln finanziert würden. Es sei nicht planbar, wie viele Ausbildungsverhältnisse pro Jahr finanziert werden müssten, daher gebe es eine große finanzielle Vorsorge. Die sei nicht ausgeschöpft worden, daher werde gekürzt.

Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Außer-universitäre Forschung und Charité -

Titel 68516 – Zuschuss zur gezielten Forschungsförderung –

Keine Wortmeldung.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage, Fraktion Die Linke

Können mit den nicht gesperrten Mitteln überhaupt bereits 2024 und früher begonnene Projekte und Maßnahmen, deren bereits bewilligte Laufzeit sich auch auf das Jahr 2025 erstreckt, durchgeführt werden? Welches Gesamtvolumen haben die in 2025 bereits bewilligten Projekte und Maßnahmen des IFAF?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 68647 – Einwerbung von Forschungsvorhaben und -verbänden (Kofinanzierung, Vorbereitungsmittel) –

Titel 89464 – Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie für Investitionen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0999

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Keine Wortmeldung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 09 abgeschlossen sei.

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll die UN-Behindertenrechtskonvention eingehalten werden, wenn bei verschiedenen Titeln zur Inklusion gekürzt wird?

Welche Maßnahmen zur Qualifizierung des Quereinstiegs werden gestrichen und welche Maßnahmen gibt es noch weiterhin? Wie viele Quereinsteiger*innen werden pro Jahr qualifiziert im Land Berlin? (Titel 1010/68569, 1010/42701 et al.).

Welche Maßnahmen zur Integration Geflüchteter werden gekürzt und welche Maßnahmen gibt es überhaupt noch im Einzelplan? Wie unterstützt die Senatsverwaltung für Bildung die Integration Geflüchteter, wenn es keine Bildungsbegleitung gibt?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass die schriftlich adressierten Fragen auch schriftlich beantwortet würden.

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Keine Wortmeldungen.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

Keine Wortmeldungen.

Titel 51920 – Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT

Keine Wortmeldungen.

Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Keine Wortmeldungen.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Keine Wortmeldungen.

Titel 81231 – Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens FAMOS

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll ohne die Anschaffung einer neuen Software weitergearbeitet werden, wenn die aktuelle Softwareversion bereits jetzt den "End-of Life"-Status erreicht hat?

Frage Fraktion Die Linke

Welche geplanten Sanierungsprojekte entfallen nun durch die geplanten Einsparungen?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 81232 – Entwicklung eines Bildungsportals für die Erwachsenenbildung

Keine Wortmeldungen.

Titel 81235 – Einführung Basisdienst Digitaler Antrag für die ministeriellen Fachverfahren der SenBJF

Keine Wortmeldungen.

Titel 81236 – Erneuerung des Fachverfahrens Schulverzeichnis

Keine Wortmeldungen.

Titel 81251 – Einführung eines Fachkräfteportals für die Ganztags-Schule (Ganztage)

Keine Wortmeldungen.

Titel 81254 – Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens BeoV

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was sind die Auswirkungen des Beendens des BeoV-Fachverfahrens?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 81255 – Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens LiV

Keine Wortmeldungen.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Jugendfreizeiteinrichtungen sind betroffen?

Wie steht es um die Zukunft der neu geplanten Jugendfreizeiteinrichtungen, deren Bau durch diesen Titel finanziert werden sollte?

Gibt es Kapazitäten für Umplanungen?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG

Silke Gebel (GRÜNE) interessiert, ob über alle Teilansätze gekürzt werde. Werde die Schulreinigung gestrichen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, zur Zielvereinbarung Schulreinigung gebe es die unterschriebene Zielvereinbarung mit den Bezirken. An dem Teilansatz solle nicht gekürzt werden.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) ergänzt, im Rahmen des Jugendgewaltgipfels seien ursprünglich 36 Beschäftigungspositionen für die Bezirke vorgesehen gewesen. Von diesen seien zwölf umgesetzt worden. Die anderen 24 würden nicht zur Verfügung gestellt. Sie hätten ursprünglich für Architektenstellen in den Jugendämtern eingesetzt werden sollen, um die Planungsprozesse beispielsweise bei Jugendfreizeiteinrichtungen fachlich zu unterstützen und zu begleiten. Dies sei in der Bezirksstadträtesitzung entsprechend mit den Kolleginnen und Kollegen besprochen worden.

Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Frage Fraktion Die Linke

Sieht der Senat die Gewinnung und Eingliederung von Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen trotz der geplanten Einsparungen als gesichert, sodass diese hier ohne Konsequenzen für die Lehrer- und Lehrerinnengewinnung in Berlin bleiben?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 52519 – Maßnahmen zur Sprachbildung und -förderung sowie interkulturellen Öffnung

Keine Wortmeldungen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Keine Wortmeldungen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Über welche Mittel verfügt die Antidiskriminierungsbeauftragte nach Wegfall dieses Teilansatzes noch? Wie wird sichergestellt, dass sie weiterhin all ihre Aufgaben erfüllen kann?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT

Keine Wortmeldungen.

Titel 52518 – Qualifizierungsmaßnahmen und Projektmittel (Inklusive Schulen)

Keine Wortmeldungen.

Titel 52520 – Maßnahmen für die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie sollen die Projekte weiter durchgeführt werden, wenn sie bis zu 70 % gekürzt werden sollen?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 54122 – Besondere Unterstützungsmaßnahmen an Schulen

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wird die psychosoziale Betreuung, die hier mit 2,5 Mio. Euro gekürzt wird an anderer Stelle ermöglicht?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach den Auswirkungen. Es gehe hier um multiprofessionelle Teams an Schulen, die auch sozialpädagogisch unterstützt werden. In diesem Zusammenhang interessiere Titel 68427 – Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen – in Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familienpolitik und Familienförderung –. Diese Maßnahmen seien gezielt auf den Weg gebracht worden, um Familien und Schüler zu unterstützen und zu begleiten, um die schulischen Erfolge zu organisieren. Wie stelle sich in der Prognose die HzE-Entwicklung dar? Sei es vor diesem Hintergrund angebracht, an der Stelle Mittel einzusparen?

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erklärt, die Entwicklung der Ausgaben der Hilfen zur Erziehung in diesem Jahr liege bei etwa 870 Mio. Euro, habe aber nicht ausschließlich nur mit den Bedarfslagen auch der Familien zu tun, sondern sei Tarifierungen und Entwicklungen der Kostensätze bei den Trägern geschuldet, die in diesem Kontext nicht unerheblich seien. Durch den enormen Platzbedarf auch in der Trägerschaft gebe es eine Kostensatzanpassung. Es gebe unterschiedliche Systematiken mit Rahmenleistungsvereinbarungen, die nicht überall, beispielsweise außerhalb Berlins, steuerbar seien. Bei Unterbringung außerhalb Berlins gälten diese Sätze nicht. Die Fallzahl bei der stationären Unterbringung sei in den letzten Jahren sei nahezu gleich geblieben. Die Kosten stiegen aber dennoch. Hinzu kämen die entsprechenden Ausgaben für die unbegleiteten Minderjährigen, die sich aber nicht in den HzE abbilden, die dort aber eigentlich aufgeführt sein müssten. Hier handle es sich eigentlich um HzE vermeidende Maßnahmen im Vergleich zu dem, was in den Projekten und Unterstützungsleistungen, für Familien, die im Rahmen von HzE finanziert würden, angelegt worden sei. Es gebe Ausgaben in Höhe von 870 Mio. Euro für HzE im Vergleich zu 1,5 Mio. Euro für psychosoziale Unterstützung. Zu beachten sei der Effekt im Rahmen des Flexibudgets; dort sei es ganz gezielt so gehandhabt worden. Das Thema Flexibudget sei nach wie vor ein wichtiges Projekt, das fortgeführt werden solle.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) ergänzt, der Titel sei es in diesem Doppelhaushalt neu eingeführt worden. Im jetzigen Haushaltsjahr 2024 sei eine Konzeption erarbeitet worden. Auf diese habe jetzt die Ausschreibung erfolgen sollen, die aber aufgrund der bekannten Lage nicht erfolgt sei. Insofern falle nichts weg, was es bisher nicht gegeben habe. Wie bisher gebe es die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält nach Aussprache für den Ausschuss die schriftliche Beantwortung der schriftlich eingereichten Frage der Grünen fest.

Titel 68450 – Förderung der Berufsausbildung

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Müssen Schüler und Schülerinnen durch die Kürzungen Schulgeld zahlen? Wie viele Schüler und Schülerinnen würde dies betreffen?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 68537 – Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin

Keine Wortmeldungen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Projekte?

In wie viele Schulen wird das Projekt Schülerhaushalt beendet?

Wie verhält sich das zur Finanzierung, die in den Bezirken für das Projekt bereitgestellt wurde?

Wird das Projekt SuRe abgewickelt oder gibt es Ersatz?

Wie wird eine Kürzung um 200.000€ bei „Gesicht zeigen“ (Antisemitismus-Prävention) verantwortet?

Was ist der Plan des Senats für die Urania, die ja gerade ohnehin in einem Prozess der Neuaufstellung steht?

Silke Gebel (GRÜNE) verweist auf die schriftlich eingereichten Fragen. In dem Titel werde das Projekt SuRe gestrichen, eine kollegiale Fallberatung, die insbesondere Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen unterstützen solle. Warum werde dieses Projekt gestrichen? Ihr sei aufgefallen, dass fast alle Maßnahmen, die den Quereinstieg erleichtern sollten, gestrichen worden seien. Aus Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – seien auch die Maßnahmen herausgenommen worden. Dies verwundere, da die Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen benötigt würden; sie müssten weiterbegleitet werden.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bemerkt, Berlin sei nach wie vor auf die Quereinsteiger und eine gute Vorbereitung, Begleitung und Qualifizierung angewiesen. Es müsse geschaut werden, wie mit den Kürzungen trotzdem ein gutes Qualifizierungsangebot würde vorgehalten werden können. Dies bedeute, dass es nicht das Ziel gebe, Programmteile zu streichen, sondern das Angebot beispielsweise durch Erhöhung von Gruppengrößen aufrechtzuerhalten. Die Zahlen zeigten, dass es nicht mehr diesen rasanten Anstieg von Querein-

steigern wie vor einigen Jahren gebe. Auch dort gebe es eine gewisse Konsolidierungsphase, sodass eine Erhöhung der Gruppengröße möglich sei. Für den anderen genannten Titel werde die Verteilung der Konsolidierungsmittel aktuellen beraten.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob es Überlegungen gebe, das Projekt SuRe zu retten.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) antwortet, sie wolle kein Projekt benennen, das gerettet werden solle. Momentan gebe es Beratungen, wie der Konsolidierungsbetrag so verteilt werden könne, dass Projekte erhalten oder Projekte so gekürzt werden könnten, dass sie weiterhin würden arbeiten können, beispielsweise durch Erhöhung von Gruppengrößen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält nach Aussprache für den Ausschuss die schriftliche Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen fest.

Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich

Silke Gebel (GRÜNE) äußert, es würde bei Flying Steps gestrichen. Diese hätten eine neue Dependance eröffnen wollen. Was sei das Ziel für Flying Steps?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) verweist auf den Mittelabruf. Bei Flying Steps würden auch Räumlichkeiten benötigt, um das Angebot in den Bezirken aufrechterhalten zu können. In der geplanten Quantität gehe es aufgrund mangelnder Räumlichkeiten nicht so schnell voran. Trotzdem werde das Angebot ausgebaut werden können. Es müsse geschaut werden, was zukünftig noch möglich sei.

Titel 89367 – Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin für Investitionen

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was bedeuten die Kürzungen bei Ferienschule und Willkommensklasse für die jeweiligen Programme?

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, querschnittsorientiert seien alle Maßnahmen gestrichen worden, die das Ankommen von Geflüchteten erleichterten. Sie bitte um eine Auflistung über alle Titel, wo bei den Geflüchteten gestrichen worden sei. Welches Bild gebe es, wie ansons-

ten Geflüchteten, die auch in der Schule landeten, beim Ankommen geholfen werden könne? Ohne Projekte werde dies nicht funktionieren.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) äußert, einen Bericht bis zur dritten oder vierten Januarwoche zusagen zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält nach Aussprache für den Ausschuss die schriftliche Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen fest. SenBJF wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 22.01.2025 alle Streichungen im Rahmen der Leistungen für Geflüchtete im Bereich Schule aufzulisten und zu erläutern, wie zukünftig das Ankommen für die Geflüchtete erleichtert werden soll.

**Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -
Titel 51101 – Geschäftsbedarf**

Keine Wortmeldungen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte werden mit den Einsparungen von 1,4 Mio. Euro gekürzt, welche werden beendet?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

Keine Wortmeldungen.

Titel 68477 – Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbänden

Keine Wortmeldungen.

Titel 68554 – Schulbezogene Jugendsozialarbeit

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Schulen müssen ihre schulbezogene Jugendsozialarbeit entlassen? Mit der Bitte um standortgenaue Auflistung, sowie der ggf. verbleibenden Stunden für die Jugendsozialarbeit.

Ist es das Ziel, dass die bisherigen Mitarbeitenden weiter für das Land Berlin arbeiten, wenn ja, in welchem Bereich?

Frage Fraktion Die Linke

Zu 1012/68554 - 1012/MG 02 und 1015/42201

Wird durch die geplanten Kürzungen das System der finanziellen Besserstellung von Brennpunktschulen und den dort Beschäftigten beendet? Wir bitten um eine Einschätzung des Senates, wie sich die Personalsituation an den Brennpunktschulen seit Einführung der Brennpunktzulage entwickelt hat? Besteht in Zukunft die Gefahr einer personellen Unterversorgung an diesen Schulen?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Keine Wortmeldungen.

MG 02 – Bonus-Programm

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll die Deckungsfähigkeit zwischen den Programmen ausgestaltet werden?
Wie schlüsseln sich die Kürzungen auf die betreffenden Schulen aus?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

MG 03 – Verfügungsfonds für Schulen

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll die Deckungsfähigkeit zwischen den Programmen ausgestaltet werden?
Wie schlüsseln sich die Kürzungen auf die betreffenden Schulen aus?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

MG 06 – Berlin-Challenge

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll die Deckungsfähigkeit zwischen den Programmen ausgestaltet werden?
Wie schlüsseln sich die Kürzungen auf die betreffenden Schulen aus?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, es hätten zum Teil die Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung mindestens zur Hälfte gestrichen werden sollen. Nach Medienberichten treffe dies doch nicht zu. Welches Zielbild gebe es zur Landeszentrale für politische Bildung? Wie würden die Projekte aufrechterhalten?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) antwortet, der Presse sei zu entnehmen, dass es sowohl im parlamentarischen Raum als auch aus der Bildungsverwaltung heraus Bedenken hinsichtlich der Streichungen und Kürzungen gebe. Es bestehe Einigkeit, dass das Thema Demokratiebildung aktueller denn je sei. Sie könne zusichern, dass dieses einen hohen Stellenwert gerade in den aktuellen Debatten einnehme. Es müsse abgewartet werden, wie in der parlamentarischen Debatte gemeinsam ein gutes Ergebnis würde erzielt werden können.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen - Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Silke Gebel (GRÜNE) interessiert, warum die Zulage für Brennpunktschulen abgesenkt werden solle. Gebe es weniger Brennpunkte?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) legt dar, die Brennpunktzulage sei seinerzeit ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, eine sicherere und qualifiziertere Personalsituation an Schulen in herausfordernder Lage zu bekommen. Zum jetzigen Stand gebe es keine Erkenntnisse darüber, dass die Brennpunktzulage als Personalsteuerungselement diene. Es gebe keinen direkten Zusammenhang zwischen der personellen Unterrichtsversorgung und der finanziellen Zulage. Gleichzeitig hätte bereits im Jahr 2024 die Brennpunktzulage für die Erzieher und Erzieherinnen abgeschafft werden müssen, weil es rechtlich nicht haltbar gewesen sei. Mit dem Abschaffen der Brennpunktzulage für die Pädagogen und Pädagoginnen werde insofern stringent verfahren. Unbenommen davon müsse das Thema Belastung und Entlastung nach wie vor an den Schulen in herausfordernder Lage weiterhin besprochen werden. Der monetäre Anreiz habe nicht dazu geführt, die Unterrichtsversorgung und die Personalsituation zu verbessern.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt nach, ob die Brennpunktzulage evaluiert worden sei. Seien es Einschätzungen oder Erfahrungswerte, die gesammelt worden seien? Woran werde festgestellt, dass die Brennpunktzulage tatsächlich nicht die ursprüngliche Intention bewirkt habe?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte wissen, welche qualitativen oder quantitativen Erkenntnismethoden über welchen Zeitraum verwendet worden seien.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) antwortet, es sei keine wissenschaftliche Studie weder qualitativer noch quantitativer Art durchgeführt worden. Sie könne darlegen, dass es an den sogenannten „Brennpunktschulen“ – sie halte den Begriff für sehr ungeeignet – keinen Zusammenhang zwischen der Personalsituation und der Zahlung der Brennpunktzula-

ge gebe. Es sei keine Verbesserung der Personalsituation feststellbar; es gebe keinen geringeren Krankenstand und keine höhere Bewerberlage im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Brennpunktzulage oder zu Schulen mit nahezu adäquaten Schülerdaten ohne Brennpunktzulage. Diese Daten würden in der Schulstatistik in ihrer Verwaltung geführt.

Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Frage Fraktion Die Linke

Wir bitten um eine Darstellung, wie viele Lehrkräfte den Nachteilsausgleich erhalten: Insgesamt, aufgrund ihres Alters, aufgrund gesundheitlicher Gründe und aufgrund einer freiwillig abgelehnten Verbeamtung. Erhalten diejenigen, die bereits einen Nachteilsausgleich aufgrund einer freiwillig abgelehnten Verbeamtung erhalten haben, diesen weiterhin oder wird er für alle Personen aus dieser Gruppe gestrichen? Detaillierter Bericht zu Gründen und Auswirkungen. Wurde sich hierzu bereits mit dem GPR und den Gewerkschaften ausgetauscht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1016 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gemeinschaftsschulen -

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1019 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Integrierte Sekundarschulen -

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berufsbildende Schulen -

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Keine Wortmeldungen.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 81209 – Investive IKT-Lehrmittel und -Unterrichtsmaterialien in Schulen

Keine Wortmeldungen.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Zentral
verwaltete Schulen -
Titel 51420 – Beköstigung**

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und
frühkindliche Bildung –
Titel 52514 – Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung nach PISA**

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68436 – Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten

Keine Wortmeldungen.

**Titel 68635 – Zuschüsse nach dem Qualitätsentwicklungsgesetz
Kindertagesbetreuung**

Silke Gebel (GRÜNE) interessiert, ob durch die Absenkung in Höhe von 4,8 Mio. Euro Bundesgelder wegfielen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) antwortet, dass dieser Punkt auf der technischen und rechtlichen Liste stehe, weil keine Bundesmittel in die PMA gegeben würden.

**Titel 89370 – Zuschüsse für Investitionen an Träger im Rahmen des Kita-
Ausbauprogramms**

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familienpolitik
und Familienförderung -
Titel 54010 – Dienstleistungen**

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, es werde offensichtlich die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut gestrichen. Werde sie doch noch weitergeführt?

[Zuruf von Dr. Manuela Schmidt (LINKE)]

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie soll die Arbeit der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut weitergehen, wenn ihr gesamtes Budget gekürzt wird?

Frage Fraktion Die Linke

Was bedeuten die geplanten Einsparungen für die Arbeit der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und die hierdurch finanzierten Projekte? Plant der Senat eine bessere Ausstattung der Bezirke für die Prävention von Kinder- und Familienarmut?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68427 – Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen

Frage Fraktion Die Linke

Welche Projekte sind durch die Kürzungen betroffen und wie werden vor dem Hintergrund dieser geplanten Einsparungen die Konsistenz und die Wirkkraft des Maßnahmenpaketes zur Prävention von Kinder- und Jugendgewalt bewertet?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie schlüsseln sich die Kürzungen über die Projekte in dem Titel auf?

Welche Einrichtungen sind betroffen? Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Einrichtungen

Frage Fraktion Die Linke

Welche Projekte sind durch die Kürzungen betroffen und wie werden vor dem Hintergrund dieser geplanten Einsparungen die Konsistenz und die Wirkkraft des Maßnahmenpaketes zur Prävention von Kinder- und Jugendgewalt bewertet?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Frage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie schlüsseln sich die Kürzungen über die Projekte in dem Titel auf?

Frage Fraktion Die Linke

TA 6: Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, wie ist die geplante Einsparung bei der aufsuchenden Berufsberatung zu erklären und welche Konsequenzen erwachsen daraus?

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, es handle sich um die Jugendberufsagentur bei der aufsuchenden Berufsberatung. Welche Gruppe falle hinten herunter?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, die aufsuchende Berufsberatung sei ein Instrument, das in diesem Doppelhaushalt neu etabliert worden sei. Es handle sich um schuldistanzierte junge Menschen, um Jugendliche ohne Abschlüsse, aber auch um zugezogene junge Menschen, mit fehlender Orientierung, die nicht regelmäßig und zuverlässig in der Institution Schule oder an anderen Bildungseinrichtungen ankämen. Mit der Jugendberufsagentur gebe es das Konzept, eine aufsuchende Berufsberatung vorzunehmen. Das Angebot müsse so konzipiert werden, dass die Gruppe noch erreicht werde, auch im Hinblick darauf,

dass dies die potentiellen Teilnehmer für das elfte Pflichtschuljahr seien, welches im Sommer 2025 starten solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält darüber hinaus für den Ausschuss die schriftliche Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen fest.

Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -
Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe**

Frage Fraktion Die Linke

Welche Projekte sind in welchem Umfang von den geplanten Einsparungen betroffen und welche Konsequenzen erwachsen ihnen daraus? Wie werden vor diesem Hintergrund die psychosozialen Problemlagen von Kindern und Jugendlichen infolge von Corona und Flucht bewertet?

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss schriftliche Beantwortung fest.

**Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1061 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -
Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1080 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schule in der digitalen Welt -
Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**

Keine Wortmeldungen.

Titel 54062 – Maßnahmen im Rahmen des eEducation Masterplans

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1099

**HGr. 4 – Leistungsprämien/-zulagen - hier: Dienstkräfte der SenBJF (Verwaltungs-
/Ministerialbereich inkl. SFBB und LZ**

Keine Wortmeldungen.

HGr. 4 – Leistungsprämien/-zulagen im Schulbereich der SenBJF

Keine Wortmeldungen.

**Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte –
Kapitel 1015, 1016, 1018, 1019, 1020, 1021, 1022, 1023, 1024**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte –
Kapitel 1015 – 1024**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten
Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte
Lehrkräfteausstattung in den Schulen besonderer Prägung**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten
Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte
Lehrkräfteausstattung in den Europaschulen**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten
Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte
Bereich der A/E-Stunden und Dienst am anderen Ort von Lehrkräfte
(Maßnahmenr. 8146)**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten
Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte
Bereich der A/E-Stunden und Leiter der bezirklichen Schularbeitsgärten (LK)**

Frage Fraktion Die Linke

Alle 4er Titel: Folgen aus den Einsparungen im Personaletat dauerhafte Streichungen im Personalkörper der SenBJF? In welchen Organisationseinheiten sollen konkret welche Stellen welcher Wertigkeit auf Basis des 12-Monate-Kriteriums gestrichen werden?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) spricht an, es gebe zwei große Beträge, zum einen 73 Mio. Euro, zum anderen die 48 Mio. Euro bei der Veränderung der personellen Ausstattung. Was verberge sich dahinter?

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, ob die Kürzungen auch die bezirklichen Schularbeitsgärten betreffen. Es drohe, dass diese nicht mehr in bestehender Form weiter arbeiten könnten.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, dahinter verbürgen sich auch die pädagogischen Leitungen der Schularbeitsgarten. Es gebe mit den Bezirken sowie mit den bezirklichen Schulaufsichten Gespräche, die Gartenarbeitsschulen und das Angebot aufrecht erhalten zu können. Sie seien für viele Schulen als außerschulischer Lernort sehr wertvoll. Zur Frage von Frau Abg. Dr. Schmidt sei es einerseits die Umwandlung von Lehrerstellen in andere Professionen. Seit dem letzten Schuljahr gebe es 13 unterschiedliche Professionen, die in unbesetzte Lehrerstellen umgewandelt würden. Davon sei nur eine Profession entgeltgleich, die Schulpsychologen die auch in 13, Stufe 5 umgewandelt würden. Alle anderen Professionen seien mit einer geringen Entgeltgruppe versehen. Da es mit der neuen VV Zumesung eine verpflichtende Umwandlung von unbesetzte Lehrerstellen in Höhe von ungefähr drei Prozent aufwachsend vorgesehen sei, werde dies für leistbar gehalten. Dies sei mit den Schulaufsichten und den Schulleitungen gemeinsam besprochen worden. Zu dem anderen Personaltitel sei sie dankbar, dass es in den Verhandlungen Konsolidierungsgesprächen gelungen sei, die für die SenBJF notwendige Flexibilität zu erhalten. Es gebe unbesetzte Lehrerstellen, die für Quereinsteiger und sonstiges pädagogisches Personal genutzt würden. Für das Haushaltsjahr 2025 müsse abgewartet werden, welche Mittel übrig blieben; bislang seien im Personalbereich immer Mittel übrig geblieben.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt die Frage, wie hoch die Summe der nicht abgerufenen Mittel im vergangenen Jahr gewesen sei. Sei diese identisch mit derjenigen, die für 2025 qualifiziert gesperrt würde?

Silke Gebel (GRÜNE) möchte wissen, wie die technische Lösung bezüglich der Schularbeitsgärten aussehen solle. Es handle sich in den meisten Fällen um freigestellte Lehrer; die Bezirke könnten diese nicht so ohne weiteres übernehmen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, im Jahr 2023 seien 90 Mio. Euro Personalmittel nicht abgerufen worden. Die Zahlen für 2024 lägen noch nicht vor. Bei den pädagogischen Leitungen für die Gartenarbeitsschulen gehe es um 280 abgeordnete Stunden. Dies entspreche zehn Vollzeitäquivalenten. In Gesprächen mit den bezirklichen Schulaufsichten würden Möglichkeiten überlegt, über die bezirklichen Stundendeputate dieses eventuell

leisten zu können. Ziel sei, die Gartenarbeitsschulen im Betrieb zu halten und insbesondere die pädagogische Leitung weiterhin zu ermöglichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält darüber hinaus für den Ausschuss die schriftliche Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen fest.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Veränderung der personellen Ausstattung von Schulen (Einsatz anderer Professionen)

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss den Abschluss der Beratung für den Einzelplan 10 fest.

Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Einzelplanübergreifende Fragen

Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Bitte um Darstellung welche gleichstellungspolitischen Vorhaben von Kürzungen betroffen sind und im Jahr 2025 voraussichtlich nicht umgesetzt werden. (Bitte titelscharf und nach Vorhaben auflösen)
2. Bitte um Darstellung welche Zuwendungsempfänger*innen im Gleichstellungsbe-
reich für 2025 beantragte Mittel voraussichtlich nicht bewilligt bekommen werden? (Bitte
titelscharf auflösen/ Bitte die Projekte und Verbände einzeln auflisten)

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration –

Anlage 9

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Frage der Fraktion Die Linke:

Warum findet der Senat an dieser Stelle eine gleichmäßige Absenkung über alle Teilan-
sätze sinnvoll? Geht der Senat von sinkenden Folgekosten aus Fluchtbewegungen im
kommenden Jahr und den Jahren danach aus?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Anlage 9

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt, wie die Einsparungen in den Teilansätzen 1 bis 3 erbracht werden sollten.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) erläutert, SenASGIVA gehe davon aus, dass das durch nicht verplante Mittel geschehen werde können; Einsparungen bei Projekten würden also nicht notwendig werden.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet bis 22. Januar 2025 um Bericht, inwiefern diese Prognose eingetroffen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein entsprechender Bericht werde erwartet.

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung –

Anlage 9

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68453 – Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bitte um Begründung für die Absenkung und eine Plausibilisierung angesichts der vertraglich gebundenen Mittel für 2025.

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Kein Wortmeldungen.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales –

Anlage 9

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Digitalisierungsvorhaben plant der Senat im Bereich Soziales im Jahr 2025 umzusetzen, angesichts der drohenden Streichung der Mittel für das Sozialhilfeportal (digitales Sozialamt)?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Titel 54010 – Dienstleistungen

Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR

Titel 63621 – Beiträge an die Unfallkasse

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter

Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Wie viele Personen nehmen aktuell das Sozialticket S in Anspruch?
2. Wie hoch sind die Zuschusskosten des Landes Berlin für diese Anzahl Personen beim aktuellen Preis von 9€?
3. Wie hoch sind die Zuschusskosten des Landes Berlin für diese Anzahl Personen beim vom Senat geplanten Preis von 19€?
4. Wie hoch wären die Zuschusskosten des Landes Berlins für diese Anzahl Personen, würde der Geltungsbereich des Sozialticket S für den vom Senat geplanten Preis von 19€ auf den Geltungsbereich des Deutschlandtickets ausgeweitet werden?

Frage der Fraktion Die Linke:

Wie hoch war der Zuschussbedarf für die insgesamt im Jahr 2023 und 2024 verkauften Berlin-Ticket-S und wie viele Tickets waren in diesen beiden Jahren jeweils im Umlauf? Von wie vielen Tickets geht der Senat in seiner Kalkulation für 2025 aus?

Frage der Fraktion Die Linke:

Bitte um detaillierte Aufschlüsselung der Kostenberechnung des 9-Euro-Sozialtickets und des 19-Euro-Sozialtickets sowie um Darstellung der Kostendifferenz (sowie Berech-

nungsgrundlagen) zu der Einführung eines Sozialtarifs für das Deutschlandticket für 19 und 29 Euro bzw. des jeweiligen Zuschussbedarfs je verkauftem Ticket.

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) weist darauf hin, das Berlin-Ticket S werde voraussichtlich einen der Schwerpunkte eines möglichen Änderungsantrags seiner Fraktion bilden; sie werde in diesem Zuge auch eine Gegenfinanzierungsmöglichkeit anbieten. – Er erkenne aber an, dass der haushaltspolitische Sprecher der SPD in diesem Etat insgesamt gute Arbeit bei dessen Abschirmung geleistet habe.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung –

Anlage 9

Titel 68133 – Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle

a) Zahlenteil

Titel 28101 – Ersatz von Ausgaben

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bitte um Erläuterung der Änderungen der Ansätze des Einnahmetitels? Welche Auswirkungen sind zu erwarten? Welche Auswirkungen sind konkret für die Haushalte Bezirke zu erwarten.

Frage der Fraktion Die Linke:

Auf welcher Grundlage geht der Senat hier von einer Erhöhung der Erstattungen von ungefähr 50 % im kommenden Jahr aus?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 89121 – Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bitte Planungen für 2025 aufschlüsseln. Welche Änderungen dieser Planungen ergeben sich durch die Kürzungen?

Frage der Fraktion Die Linke:

Es wird eine Übersicht erbeten, in welchen Landeseinrichtungen und Unterkünften aktuell wie viele Menschen untergebracht sind und wie viele Menschen laut Planungsunterlagen dort maximal untergebracht werden sollen. Wie wahrscheinlich ist es laut Senat, dass die hier geplanten Einsparungen in naher Zukunft zu Mehrausgaben führen (z.B. durch die nötige Anmietung von Hotelgebäuden o.ä.)?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung –

Anlage 9

Titel 54010 – Dienstleistungen

Titel 54053 – Veranstaltungen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 68447 – Weiterförderung besonderer sozialer Projekte

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bitte um Darstellung der Zusagen für 2024 und der konkreten aktualisierten Planungen für 2025?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68459 – Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bitte um Darstellung der Zusagen für 2024 und der konkreten aktualisierten Planungen für 2025?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)

Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Bitte die Planungen des Titels für 2025 darstellen.
2. Wird durch Kürzungen Kofinanzierung durch EU-Mittel wegfallen?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68500 – Förderung der Frauen in Forschung und Lehre

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Mittel des Titels sind bereits vertraglich gebunden und Verpflichtungsermächtigungen angebracht. Wie soll mit den bestehenden Verträgen umgegangen werden? Auf welche Rechtsgrundlage beruft sich der Senat zur Auflösung dieser vertraglichen Bindungen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1199

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 11 ab.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 81240 – Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Stadtplanung –

Anlage 9

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen Titel 53107 – Druck der Landeskartenwerke

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Städtebau und Projekte –

Anlage 9

Titel 54005 – Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 82164 – Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen

Frage der Fraktion Die Linke:

Welche Folgen haben die geplanten Absenkungen dieser beiden Titel bei der Entwicklung der beiden Stadtquartiere? Ist mit Verzögerungen zu rechnen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89384 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das neue Stadtquartier „Blankenburger Süden“

Keine Wortmeldungen.

Titel 89385 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick

Frage der Fraktion Die Linke:

Welche Folgen haben die geplanten Absenkungen dieser beiden Titel bei der Entwicklung der beiden Stadtquartiere? Ist mit Verzögerungen zu rechnen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich.

André Schulze (GRÜNE) erkundigt sich, welche Auswirkungen es auf den Fortschritt des Projekts haben werde, dass annähernd der halbe Ansatz gekürzt werde. Oder werde im Zusammenhang mit ohnehin bestehenden Verzögerungen mit einem niedrigeren Ist gerechnet?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) bestätigt, aufgrund einiger Abstimmungsbedarfe u. a. mit dem Eisenbahnbundesamt bestehe ein gewisser Verzug. Daher würden keine Auswirkungen durch die Reduzierung erwartet. Wenn die Klärungen erfolgt seien, werde man zusehen müssen, dass das notwendige Geld zur Verfügung stehe.

Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung –

Anlage 9

Titel 68240 – Zuschuss an die Wohnraumversorgung Berlin

Titel 89367 – Städtebauförderung „Sozialer Zusammenhalt“

Titel 89369 – Soziale Infrastrukturmaßnahmen in Quartieren auch außerhalb von Städtebaufördergebieten

Titel 89373 – Städtebauförderung Nachhaltige Erneuerung

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 89375 – Europa im Quartier

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Im HHP 2024/25 heißt es: „Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen (*) aus den Programmjahren bis 2023 sind 2024 Gesamtausgaben von 18.562.000 € und 2025 von 18.563.000 € erforderlich. 2025 sind weitere 10.125.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Gesamtverpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich 2025 ein tatsächlicher Ansatz aus Verpflichtungen aus Vorjahren von insgesamt 28.688.000 €.“ Somit wären hier rechnerisch eigentlich keine Einsparungen möglich. Konkrete Auswirkungen nicht absehbar. Wie möchte der Senat hier das Einsparungsziel von 5 Mio. Euro umsetzen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89379 – Städtebauliche Einzelmaßnahmen

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1240/89379: Sind von den Streichungen die Mittel für die Abfederung von Kostensteigerungen beim Haus der Statistik betroffen? Wenn ja, in welcher Höhe und welche Auswirkungen hat dies auf das Bauvorhaben?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89380 – Zuschüsse zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1240/89380 Im HHP 2024/25 heißt es: „Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus früheren Programmen sind Ausgaben in 2024 in Höhe von 6.800.000 € und in 2025 von 2.550.000 € veranschlagt.“ Somit wären hier rechnerisch eigentlich keine Einsparungen möglich. Wie möchte der Senat die beabsichtigten Einsparungen von 255.000 Euro umsetzen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 89383 – Zuschüsse für den Investitionspakt

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1240/89383 Im HHP 2024/25 heißt es: „Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmjahren bis 2022 sowie weiteren Verpflichtungen im Jahr 2023 sind 2024 Ausgaben in Höhe von 11.038.000 € und im Jahr 2025 Ausgaben in Höhe von 8.401.000 € veranschlagt.“ Somit wären hier rechnerisch eigentlich keine Einsparungen möglich. Wie möchte der Senat die beabsichtigten Einsparungen 840.000 Euro umsetzen?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau –

Anlage 9

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Titel 52113 – Unterhaltung der Denkmale

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 70105 – Komische Oper, Sanierung und Grundinstandsetzung

Frage der Fraktion Die Linke:

Welche Regressansprüche haben die bereits beauftragten Planer*innen gegenüber dem Land Berlin?

Die Beantwortung der Frage erfolgt schriftlich.

Oda Hassepaß (GRÜNE) geht darauf ein, dass gestrichene Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro offenbar nicht allein für Sanierungsmaßnahmen bemessen gewesen seien, sondern auch ca. 3 Mio. Euro an Migrationskosten für die Ausweichspielstätte Schillertheater enthielten. Hierzu bitte sie um schriftliche Rückmeldung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein entsprechender Bericht werde erwartet.

- Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, -
1. Bauabschnitt - (Abriss oder Teilabriss des alten Stadions und Herrichtung
von Sportanlagen) in Verbindung mit
Titel 70143 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung -
2. Bauabschnitt - (Neubau oder Umbau des Stadions)**

André Schulze (GRÜNE) bittet um einen Bericht, in dem dargestellt werde, wie der Zeitplan für die Umplanungen aussehe, die ausweislich der Liste erfolgen sollten. Welche Auswirkungen werde das auf den Gesamtzeitplan des Projekts haben?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) schließt sich der Berichtsbitte seines Vorredners an. Sehe er es außerdem richtig, dass im Hinblick auf das Jahr 2025 ein Großteil der in Sperre zu bringenden Summen allein durch den Gerichtsbeschluss weg falle, aufgrund dessen Nest- und Brutschutzzeiten abzuwarten seien?

Torsten Schneider (SPD) kündigt an, dass die Koalition die den ersten Bauabschnitt betreffenden Sperren aufheben und insgesamt 12 Mio. Euro für 2025 bereitstellen werde.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) führt aus, anders als vom Abg. Schlüsselburg dargestellt, gebe es keine Sperre für das ganze Jahr, sondern einen Beschluss, der darauf hinweise, dass bestimmte Dinge geklärt werden müssten. Dort sei aber auch ausdrücklich festgehalten, dass, wenn das geschehen sei – wenn der Bauherr also den vom Gericht beanstandeten Dingen Abhilfe geschaffen habe –, eine Veränderung möglich sei. Daran arbeite SenStadt. Die Veränderungen, die sie derzeit mit SenInnSport und den Bedarfsträgern abstimme, bezögen sich stärker auf den dritten als auf den zweiten Bauabschnitt. Vermutlich werde man sie bis zur zweiten Lesung nicht detailliert darstellen können, da die Abstimmungen anhielten. Die Größenordnungen, über die man spreche, ließen aber eine entsprechende Entlastung erwarten. Allgemeine Ausführungen könne man natürlich gern liefern.

André Schulze (GRÜNE) erklärt, er bevorzuge einen fundierten Bericht zu einem späteren Zeitpunkt. Wann erwarte die Senatsverwaltung, einen solchen vorlegen zu können?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) sagt zu, den Bericht bis März 2025 aufzuliefern.

André Schulze (GRÜNE) stellt fest, dass der Bericht auch vor dem Hintergrund des endgültig beschlossenen Haushaltsnachtrags verfasst werden, nachdem der Abg. Schneider sieben Änderungen angekündigt habe.

Titel 70401 – HU, Umbau des Gebäudes Invalidenstraße 110 für die Philologischen Institute und die Zentraleinrichtung Sprachenzentrum
Titel 71479 – Botanischer Garten, Grundsanierung des Mittelmeerhauses

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 1260 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht –

Anlage 9

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1270 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

Anlage 9

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus

André Schulze (GRÜNE) geht auf die Umstellung der Finanzierung der Wohnraumförderung auf Darlehen ein und erkundigt sich, ob und inwiefern sich in der Antragsbearbeitung Verzögerungen ergäben. – Weiterhin nähmen die Verpflichtungsermächtigungen ihn diesem Kapitel im Zuge der Umsortierung um 200 Mio. Euro zu. Woher komme der zusätzliche Bedarf?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) antwortet, nicht die gesamte Wohnraumförderung werde auf Kredit umgestellt, sondern nur der Darlehensanteil. Für die Antragsteller gebe es nach außen hin keine Änderungen; diese beträfen nur das Backoffice und insbesondere die IBB. – Die 200 Mio. Euro stünden im Zusammenhang mit der Übersteuerung.

Dr. Jochen Lang (SenStadt) führt aus, künftig würden Zuschuss und Darlehen jeweils aus zwei verschiedenen Titeln finanziert. Bislang sei das ein Titel in einem Sondervermögen gewesen. Da das Verhältnis zwischen Darlehen und Zuschüssen sehr von den einzelnen Projektanträgen abhängen, benötige man in beiden Titeln in der Summe eine etwas höhere Ermächtigung als dies früher in einem Titel der Fall gewesen sei. Das ändere aber nichts an den Konditionen für die Unternehmen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erinnert an den schriftlich aufgegebenen Bericht seiner Fraktion zur Umstellung der Finanzierungsstruktur. Vor dem Hintergrund der eben getroffe-

nen Äußerung des Senators bitte er darum, diesen Bericht um eine belastbare Aussage über die Leistungsfähigkeit der IBB zu ergänzen. Die IBB spiele an vielen Stellen eine wichtige Rolle durch die personelle Abwicklung von bestimmten Förder- und Unterstützungsmaßnahmen, aber auch, was die Hebelung von Kreditvolumina betreffe. Sie sei mindestens bis 2027, wahrscheinlich sogar bis 2030 weiterhin mit dem Geschäft der Coronaschlussabrechnung beschäftigt. Ihm selbst seien mehrere Sachverhalte vorgetragen worden, im Rahmen derer es z. B. bei Effiziente GebäudePLUS und SolarPLUS zu erheblichen Bearbeitungs- und Bewilligungsstaus komme. Er verstehe den Senator nun dahingehend, dass sichergestellt sei, dass im Rahmen der Umstellung für die Endkunden keine Veränderungen auftreten würden. Hierzu bitte er um eine substanziierte Aussage im Bericht, die der Senator gern mit der IBB abstimmen könne. Der Ausschuss müsse sich ein Bild von der gesamten Leistungsfähigkeit der IBB machen, denn diese werde irgendwann an ihre Grenzen stoßen.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) erklärt, die IBB habe zugesichert, dass sie die Bearbeitung in dem Umfang fortführen könne, wie sie es bisher getan habe, auch für die neuen Finanzierungsformen; sie werde dafür ordentlich bezahlt, insofern könne sie Belastungen auffangen, indem sie z. B. mehr Personal einstelle. Wie die IBB mit Förderprogrammen und Belastungen insgesamt umgehe, könne seine Verwaltung nicht beantworten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) gibt an, seine Frage sei durch die mündlichen Ausführungen des Senators für den Augenblick beantwortet; man werde auf das Thema zurückkommen. – Er bitte außerdem um einen aktuellen Sachstand zu der Grundsteuer C. Wann sei mit einer Vorlage – zur Beschlussfassung – zu rechnen?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) erläutert, seine Verwaltung befinde sich hierzu in der Abstimmung mit SenFin. Konkrete Ergebnisse gebe es noch nicht. Beide Seiten seien an einer zügigen Abarbeitung interessiert, einen Zeitplan könne er aber noch nicht nennen.

a) Zahlenteil

Titel 86341 – Darlehen für die Wohnungsbauförderung

Titel 88402 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)

Titel 88405 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Genossenschaften

Titel 88410 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Junges Wohnen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 54010 – Dienstleistungen

Titel 68127 – Zuschüsse zur Begrenzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau

Titel 88409 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von klimagerechtem Bauen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 1299

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Anlage 9

Titel 70100 – Neue Schulen Programm

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 12 ab.

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

a) Zahlenteil

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Keine Wortmeldungen.

b) Anlage 9

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

Titel 54010 – Dienstleistungen

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Anlage 9

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt fest, die Kürzung um 152 000 Euro sei aufgeteilt auf die Teilansätze 1, 4 und 6, wobei zu 1 und 4 noch konkrete Summen angegeben seien. Werde dann der Rest bei TA 6 gekürzt, oder wie seien diese Angaben zu verstehen? Solle der Report zum Stand des Start-up-Ökosystems unter TA 6 ganz entfallen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, der Report habe einen Ansatz von 30 000 Euro. Es sei vorgesehen, 3 000 Euro, also klassisch 10 Prozent zu kürzen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage der Fraktion Die Linke:

TA 14: Wir bitten um einen Bericht zu der bisherigen Mittelverwendung in den beiden genannten Teilansätzen und eine Einschätzung des Senates, warum hier der komplette Betrag eingespart werden kann?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich – s. roten Nr. [2026 G](#), auch für alle weiteren Fragen zu Einzelplan 13. – Keine Wortmeldungen.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage der Fraktion Die Linke:

Wie kann hier mehr gekürzt werden, als Mittel vorhanden sind?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

Keine Wortmeldungen.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

Frage der Fraktion Die Linke:

TA 4: Wir bitten um einen Bericht zu der bisherigen Mittelverwendung in den beiden genannten Teilansätzen und eine Einschätzung des Senates, warum hier der komplette Betrag eingespart werden kann?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich.

Dr. Kristin Brinker (AfD) merkt an, dass beim Neustart-Programm eine erhebliche Kürzung vorgenommen werde. Was seien die Hintergründe? Werde das Geld nicht abgerufen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, das Programm sei von Beginn an als Neustartmöglichkeit nach der Coronakrise angelegt gewesen und es sei stets klar gewesen, dass die Mittel sukzessive abschmelzen würden. Einzelne Projekte würden noch weitergeführt, nachdem zwischendurch auch ein vollständiges Herunterfahren im Raum gestanden habe; einzelne Branchen seien aber immer noch von Krisennachwirkungen betroffen.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen Bericht bis Ende Januar, wie die Kürzungen genau aufgelöst würden, ob Dinge wegfielen oder anders finanziert würden und welche Auswirkungen das habe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt zu, ihre Verwaltung werde bis zum gewünschten Berichtsdatum eine detaillierte Untersetzung vorlegen, soweit sie möglich sei. Mit Blick auf visitBerlin werde derzeit darüber diskutiert, an welchen Stellen bestimmte Initiativen reduziert würden; sie gehe davon aus, dass man das Anfang 2025 genauer untersetzen können. Ihre Verwaltung habe mit allen Partnern, die von der Unterstützung profitierten, vereinbart, gemeinsam zu erarbeiten, wo mit möglichst geringem Einschränkungspotenzial konsolidiert werden könne.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

Keine Wortmeldungen.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Was bedeutet der Wegfall von mehr als 10% der finanziellen Mittel für die Umsetzung der Projekte?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Projekte sind von der Sperre betroffen?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Projekte sind von der Sperre betroffen?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich.

Sebastian Walter (GRÜNE) interessiert, ob von den Kürzungen auch die queeren Veranstaltungen im öffentlichen Raum betroffen seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, es sei nicht vorgesehen, dass die Förderung queerer Stadtfeste und Veranstaltungen von den Kürzungen betroffen sein werde.

Titel 68638 – Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet auch zu diesem Titel um einen Bericht bis Ende Januar, wie die Kürzungen genau aufgelöst würden, ob Dinge wegfielen oder anders finanziert würden und welche Auswirkungen das habe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt zu, ihre Verwaltung werde bis zum gewünschten Berichtsdatum eine detaillierte Untersetzung vorlegen, soweit sie möglich sei.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik –

Anlage 9

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben

Keine Wortmeldungen.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet auch zu diesem Titel um einen Bericht bis Ende Januar, wie die Kürzungen genau aufgelöst würden, ob Dinge wegfielen oder anders finanziert würden und welche Auswirkungen das habe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt zu, ihre Verwaltung werde bis zum gewünschten Berichtsdatum eine detaillierte Untersetzung vorlegen, soweit sie möglich sei. Für die BSR sei ein Betrag angesetzt worden, der im Rahmen der Haushaltsumsetzung flexibel nachgesteuert werden könne. Hierzu stehe man im engen Gespräch mit der BSR.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Titel 54010 – Dienstleistungen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 67140 – Ausgleich der IBB für Ausfälle im Rahmen von Förderprogrammen

Frage der Fraktion Die Linke:

Als wie wahrscheinlich schätzt der Senat das Risiko ein, dass aufgrund der Absenkung dieses Titels der Ausgleich im kommenden Jahr über den EP 29 finanziert werden muss? Wie sinnvoll ist diese Absenkung vor diesem Hintergrund?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68102 – Entschädigungen, Ersatzleistungen

Titel 68311 – Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen

**Titel 83167 – Einrichtung eines Berliner Turn-Around-Programms (Sanierungs-
teiligungsgesellschaft) bei der IBB**

**Titel 87106 – Inanspruchnahme aus Bürgschaften für Sozialunternehmen, Nicht-
EU-Angehörige und Flüchtlinge**

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 89231 – Zuschüsse im Rahmen der GRW – Gewerbliche Wirtschaft –

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Auf Bundesmittel durch Kofinanzierung in welcher Höhe verzichtet das Land durch die Kürzung des Landesanteils?
2. Welche Projekte sind von der Sperre betroffen?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich.

Sebastian Walter (GRÜNE) erinnert daran, dass die Senatorin gesagt habe, dass keine Kofinanzierungen von den Kürzungen betroffen seien, also keine Bundes- oder sonstige Mittel verfallen würden. Wenn nun an dieser Stelle 10 Mio. Euro gestrichen würden, würden seines Erachtens auch Bundesmittel wegfallen und im Bereich der GRW-Förderung weniger umgesetzt werden können. Er bitte um Klarstellung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) weist darauf hin, dass es auch auf Bundesebene Änderungen bei der GRW gebe und Berlin weniger Bundesmittel zur Verfügung habe, als es bisher der Fall gewesen sei. Es sei davon auszugehen, dass auch 2025 Bundesmittel nicht mehr in derselben Höhe wie bisher zur Verfügung stehen würden, sodass die gekürzten 10 Mio. Euro als das Gegenstück zu den nicht mehr zu erwartenden Bundesmitteln zu betrachten seien. Auch von den nicht verausgabten Mitteln anderer Bundesländer werde Berlin nicht mehr im alten Ausmaß profitieren können, weil sich die Förderlage bundesweit stark verändere.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, ob die Senatorin auch ausschließen könne, dass EU-Mittel verfallen würden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, ihre Verwaltung tue alles, um Drittmittel nicht zu gefährden. Das, was sie als Reduzierung einer möglichen Kofinanzierung beibringe, seien nur Summen, von denen bekannt sei, dass es keine Finanzierung von anderer Seite werde geben können. Es sei Vorsorge getroffen, damit EU- und Bundesmittel weiter fließen könnten. Sie gehe nicht davon aus, dass man Geld des Bundes oder EU aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen im Einzelplan 13 verlieren werde.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation –

Anlage 9

Titel 52610 – Gutachten

Keine Wortmeldungen.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Teilansätze/ Projekte sind von der Sperre betroffen?

Die Beantwortung der Frage erfolgte schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wie sollen die Projekte bestehen bleiben, wenn knapp 50% ihres Etats gekürzt wird?

Frage der Fraktion Die Linke:

Welche Teilansätze sind in welchem Ausmaß von den Sperrungen betroffen und welche bereits eingegangenen Verpflichtungen bestehen jeweils bereits für das Jahr 2025?

Die Beantwortung der Fragen erfolgte schriftlich. – Keine Wortmeldungen.

Titel 68251 – Zuschuss an die Digitalagentur GmbH

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen Bericht bis Ende Januar, wo genau die Kürzungen vorgenommen würden, welche Auswirkungen sie hätten und ob Projekte evtl. im verkleinerten Maßstab oder durch Umschichtungen trotzdem noch stattfinden könnten.

Dr. Kristin Brinker (AfD) weist darauf hin, dass der verbindliche Kommentar zu diesem Titel unvollständig sei und einfach abbreche. Sie bitte um eine kurze mündliche Vervollständigung.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erklärt, die volle Bezeichnung des abgeschnittenen TA 7 laute „Umsetzung einer klimaneutralen Energieversorgung eines Sommerbadbetriebes am Beispiel Prinzenbad in Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben“. Für

2025 seien im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zuletzt 2 Mio. Euro dafür vorgesehen worden, derzeit gebe es aber keine Realisierungsperspektive, insofern werde es 2025 nicht umgesetzt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der seitens der Grünen geforderte Bericht werde erwartet.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland
Titel 69806 – Innovationsförderung

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 1399

Anlage 9

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke - Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Zahlenteil

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung
Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Zu Einzelplan 13:

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen Bericht zur Auflösung der PMA in Höhe von 6 Mio. Euro. Bis wann könne die Senatsverwaltung hierzu substantielle Angaben machen?

Es sei viel von alternativen Finanzierungsmodellen die Rede gewesen; u. a. sei darüber gesprochen worden, wie man das entfallene Sondervermögen Klimaschutz durch andere Finanzierungsformen kompensieren könne. Nun habe StS Mildenberger erklärt, Ideen für einen Klimapakt würden erst 2026 spruchreif sein. Was könne dann 2025 im Etat der Wirtschaftsverwaltung schon kompensiert werden? Was könne sie für den Klimaschutz tun, wenn das angesprochene Modell für 2025 nicht zur Verfügung stehen werde?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) schließt sich der Berichtsbitte seines Vorredners an. – Außerdem bitte er um einen schriftlichen Bericht über die IBB, ihre Fähigkeit zur Aufgabenerledigung aktuell wie in absehbarer Zukunft und die Hebelvoluminafähigkeiten. Ihn erreichten für bestehende Förderprogramme erhebliche Beschwerden mit Blick auf Bewilligungsbescheide etc. Gebe es z. B. Engpässe aufgrund der Belastung durch die Coronaschlussabrechnung, die möglicherweise noch bis 2030 andauern werde? Welche Probleme gebe es im

Zusammenhang mit SolarPLUS und Effiziente GebäudePLUS? – Er bitte um eine Gesamtbeurteilung hierzu spätestens zu den Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt, gern aber auch schon früher.

Torsten Schneider (SPD) meint, da die gewünschten Berichte sicherlich eine gewisse Tiefe erreichen würden, sei es seines Erachtens sinnvoll, sie im zuständigen Beteiligungsausschuss zu behandeln, da sensible Daten eine Rolle spielen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt zu, der gewünschte Bericht werde in Zusammenarbeit mit der IBB erstellt und vorgelegt.

Hinsichtlich der PMA-Auflösung gehe ihre Verwaltung davon aus, diese im Herbst bzw. gegen Jahresende 2025 zu machen. Dann werde man genauer sehen können, wie sich die Haushaltsumsetzung gestalte. Durch die Form der Konsolidierung sei die Möglichkeit gegeben, sich mit einem gewissen Maß an Flexibilität an den Abflüssen zu orientieren.

Es sei stets geplant gewesen, dass das Transformationspaket, das anstelle des Sondervermögens kreierte werde, Eigenkapitalzuführungen an Landesunternehmen für Investitionen in die Transformation ermögliche. Ein wesentlicher nächster Schritt sei der Klimapakt mit den Landesunternehmen. Derzeit laufe eine Abfrage von SenFin bei allen Landesunternehmen über deren geplante Dekarbonisierungsvorhaben; diese solle bis Ende 2024 abgeschlossen sein. Zudem erfolge zunächst eine Bestandsaufnahme: Wie hoch sei der CO₂-Ausstoß in den Landesunternehmen? Inwieweit könne das erhoben und strukturiert dargestellt werden? – Auf der anderen Seite stehe die Frage, welche Dekarbonisierungsmaßnahmen ergriffen würden, um den gewünschten Effekt einer CO₂-Reduktion zu erreichen. SenWiEnBe gehe davon aus, dass es bei diesen Anstrengungen 2025 Bewegung geben werde. Inwiefern SenFin hier auf 2026 Bezug genommen habe, könne die Senatorin nicht beurteilen, nachdem sie den entsprechenden Wortbeitrag nicht gehört habe.

Sebastian Walter (GRÜNE) konkretisiert, der Bericht zur PMA möge dann bitte bis Herbst vorgelegt werden. – Außerdem wünsche er sich Aufklärung, welche Klimaschutzanstrengungen wann unternommen werden sollten. Er bitte um einen aktualisierten Bericht bis Ende des ersten Quartals 2025, was genau 2025 umgesetzt und wie das finanziert werden solle und welche vorbereitenden Maßnahmen für 2026 erfolgen würden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erinnert daran, dass sie bereits vor einigen Stunden darauf hingewiesen habe, dass ihrer Verwaltung bereits ein Bericht zum Klimapakt bis 31. März 2025 auferlegt sei. Insofern werde man diesen selbstverständlich liefern. Außerdem habe sie darauf hingewiesen, dass im ersten Quartal 2025 der Senatsbeschluss zum Klimapakt erfolgen werde. Dabei habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass sich Dinge auch erst 2026 abbilden könnten, sie habe nicht gesagt, dass man 2026 damit anfangen werde.

André Schulze (GRÜNE) fragt, ob der Senat plane, dass noch 2025 Maßnahmen umgesetzt würden, und ob dafür ein weiterer Nachtragshaushalt vorgesehen werde. Dieser würde benötigt, um weitere Eigenkapitalzuführungen umsetzen zu können.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) antwortet, das werde man zu gegebener Zeit sehen. Aktuell könne sie das weder bejahen noch verneinen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) fügt an, zur PMA-Auflösung werde ihre Verwaltung im November Details vorlegen können.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung der Einzelplans 13 ab.

I. 1. Lesung des Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 – 3. NHG 24/25

Artikel 1 – Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025

Ziffer 1, Änderung zu § 1

André Schulze (GRÜNE) geht auf die Änderung der Verpflichtungsermächtigung ein: Bereits vor einem Jahr habe die Koalition den Plan gehabt, die VE zu beschränken, und SenFin habe hierzu ein Konzept erarbeiten wollen. Werde dieses Konzept im Haushaltsaufstellungsrundschreiben für den Doppelhaushalt 2026/2027 zu finden sein? Falls dem nicht so sei, wünsche er einen Bericht hierzu.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werde, sollte dies nicht der Fall sein.

- Ziffer 2, Änderung zu § 2**
- Ziffer 3, Änderung zu §11**
- Ziffer 4, Änderung zu § 16**
- Ziffer 5, Änderung zu § 18**
- Ziffer 6, Änderung zu § 19**
- Ziffer 7**

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Artikel 2 – Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes ab.

Punkt 2 der Tagesordnung **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.